

Inhalt

1. Den Aufbruch mit neuen Schwerpunkten fortsetzen	5
1.1. Neue Chancen für Arbeit und Wirtschaft nutzen	5
1.2. Bildungschancen für unsere Kinder verbessern	6
1.3. Sozialen Zusammenhalt gewährleisten	7
1.4. Sicherheit für die Bürger garantieren	7
1.5. Nachhaltige Stadtentwicklung – Stadtumbau – Stärkung der Stadtteile	8
1.6. Solide Finanzen herstellen	8
1.7. Erfolge mit der Strategie `Sparen und Investieren´ fortschreiben	8
1.8. Investitionen für Arbeit und Wirtschaft neu ausrichten	9
1.9. Den Umbau nachhaltig und sozial gerecht steuern	9
1.10. Zukunftsperspektiven für Bremerhaven	10
2. Wirtschaft, Innovation, Mittelstand und Häfen	11
2.1. Zur Leitlinie sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik	11
2.2. Wirtschaftspolitik für den Mittelstand	12
2.3. Unternehmensgründungen und junge Unternehmen in Bremen und Bremerhaven	12
2.4. Innovations- und Wachstumsschub durch Forschung und Wissenschaft	13
2.5. Zur Rolle von Information, Kommunikation und Medien	14
2.6. Tourismuswirtschaft und Marketing – Faktoren von besonderer Bedeutung	15
2.7. Zukunftsmarkt Gesundheit ausbauen	16
2.8. Verbraucherschutz und Verbraucherrechte	17
2.9. Wirtschaft und Stadtentwicklung – eine innovative Wechselwirkung	17
2.10. Klimaschutz, Innovation und Arbeitsplätze durch Windkraft	18
2.11. Die bedeutende Rolle unserer Häfen in Bremen und Bremerhaven	19
2.12. Häfenpolitische Aufgaben in der Legislaturperiode 2003-2007	20
3. Neue Arbeit für Bremen und Bremerhaven	25
3.1. Kein Strukturwandel ohne soziale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit	25
3.2. Der Strukturwandel muss entsprechend flankiert werden	25
3.3. Arbeitsmarktpolitik für bestimmte Zielgruppen	26

4. Nachhaltige Stadtentwicklung – Freizeit und Lebensqualität	29
4.1. Nachhaltigkeit als Leitlinie der Stadtentwicklung	29
4.2. Programm `Vitale Stadtviertel´ zur Verbesserung der Lebensqualität	29
4.3. Wohnungsbaupolitik muss neu ausgerichtet werden	30
4.4. Flächenpolitik – vorsichtiger Umgang mit einem knappen Gut ist geboten	31
4.5. Gute Verkehrspolitik als Sinnbild für die funktionierende Stadt	31
4.6. Energiepolitik – Senkung des Energieverbrauchs bleibt ein wichtiges Ziel	33
4.7. Hochwasserschutz – Deiche müssen weiter entwickelt werden	34
4.8. Einführung eines Infrastrukturressorts ist unabdingbar	34
4.9. Freizeit und Aufenthaltsqualität – zur Wichtigkeit einer attraktiven Gestaltung der Lebensräume	35
4.10. Kulturpolitik – ein reichhaltiges kulturelles Angebot wirkt impulsgebend	35
4.11. Der Erlebnisraum Natur muss geschützt und weiter entwickelt werden	36
4.12. Sport tut Bremen gut – und dem Einzelnen ebenfalls	37
5. Bildung – die Zukunftsfrage in unserem Land	39
5.1. Leitgedanke für Bremen: Chancengleichheit, Verantwortung, Leistung und Konsequenz	39
5.2. `Vorschulische Erziehung´ als Fundament für die weitere Schullaufbahn	40
5.3. Die Schul- und Unterrichtsqualität muss verbessert werden	41
5.4. Schulstrukturen müssen modernisiert werden	43
6. Grundsätze unserer Sozialpolitik unter Beteiligung der Bürger	47
6.1. Familienpolitik als zentraler Baustein	47
6.2. Anpassungskonzept fortführen, Jugendarbeit erneuern	48
6.3. Zur Teilhabe behinderter Menschen	49
6.4. Die Integration der Zuwanderer ist unser Ziel	50
6.5. Effektive Seniorenpolitik für ein lebenswertes Alter	51
6.6. Gleichgeschlechtliche Lebensweisen: Gleichberechtigung weiter verbessern	51
6.7. Drogenpolitik mit präventiven, helfenden und repressiven Elementen	52
6.8. Moderne Gesundheitsversorgung für alle in Bremen und Bremerhaven	53
6.9. Ein Sterben in Würde ermöglichen	55

7. Sicherheit in Bremen und Bremerhaven	57
7.1. Gerechte Lebensbedingungen sind Grundbedingung für die Innere Sicherheit	57
7.2. Essentiell: Eine gut motivierte, gut ausgebildete und ausgestattete Polizei	57
7.3. Weitere Bausteine der Inneren Sicherheit im Einzelnen	68
8. Aktive Bürgerstädte Bremen und Bremerhaven	61
8.1. Stärkung des Bürgerengagements	61
8.2. Kontrollrechte der Politik und Stärkung des Parlaments	62
8.3. Stärkung der lokalen Demokratie	63
8.4. Die Verwaltung als Dienstleister	63
9. Über den `Tellerrand´ hinaus: Region, Europa, Globalisierung	65
9.1. Bremen in der Welt – Globalisierung nachhaltig und sozial gestalten	65
9.2. Bremen in Europa	65
9.3. Bremen in der Nordwest-Region	67
10. Anhang	
10.1. Bremen-Nord-Plan 2003-2007	69
10.2. Bremen-Stadt-Plan 2003-2007	87

1. Den Aufbruch mit neuen Schwerpunkten fortsetzen

Durch unser Land ist ein Ruck gegangen. Es ist unverkennbar: Bremen und Bremerhaven stehen heute besser da als noch vor vier Jahren. Das gilt nicht nur im Innenverhältnis, sondern auch nach außen, für die Stellung beider Städte in der Nordwest-Region, in Deutschland und Europa. Es ist uns Sozialdemokraten gelungen, die unübersehbaren Krisen in Wirtschaft und Landesfinanzen als Chance und Anstoß für den Wandel zu begreifen.

Dabei gilt auch weiterhin: Es darf nicht lamentiert, es muss zugepackt werden! Mit dem Problem die Lösung nennen, Veränderung zum Aufbruch nutzen – das bleibt unser Vorgehen. Es war richtig, dass wir uns von Anfang an entschieden haben, ein Sanierungsprogramm für die Finanzen mit einem Investitionsprogramm für Wirtschaft, Arbeit und Stadtentwicklung zu verbinden. Auf diesem Weg wollen wir weitergehen: Unsere Stärken sichern, unsere Schwächen überwinden, nach neuen Potenzialen in der globalen Welt suchen und unsere Strukturen an veränderte Rahmenbedingungen anpassen.

Nicht alles ist uns gelungen, aber: Wir haben viel erreicht! Das wirtschaftliche Wachstum im Land war überdurchschnittlich, zahlreiche Arbeitsplätze konnten gesichert und geschaffen, der Strukturwandel vorangetrieben werden. Das Land hat sich zu einem attraktiven Wirtschaftsstandort entwickelt, Bremen und Bremerhaven sind heute national und international anerkannte Wirtschaftsstandorte. Auch die Bürgerinnen und Bürger sind bei unserer Investitionspolitik nicht zu kurz gekommen: die Innenstädte wurden verschönt, die einzelnen Stadtteile aufgewertet. Ein sichtbares Zeichen dafür ist: Die Stadt Bremen konnte im letzten Jahr das erste Mal seit langem Einwohner dazu gewinnen.

Natürlich haben wir diese Ergebnisse nicht alleine erreicht. Die Bürgerinnen und Bürger haben entscheidend dazu beigetragen – durch ihr ehrenamtliches Engagement, durch mehr privates Sponsoring, bürgerliche und kirchliche Initiativen oder gewerkschaftliche Verantwortungsbereitschaft. Es sind die vielen Quellen einer neuen Partnerschaft von Staat und Gesellschaft, die unsere Erfolge der letzten Jahre erst möglich gemacht haben.

1.1. Neue Chancen für Arbeit und Wirtschaft nutzen

Die Arbeitsplätze stehen für uns an erster Stelle. Sie sind unser hauptsächliches Ziel, wenn wir über bremische Wirtschaftspolitik sprechen. Stahl-, Luft- und Raumfahrtindustrie, Auto- und Verkehrstechnologie, Nahrungs- und Genussmittelindustrie, die Hafenwirtschaft und die Umweltindustrie stellen wichtige Kernbereiche der Bremer und Bremerhavener Wirtschaft dar, deren Bestand wir sichern und deren Zukunftsentwicklung wir unterstützen werden.

Wir stellen uns dem Strukturwandel in einer globalisierten Wirtschaft offensiv. Beide Städte werden wir zu attraktiven Wirtschaftsstandorten ausbauen. Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik hat die `nachhaltige Erneuerung´ zur Richtschnur. Innovationen fördern, in Zukunftstechnologien investieren, Netzwerke für Wirtschaft und Wissenschaft entwickeln und konsequent Bürokratie abbauen, das sind wesentliche Bausteine dieser Politik. Attraktivität zu steigern heißt für uns: Hanseatisch solide, aber zielbewusst vorgehen, auf hohem Niveau – in Bezug auf die Arbeitsplätze ebenso wie in der Frage des Flächenangebots.

Nachhaltige Erneuerung verlangt dauerhafte Arbeitsplätze. Das kommt am deutlichsten durch die Förderung des Mittelstandes und des Handwerks zum Tragen. Die Förderung innovativer Produkte und Dienstleistungen sowie die Unterstützung junger Unternehmen gehören dazu. Logistik, Tourismus, Kultur, Gesundheits- und Pflegedienstleistungen sowie Medien- und IT-Wirtschaft bilden weitere inhaltliche Schwerpunkte der zukünftigen Wirtschaftszweige in Bremen. So erwarten wir uns Synergieeffekte und Kooperation zwischen Radio Bremen und der privaten Medienwirtschaft, besonders im Zuge der Entwicklung des Medien- und Kommunikationsquartiers Faulenstraße, und unterstützen den Umzug des Studios Bremerhaven in den T.I.M.E.-Port.

Das Land Bremen soll zu einer führenden Technologieregion in Deutschland und Europa werden. Wissenschaft, Bildung und Forschung sind Schlüsselfaktoren für die Zukunftssicherung. Mit einer „konzertierten Aktion“ von Wissenschaft, Wirtschaft und Politik sollen deshalb die Forschungs- und Bildungskapazitäten in Bremen und Bremerhaven gezielt weiterentwickelt und für die Modernisierung von Wirtschaft und Verwaltung genutzt werden. Die Universitäten und Fachhochschulen des Landes, die Technologieparks und Gründerzentren sowie die technologieorientierten Unternehmen übernehmen dabei eine tragende Rolle.

Zudem müssen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik enger miteinander verzahnt werden. Eine beschäftigungsorientierte Wirtschaftspolitik, die sich an nachhaltigem Wachstum orientiert, ist auch Voraussetzung für einen anhaltenden Abbau der Arbeitslosigkeit in unserem Land. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Schaffung zukunftsorientierter Arbeitsplätze und die Bereitstellung qualifizierter Ausbildungsangebote für alle Jugendlichen haben höchste Priorität. In die Arbeitsmarktpolitik ist durch die Reformen der Bundesregierung neuer Schwung gekommen. Das wollen wir in Bremen als Anstoß für unsere landespolitischen Initiativen nutzen, um mehr Menschen Perspektiven für ein selbständiges Leben zu bieten.

1.2. Bildungschancen für unsere Kinder verbessern

Wir Sozialdemokraten betrachten die Ergebnisse der PISA-Studie als Herausforderung. Wir werden aus Fehlern lernen. Pragmatisch und energisch werden wir Defizite beseitigen, Reformen einleiten und dafür sorgen, dass die neuen gesellschaftlichen Anforderungen an das Bildungswesen eingelöst werden. Unser Leitmotiv ist die Verbindung von hohem Leistungsvermögen und sozialer Integration. Nach wie vor gilt: Wir treten für ein Höchstmaß an Chancengleichheit im gesamten Bildungsbereich ein.

Zur Verbesserung des bremischen Bildungswesens sind uns vor allem drei Handlungsfelder wichtig: Der Ausbau des vorschulischen Bereichs, die Stärkung von Schul- und Unterrichtsqualität sowie die Weiterentwicklung der Schulstruktur.

Schon im Kindergarten soll eine gezielte Förderung der Sprachentwicklung für alle Kinder beginnen, an die in der Grundschule angeknüpft werden kann. Als einen ersten Schritt in Richtung längerer gemeinsamer Schulzeit sollen die Kinder die ersten sechs Jahre zusammen in ihrem Klassenverband die Schule besuchen. Zudem werden wir die Ganztagsangebote ausbauen, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern. Dafür sprechen auch pädagogische und soziale Gründe.

In Bremen und Bremerhaven sollen verbindliche Lehrpläne erstellt werden, die sich an bundesweiten Maßstäben und Standards orientieren. Die Qualifizierung der Erzieherinnen und Erzieher im vorschulischen Bereich ist zu verbessern. Die Neueinstellung von Lehrerinnen und Lehrern soll zur

Qualitätssteigerung des Unterrichts beitragen. Insbesondere in den Grundschulen werden wir die Stundentafel erhöhen. Wir werden an allen Schularten zentrale Abschlussprüfungen unter Einbeziehung von abgeschichteten Prüfungsteilen durchführen.

1.3. Sozialen Zusammenhalt gewährleisten

Die soziale Infrastruktur der Städte stellt ein wichtiges Netzwerk für die Teilhabe aller Menschen am Leben im Gemeinwesen bereit. Sie zu fördern, zu erneuern und die Zusammenarbeit einzelner Institutionen zu verbessern, zählt zu den vorrangigen Aufgaben der nächsten Jahre.

Wir wollen die Teilhabe Behinderter und ihre Beteiligung fördern sowie ihre Gleichstellung durch ein Landesgesetz unterstützen. Auch um die älteren Mitbürger müssen wir uns in besonderem Maße kümmern und ihnen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen. Ein Netz von daran orientierten Begegnungs- und Kulturangeboten gewinnt deshalb zunehmend an Bedeutung. Hilfs- und Pflegedienstleistungen, die vor allem das Leben in den „eigenen vier Wänden“ gewährleisten, haben nach wie vor einen hohen Stellenwert. Dies gilt auch für ein differenziertes Angebot in Pflegezentren, um eine bedarfsgerechte individuelle Unterstützung zu sichern.

Gesunde Lebensverhältnisse zu schaffen, ist eine der vordringlichsten Zukunftsaufgaben. Wir wollen Gesundheit überall dort sichern, wo sie gefährdet ist: In der Umwelt, am Arbeitsplatz und in der Ernährung. Qualitätssicherung ist für uns in allen Bereichen des Gesundheitswesens eine zentrale Aufgabe.

1.4. Sicherheit für die Bürger garantieren

Grundlage gesellschaftlicher Stabilität ist für Sozialdemokraten ein liberaler Rechtsstaat, in dem Toleranz gegenüber den Mitbürgern und soziale Gerechtigkeit die bestimmenden Prinzipien bilden. Deshalb gehört für uns zur inneren Sicherheit auch das tolerante Miteinander, das wir durch vielfältige Integrationsangebote und ein flächendeckendes „Netzwerk Gewaltprävention“ für Bremen und Bremerhaven fördern wollen.

Gleichzeitig liegt uns genauso die persönliche Sicherheit unserer Bürger am Herzen. Wir streben deshalb den weiteren Ausbau der uniformierten Polizeipräsenz an und wollen für Bremen und Bremerhaven eine flächendeckende Notfallgarantie der Polizei gewährleisten. Besonderen Nachdruck bei den Ermittlungen werden wir auf Verfahren im Bereich der Wirtschafts-, Drogen- und organisierten Kriminalität legen.

Kriminelle Taten dürfen nicht folgenlos bleiben: Die schnelle staatliche Reaktion auf kriminelle Handlungen ist ein wichtiges Ziel der Strafrechtspflege. Insbesondere im Jugendverfahren gilt: Die staatliche Reaktion muss der Tat auf dem Fuße folgen.

Zugleich wollen wir den Schutz der Opfer weiter verbessern. In diesem Zusammenhang treten wir auch dafür ein, die zivilrechtlichen Folgen einer Straftat schon im Strafprozess mitentscheiden zu lassen. Um weiter gehende Änderungen zu ermöglichen, streben wir schließlich eine Neuordnung des bremischen Strafvollzugs an.

1.5. Nachhaltige Stadtentwicklung – Stadtumbau – Stärkung der Stadtteile

Wir brauchen kein Gegeneinander ökonomischer, ökologischer und sozialer Belange, sondern deren konstruktive Ergänzung. Wir brauchen integrierte Städte, die Leben, Arbeiten und Wohnen miteinander verbinden. Dabei gilt es, den demographischen Wandel sowie die veränderten Lebensentwürfe zu berücksichtigen.

Stadtentwicklung wird sich in Zukunft vor allem auf den Stadtumbau in den vorhandenen Siedlungsräumen konzentrieren. Dabei gilt es, die urbanen Potenziale weiter auszubauen. Eine stärkere Rolle müssen die Stadtteile erhalten, die wir mit dem neuen Programm `Vitale Stadtviertel` konkret fördern werden. In der Verkehrs- und Energiepolitik streben wir eine Stärkung der ökologischen Potenziale an.

Stadtentwicklung kann nur in enger Kooperation mit den Nachbargemeinden erfolgen. Eine Bündelung der städtischen Möglichkeiten zum Wohle der gesamten Region wird nur möglich sein, wenn die Zusammenarbeit intensiviert und verbindlicher gestaltet wird.

1.6. Solide Finanzen herstellen

In der nächsten Legislaturperiode wird die aktuelle Phase bremischer Sanierungspolitik auslaufen. Im Jahr 2004 wird die vorerst letzte Sanierungszahlung des Bundes überwiesen werden. Wir halten an dem Ziel fest: Ab 2005 soll das Land einen verfassungskonformen Haushalt vorlegen. Der Stadtstaat muss dann bereit und in der Lage sein, seinen Bürgerinnen und Bürgern ein vernünftiges Angebot an öffentlichen Dienstleistungen zu bieten, das nicht hinter dem Standard in den anderen Bundesländern zurückbleibt. Nach wie vor gilt dabei: Das Profil sozialdemokratischer Politik in Bremen und Bremerhaven muss klar erkennbar bleiben.

Die SPD hat die notwendige Sanierung der Finanzen nie als Selbstzweck betrieben. Wir sind immer dafür eingetreten, sie mit einer Stärkung der Wirtschaftskraft des Landes, mit einem Abbau der Arbeitslosigkeit, mit sozialer Gerechtigkeit und einer Steigerung der Lebensqualität in unseren beiden Städten zu verbinden.

1.7. Erfolge mit der Strategie „Sparen und Investieren“ fortschreiben

In den vergangenen Jahren haben wir große Anstrengungen unternommen, um die Sanierung des Landes zu erreichen. Unser Ziel war es, die Sanierung mit einer konsequenten Verbesserung der Wirtschaftsstruktur zu verbinden. „Sparen und Investieren“ war und ist das Motto. Wir haben die Chance der Sanierungszahlungen genutzt, um ein eigenes Investitionsprogramm aufzulegen, dessen Erfolge überall in den beiden Städten greifbar sind:

- Ausbau der traditionellen Stärken Bremens in Hafenwirtschaft und Logistik durch CT III und CT IV, durch die Autobahnen A 281 und A 27, die Umstrukturierung der BLG und die Gründung von BremenPORTS, die Initiativen für den Tiefwasserhafen in Wilhelmshaven;
- Entwicklung neuer Wirtschaftsstandorte wie Airport City, die Überseestadt in den alten Hafenvierteln, der Bremer Industriepark und die Unternehmen auf dem ehemaligen Vulkan Gelände, der Gewerbepark Hansalinie und schließlich der Umzug von Radio Bremen als Kern des neuen Medienzentrums im Faulenquartier;
- Ausbau der Wissenschaftslandschaft mit dem Technologiepark, dem Universum, den Investitionen und Erneuerungen in Universität und Hochschulen Bremens und Bremerhavens und dem Alfred-Wegener-Institut sowie schließlich der anstehenden Gründung des `Science Park International University Bremen`;

- Förderung des Tourismus durch den Umbau des Bahnhofs und seines Vorplatzes, die Verschönerung der Innenstadt Bremens und auch Bremerhavens, die Restaurierung der historischen Wallanlagen, die Öffnung der Schlachte als Flaniermeile, die Modernisierung des Botanischen Gartens und des Zoos am Meer, die Erweiterung des Kultur- und Freizeitangebots.

Wir haben zugleich einen umfassenden Reformprozess der bremischen Verwaltung in Gang gesetzt. Die Bremer Verwaltung soll bürgerfreundlich und kostengünstig zugleich, auf der Grundlage klarer Vorgaben und Verträge und mit durchschaubaren Strukturen, ihre Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt erbringen. Wirtschaftsförderung aus einer Hand, Bürgerservicecenter mit freundlichen Öffnungszeiten – die Verwaltung soll sich gegenüber der Stadt in Bremen und Bremerhaven öffnen.

1.8. Investitionen für Arbeit und Wirtschaft neu ausrichten

Viele der begonnenen Entwicklungen werden wir in den nächsten Jahren erfolgreich abschließen. Gleichzeitig wollen wir auch neue Schwerpunkte setzen. Besonders Investitionen für unsere Kinder dürfen uns nicht zu teuer sein. Infrastrukturelle Investitionen und Investitionen in die Wissenschaft müssen einen hohen Stellenwert behalten. Zudem brauchen wir eine Konzentration der Wirtschaftsförderung auf den Mittelstand, begleitet von einer Stärkung der lokalen Ökonomie in den Stadtteilen. Investitionen müssen sich rechnen - in Form von Arbeitsplätzen und Steuereinnahmen.

Die Sanierung der Finanzen ist lange nicht abgeschlossen; die schlechte Konjunktur steht dem ebenso entgegen wie die Steuerreform, die die Bürger entlastet, aber dem Staat aus dem gleichen Grund Mindereinnahmen beschert. Der Druck von außen erhöht sich sogar noch durch die Beteiligung der Bundesländer an der Umsetzung der strengen Vorgaben für die Verschuldung Deutschlands nach den Maastricht-Kriterien.

Die politische Zusage der Bundesregierung, Bremen auch künftig vor einer extremen Haushaltsnotlage zu bewahren, ändert nichts an der Tatsache, dass wir weiterhin Sanierungsland bleiben. Es wird in den kommenden Jahren mit dem Bund zu verhandeln sein, in welcher Form und in welcher Höhe weitere Unterstützungsleistungen gezahlt werden können. Aber das dient allein dem Ausgleich von bundespolitisch verursachten Mindereinnahmen. Unabhängig davon werden wir weiterhin eigene Beiträge zur Konsolidierung der Finanzen leisten müssen. "Sparen und Investieren" bleibt die zentrale Aufgabe auch der kommenden Sanierungsphase nach 2004.

1.9. Den Umbau nachhaltig und sozial gerecht steuern

Nach fast zehn Jahren Sanierungspolitik fällt das Sparen nicht leichter. Weitere Ausgabenkürzungen drohen mehr und mehr zu einer Streichung von Leistungen zu führen. Wir haben bereits auf vielen Feldern Einsparungen und Anpassungen vorgenommen – das betrifft den Schulbereich mit der Anpassung der Klassenfrequenz und der Lehrerarbeitszeit ebenso wie etwa den Bereich Soziales und die Arbeitsmarktpolitik. Der Sparbeitrag Bremens wird deshalb in Zukunft noch verstärkt durch einen Umbau der Aufgabenerledigung, sprich durch eine effizientere Aufgabenverteilung, erbracht werden müssen. Das ist nicht immer umsonst zu haben, aber es darf auch nicht zu dauerhaften Mehrausgaben führen. Nicht zuletzt wird es darauf ankommen, das Vermögen des Landes und seiner beiden Städte zu aktivieren. Mit der Neuorganisation des Liegenschaftswesens und des Hafenvermögens sind hier wichtige Schritte gegangen worden. Dieser Weg muss fortgesetzt werden. Es wird zu prüfen sein, ob – und wenn ja, welche und in welchem Umfang – öffentliche Unternehmen veräußert werden sollen. Eine rein finanzpolitisch motivierte Privatisierung wird es mit uns nicht geben. Die Veräußerung von Unternehmensanteilen

rung wird es mit uns nicht geben. Die Veräußerung von Unternehmensanteilen ist nur akzeptabel, wenn dies unternehmenspolitisch sinnvoll ist und die politischen Ziele und Interessen Bremens und Bremerhavens gewahrt werden.

Bremen muss den sanierungsbedingten Umbau nutzen, um zukunftsfähig zu werden. Sanierungsanforderungen und Anforderungen einer nachhaltigen Entwicklung sind kein Gegensatz. Eine Sanierung wird nur dann gelingen, wenn sie mit einer nachhaltigen und sozial gerechten Politik verbunden wird.

1.10. Zukunftsperspektiven für Bremerhaven

Zwei Städte – ein Land. Wir Sozialdemokraten sind uns der Verantwortung bewusst, die Senat und Bürgerschaft für Bremerhaven tragen. In den kommenden vier Jahren wird die SPD deswegen konsequent den bereits begonnenen Weg fortsetzen und ein besonderes Augenmerk auf die weitere positive Entwicklung der Stadt legen. Das Ziel ist es, die Funktion Bremerhavens als Oberzentrum im Elbe-Weser-Raum zu stärken und das maritime Profil des Wirtschaftsstandortes zu schärfen. Dies ist die Voraussetzung, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Und es ist zugleich die Basis für eine gerechte Sozialpolitik. Wir Sozialdemokraten stehen für Chancengleichheit. Dazu zählt insbesondere eine Bildungspolitik, die Stärken der Kinder und Jugendlichen fördert und Schwächen ausgleicht. Der Ausbau des Wissenschaftsstandortes eröffnet sowohl dem Standort Bremerhaven als auch den hier lebenden Menschen neue Perspektiven.

Wir sind uns der besonderen Herausforderungen bewusst, die sich aus der aktuellen Situation Bremerhavens für die Landespolitik ergeben. Deswegen konzentrieren wir uns in der Politik für die kommenden Jahre vor allem auf das Thema Wirtschaft und Arbeit. Zur Stadtverordnetenwahl werden wir eine ausführliche programmatische Plattform präsentieren.

2. Wirtschaft, Innovation, Mittelstand und Häfen

2.1. Zur Leitlinie sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik

Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik in Bremen und Bremerhaven steht unter der Leitlinie nachhaltiger Erneuerung. Zu den konkreten Maßnahmen dieser Politik zählen das Fördern von Innovationen, das Investieren in Zukunftstechnologien sowie das Entwickeln von Netzwerken aus Wirtschaft und Wissenschaft. Die SPD im Lande Bremen strebt eine weitreichende Entlastung der Wirtschaft von Bürokratielasten und eine deutliche Beschleunigung von Genehmigungsverfahren an, unabhängig davon, ob es sich um kommunale Vorschriften, Landes-, Bundes- oder EU-Regulierungen handelt. Wir stellen uns dem Strukturwandel in einer globalisierten Wirtschaft offensiv, um unser Land weiter zu einem attraktiven Wirtschaftsstandort auszubauen. Dabei wollen wir die Standortqualität in jeder Hinsicht – in Bezug auf Arbeitsplätze ebenso wie in der Frage des Flächenangebots – auf hohem Niveau halten: „Bottom up!“ und nicht „Top down“ ist unsere Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung. Wir haben schon in den vergangenen Jahren erfolgreich mit diesem Kurs begonnen und werden ihn weiter fortsetzen.

Dafür brauchen wir ineinandergreifende Reformen von Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie ein leistungsfähiges Bildungs-, Ausbildungs- und Weiterbildungssystem, um alle Chancen für mehr Beschäftigung zu nutzen. Wir machen uns stark für solide Staatsfinanzen, um der Wirtschaft Verlässlichkeit zu bieten und der Politik Handlungsspielräume für die Zukunft zu schaffen.

Das wichtigste Prinzip einer Wirtschaftspolitik für nachhaltige Erneuerung ist für uns ihre Arbeitsplatzwirksamkeit, die am deutlichsten in der Förderung des Mittelstandes zum Tragen kommt. Eine ganz besondere Rolle spielt für Bremen dabei die Berücksichtigung des engen Zusammenhangs von Arbeiten und Wohnen: Die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen ist das A und O jeder Stadtentwicklungspolitik. Dabei ist klar: Subventionen werden von uns als wohlüberlegte Einzelmaßnahmen und nicht als dauerhafte Zuschüsse verstanden und dementsprechend eingesetzt.

Damit das Land seine Attraktivität als Wirtschaftsstandort nachhaltig steigern kann, müssen strategische Schwerpunkte gesetzt werden. Dies betrifft vor allem die Entwicklung hochrangiger Forschungskapazitäten und -kompetenzen, die Verbesserung der Zugänge der bremischen Wirtschaft zu globalen Märkten sowie eine bessere Einbindung Bremens in transnationale und globale Kommunikations- und Kooperationsbeziehungen.

Die Erhöhung der Investitionsbereitschaft insbesondere kleinerer und mittelständischer Unternehmen aus dem In- und Ausland ist auch deshalb anzustreben, um die Abhängigkeit von großen, international agierenden Konzernen, die aufgrund ihrer globalen Wettbewerbssituation lokale Zusammenhänge nur wenig berücksichtigen, zu verringern. Diese sind eher in der Lage, sich dem Steuerzugriff des Staates zu entziehen und ihre Arbeitsplätze an Niedriglohnstandorte zu verlagern.

Das 'Aufspüren' neuer Strukturen inklusive der Schaffung sozialverträglicher Begleitmaßnahmen birgt ein wichtiges Potenzial für einen erfolgreichen Strukturwandel. Eine Politik, die ein arbeitsmarktorientiertes Bildungs- und Ausbildungswesen ermöglicht, zählt hier ebenso wie die Erhöhung der gesamtgesellschaftlichen Flexibilität zu den wichtigen Schlüsselfaktoren.

2.2. Wirtschaftspolitik für den Mittelstand

Ein wichtiger Weg zur weiteren Stärkung der bremischen Wirtschaft ist die Förderung der in Bremen und Bremerhaven ansässigen mittelständischen Wirtschaft und insbesondere die Förderung innovativer Produkt- und Dienstleistungsentwicklung. Zudem ist es wichtig, gerade junge Unternehmen in Bremen zu fördern.

Bremen hat eine Reihe von Instrumenten, mit deren Hilfe die Entwicklung der mittelständischen Wirtschaft gestützt werden kann. Eine ausreichende Vorhaltung von attraktiven, erschlossenen Gewerbeflächen ist eines davon, der Einsatz öffentlicher Mittel zur Verbesserung der Verkehrs- und Kommunikationsinfrastrukturen ein weiteres.

Darüber hinaus bedürfen die Unternehmen aber auch der Orientierung: Um arbeitsplatzschaffende Investitionen zu tätigen, benötigen sie Einblick in die wesentlichen Strukturveränderungen der bremischen Wirtschaft.

Des Weiteren ist

- die Transparenz der Wirtschaftsförderung zu erhöhen;
- die zielgruppenspezifische Vermarktung des Standortes (auf Messen, in klassischen Medien und im Internet) zu intensivieren;
- die Gesamtstruktur für ein intelligentes Gewerbeflächenmanagement zu optimieren.

Angesichts der zunehmenden Zurückhaltung der privaten Banken bei der Kreditvergabe an kleine und mittlere Unternehmen werden wir Instrumente zur Verbesserung der Liquiditätsversorgung der mittelständischen Wirtschaft bereitstellen. Dazu gehört auch eine umgehende Begleichung von Rechnungen im Rahmen öffentlicher Aufträge. Wir werden – insbesondere im Falle von Kapitalbedarf bei der Expansion mittelständischer Unternehmen – in vermehrtem Umfang vorübergehende stille Beteiligungen anbieten, gegebenenfalls auch gemeinsam mit den Unternehmen investieren. Das Instrument des Public-Private-Partnership ist dabei ebenfalls zu fördern.

Zudem ist es notwendig, über die Legislaturperiode hinaus strategische Visionen zu entwickeln, die zugleich schon konkrete Maßnahmepakete beinhalten. Dies soll gemeinschaftlich durch Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Wissenschaft geschehen – mit der Konsequenz, dass staatliche Maßnahmen in Form von Beratung und in enger Abstimmung mit dem Know-how aus Wirtschaft und Wissenschaft erfolgen. Hierdurch könnte auch der Staatsapparat verschlankt werden, da das notwendige Know-how nicht permanent öffentlich vorgehalten werden muss. Unser klares Ziel: Das Land Bremen muss ein Standort werden, der unabhängig vom Status des Unternehmens oder der Person Bürokratiewege verkürzt, zusammenfasst und erleichtert.

2.3. Unternehmensgründungen und junge Unternehmen in Bremen und Bremerhaven

Die Bereitstellung von Gründerzentren wird bedarfsgerecht fortgeführt. Bei der Förderung junger Unternehmen werden wir neben der Bereitschaft, vorübergehend stille Beteiligungen einzugehen, das Training und die Beratung zum Führen von Unternehmen in Kooperation mit privaten Dienstleistern ausweiten.

Die Vergabe von Risikokapital werden wir mit Angeboten professioneller Begleitung verbinden. Auch in diesem Zusammenhang sollen private Dienstleister mit entsprechendem Markt-Know-how eingebunden werden. In geeigneten Fällen werden wir auch öffentliche Aufträge als Starthilfe einsetzen.

Wir werden den Wissensaustausch zwischen den bremischen Universitäten und Hochschulen einerseits und jungen Unternehmen andererseits durch Einrichtung geeigneter Treffpunkte systematisch verbessern. Zudem werden wir Bremen national und international als Standort für junge Unternehmen und Unternehmensgründungen vermarkten.

Mit der Bremer Existenzgründungsinitiative B.E.G.IN wird bereits der richtige Weg beschritten. Hierbei werden die verschiedenen Anlaufstellen wie Arbeitsamt, Handelskammer, Handwerkskammer, Wirtschaftsförderungsgesellschaften etc. in einer Initiative gebündelt. Zu den Leistungen von B.E.G.IN zählen die kostenlose Beratung bei Existenzgründung und Unternehmensansiedlung sowie zu Umweltschutzfragen; zudem ein so genanntes Mastercoaching, Beratungschecks nach der Gründung und die Weitervermittlung zu Koordinierungspartnern wie zum Beispiel Wirtschaftsförderungsgesellschaften. Dieses Programm sollte allerdings optimiert werden, da die Praxis in der Netzwerkarbeit verschiedener Bereiche noch Schwachstellen aufweist. Der Aus- beziehungsweise Aufbau eines innovativen Service-Angebots sollte als zentrale Anlaufstelle für Unternehmen und Bürger von einem neutralen Anbieter entwickelt werden.

Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass

- unsere beiden Städte und ihre Unternehmen auf gemeinsamen Werbepattformen im In- und Ausland besser vermarktet werden;
- öffentliche Träger ihre Rechnungen innerhalb eines Monats prüfen und auch bezahlen bzw. Maßnahmeträgern die Gelder zur Verfügung stellen;
- Antragstellungen bei Behörden und beliebigen Gesellschaften, gleich welcher Art, zügig erledigt werden;
- Freiberufler als Unternehmen verstanden und besser in die Wirtschaftspolitik einbezogen werden;
- bei allen Maßnahmen immer und grundsätzlich Genderaspekte berücksichtigt werden, um den Anteil von Unternehmerinnen zu erhöhen;
- ein Unternehmerbeirat bzw. eine Ombudsstelle eingerichtet wird.

2.4. Innovations- und Wachstumsschub durch Forschung und Wissenschaft

Das breite Wissenschafts- und Ausbildungspotenzial ist die entscheidende Grundlage für die Zukunftssicherung des Landes Bremen. Es muss zukünftig aber noch konsequenter genutzt werden – für die Stärkung der Innovationskraft der regionalen Wirtschaft, für die gezielte Förderung und Ansiedlung von High-Tech-Unternehmen sowie für die Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze in zukunftsträchtigen Bereichen. Hierfür ist eine gezielte Kooperation zwischen Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung und Politik in zukunftsträchtigen Technologiebereichen notwendig. Diese Kooperation ist durch die Einbindung in nationale und internationale Forschungsnetzwerke von Wissenschaft und Wirtschaft zu stärken.

Mit dem Ausbau des Wissenschaftsbereichs gibt das Land Bremen den notwendigen Impuls zur Stärkung von Forschung und Entwicklung in den Unternehmen der Region. Denn der Stadtstaat Bremen soll zu einer führenden Technologieregion in Deutschland werden, um auch in Zukunft

wettbewerbsfähig zu sein. Die wissenschaftliche Ausbildung und Forschung sowie die Innovation in Wirtschaft und Verwaltung sind Schlüsselfaktoren für die Zukunftssicherung von Bremen als Bundesland. Mit einer "konzertierten Aktion" von Wissenschaft, Wirtschaft und Politik sollen deshalb die Forschungs- und Bildungskapazitäten in Bremen und Bremerhaven gezielt entwickelt und für Innovationen in Wirtschaft und Verwaltung genutzt werden. Dabei spielen die Universitäten und Fachhochschulen des Landes, die Technologieparks und Gründerzentren sowie die Technologie-orientierten Unternehmen eine tragende Rolle.

Wissenschaft soll den Kern für eine forschungsorientierte Praxis bilden, und zwischen High-Tech-Unternehmen, Dienstleistungsbereichen und Einrichtungen anwendungsorientierter Wissenschaft und Forschung sollen neue Formen von Arbeitsbeziehungen mit wirtschaftlich wirksamen Effekten entstehen. Eine enge Verzahnung der Wissenschaftspolitik mit den korrespondierenden Aktivitäten der Wirtschaftsförderung ist daher notwendig.

Von der Wirtschaft wird erwartet, dass sie diesen Impuls durch eine Intensivierung ihrer Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten aufnimmt und ihre Verantwortung für ihren eigenen Nachwuchs künftig durch vorausschauende, langfristige Zielsetzungen besser wahrnimmt und nicht durch Entlassungen oder Einstellungsverweigerungen falsche Signale setzt.

Das Land wird auch weiterhin die Zusammenführung des Hochtechnologiebereichs und moderner Dienstleistungsunternehmen mit den vielfältigen öffentlichen Forschungseinrichtungen fördern. Das Konzept des Technologieparks Universität hat sich bewährt. Um dieses Erfolgsmodell nicht zu gefährden, soll er in der Fläche und insgesamt durch stärkere Verdichtung weiterentwickelt werden. Außerdem wollen wir an den Standorten Science-Park Grohn (IUB), Überseestadt (Alte Hafenreviere), Medienzentrum im Faulenquartier, Airport City sowie in Bremerhaven im Technologiepark am Neuen Hafen und im Biotechnologiezentrum Fischereihafen themenbezogene, hochtechnologieorientierte Gewerbegebiete schaffen. Durch eine Vernetzung dieser einzelnen Standorte werden wir das zukunftsweisende Konzept „Technopolis“ realisieren und damit das Land insgesamt zu einem konkurrenzfähigen Technologiestandort weiterentwickeln (siehe auch Kapitel 5: Bildung).

Insbesondere auf dem maritimen Sektor besitzt Bremerhaven schon heute eine Reihe qualifizierter Alleinstellungsmerkmale als Wissenschafts- und Technologiestandort. Weil Wissenschaft und Forschung ein wesentlicher Impulsgeber für die künftige Entwicklung der Wirtschaftsstruktur sind, werden wir diese Position weiter ausbauen und stärken.

2.5. Zur Rolle von Information, Kommunikation und Medien

Für das Land Bremen wollen wir eine übergreifende Strategie für den Gesamtkomplex `Medien´ auf den Weg bringen. Dazu sind die Bereiche Medienwirtschaft und Medieninfrastruktur mit einem technologieübergreifenden Ansatz einzubeziehen.

Eine besondere Bedeutung haben in Bremen die neuen Technologien mit der Einführung des Landesprogramms Bremen in TIME erlangt. Telekommunikation, Informatik, Multimedia und Entertainment sind Themenfelder, die ständig einem weltweiten technologischen und organisatorischen Wandel unterliegen. Wir wollen die Erfolge dieses Strukturwandels mit einem Programm TIME 2 einschließlich des Umzugs des Studios Bremerhaven in den T.I.M.E.-Port weiter verfolgen.

Zukunftsfähige Themen sind zudem mobile Arbeits- und Geschäftsprozesse, maritime TIME-Technologien, die Konvergenz von Mobilfunktechnologien sowie digitales Radio und Fernsehen.

Mit `Bremen-online` nimmt Bremen einen Spitzenplatz in Deutschland ein. Um diesen Stand zu halten, ist dieses System als Informationsportal fortzuentwickeln, um die Bereiche Landes- und Stadtinformation, e-government und e-commerce über eine Plattform anbieten zu können.

Wir stehen für das duale Rundfunksystem, in dem sowohl der öffentlich-rechtliche als auch der private Rundfunk gleichermaßen ihren Platz haben. Radio Bremen ist als selbständige ARD-Anstalt ein wichtiger Identifikationsfaktor für die Selbständigkeit des Landes, vor allem aber auch Ankerpunkt für die Entwicklung der Medienwirtschaft. Mit dem neuen Standort in der Innenstadt, der den Sender ins Zentrum rückt, nutzen wir die Chancen, die aus der Entwicklung des Medienquartiers Faulenstraße entstehen, um die Medienwirtschaft mit Radio Bremen weiter nach vorn zu bringen. Bei der Projektentwicklung im Faulenquartier werden wir darauf achten, dass ein qualitatives Flächen-Mix angeboten wird, um den verschiedenen Bedarfen gerecht zu werden.

In Bremen und Bremerhaven gibt es eine Vielzahl von Medienaktivitäten, die sich um die Schaffung von Medienkompetenz, aber auch um Qualifizierungsangebote bemühen. Wir wollen diese Entwicklungen durch eine stärkere Verknüpfung fördern. Die Zusammenarbeit mit NordMedia und insbesondere die Stärkung der kulturellen Filmförderung sollen dazu beitragen, dass sich Bremen im Bereich der Film- und Fernsehwirtschaft seinen Platz sichert.

Zudem wollen wir das Bremische Landesmediengesetz weiter modernisieren. Dazu gehört die Entwicklung von Offenen Kanälen zu einem Bürgerrundfunk sowie die Liberalisierung der Programmbelegung bei der schrittweisen Digitalisierung. Die Landesmedienanstalt wollen wir ermutigen, die Vernetzung der Bürgermedien mit Qualifikationsprojekten an Schulen und Hochschulen fortzusetzen.

Darüber hinaus setzen wir uns ein für

- die Weiterführung der Kooperationen mit der Deutschen Telekom AG, Microsoft u.a.;
- die Ansiedlung von innovativen und leistungsfähigen IuK- und Medien-Unternehmen;
- das Setzen von exemplarischen Schwerpunkten mit den Themen „Mobilkommunikation“ in Bremen (3G/UMTS) und „IT-Anwendungen für die maritime Wirtschaft“ in Bremerhaven (Mari-t.i.m.e.).

2.6. Tourismuswirtschaft und Marketing – Faktoren von besonderer Bedeutung

Das Land hat in den letzten Jahren große Anstrengungen unternommen, um die Tourismuswirtschaft zu beleben. Es ist inzwischen gelungen, jährlich rund eine Million Besucher im kleinsten Bundesland zu begrüßen – ein durchaus wichtiger Wirtschaftsfaktor. In diesem Zusammenhang ist dem Stadtmarketing ein besonderer Stellenwert beizumessen. Es reicht nicht, dass Bremerinnen und Bremer allein wissen, wie gut es sich hier leben lässt. Bremen muss sein unverwechselbares Profil im überregionalen Wettbewerb stärker betonen und über ein eigenes Flair identifiziert werden.

Hansetradition, Weltoffenheit und Bürgerengagement gelten als traditionsreiche Merkmale. Sie benötigen Ergänzungen, um Neugier zu wecken. Bremen ist das Land der kurzen Wege, unkonventioneller Netzwerke und interessanter Kooperationen. Dies zeigt sich auch an der Eroberung von Stadträumen. Kreative Menschen haben `Brachen` genutzt, sie besetzt und ihnen neues Leben eingehaucht. An unkonventionellen Orten findet man eine lebendige Urbanität. Diese Entwicklung

muss gefördert werden. Städtisches Leben ist keine bloße Infrastrukturleistung, sondern eine Herausforderung für innovative Gestaltung. Dabei darf nicht vergessen werden: Tourismusfördernde Aktivitäten sind nur dann erfolgreich, wenn das Marketingbudget angemessen ausgestattet ist. Wir wollen daher:

- profilbildende Initiativen (Science City, Innovationszentrum, `Stadt der Portale`) unterstützen;
- „Ereignisse“ mit nachhaltiger Wirkung (etwa die Bewerbung zur europäischen Kulturhauptstadt 2010; Sport; Kirchentag) fördern;
- charakteristische Netzwerke fördern;
- ein Konzept „Junge Szene“ entwickeln;
- ein Programm zur Förderung des Hafentourismus in Bremerhaven erarbeiten.

In Bremerhaven ist mit kräftiger Unterstützung des Landes die Stadtentwicklung bereits ein gutes Stück vorangebracht worden. Die begonnene Umstrukturierung der Innenstadt stärkt schon heute die oberzentrale Funktion Bremerhavens. Wir werden diesen Prozess fortsetzen und uns nun auf den südlichen Teil der Stadtmitte konzentrieren. Rund um das Grundstück des ehemaligen Stadtbads wollen wir ein Zentrum für öffentliche und private Dienstleistungen schaffen. Mit der Sanierung des Geestufers und seiner Kajen und Docks runden wir das Projekt `Neue Stadtmitte` ab. Die Innenstadt zu stärken, ist Voraussetzung dafür, dass das Tourismuskonzept für den Entwicklungsbereich `Alter und Neuer Hafen` umgesetzt wird. Durch ihren engen Zusammenhang werden beide Projekte gemeinsam der Impuls dafür sein, neue und zusätzliche Besucherströme nach Bremerhaven zu lenken und so ein weiteres wirtschaftliches Standbein – den Städtetourismus – zu schaffen.

Des weiteren wollen wir

- die Sail 2005 zu einem Großereignis mit überregionaler Ausstrahlung entwickeln;
- die Modernisierung des Kreuzfahrtterminals weiter vorantreiben und die Verkehrsverbindungen zum Columbus Cruise Center den steigenden Passagierzahlen anpassen;
- die Attraktion `Fisch und Meer` weiter nutzen und das Konzept des Schaufensters Fischereihafen ausbauen, um die Anziehungskraft auf Besucher von außerhalb zu erhöhen.

2.7. Zukunftsmarkt Gesundheit ausbauen

Die Lebensbedingungen der Menschen haben sich grundlegend verändert: Man lebt gesundheits- und körperbewusst, und die Lebenserwartung ist deutlich gestiegen. All dies hat dazu geführt, dass die Gesundheitswirtschaft zu einem wichtigen gesellschaftlichen und ökonomischen Faktor geworden ist. Im Land Bremen sind inzwischen rund 50.000 Menschen mittelbar oder unmittelbar in diesem Bereich tätig. Hier hat sich ein profilierter Wirtschaftszweig entwickelt. Wir wollen diese Chancen nutzen und einen Zukunftsmarkt Gesundheit entwickeln. Folgende Ziele stehen dabei im Mittelpunkt:

- Die Schaffung von mehr Gesundheit und höherer Lebensqualität für die Bürgerinnen und Bürger;
- die Stärkung der Wirtschaftskraft für das Land Bremen;

- die Schaffung von mehr qualifizierten und zukunftssicheren Arbeitsplätzen in Bremen und Bremerhaven und
- die Entwicklung innovativer Dienstleistungen und Produkte, auch für die überregionale Vermarktung an den Standorten Bremen und Bremerhaven.

Darüber hinaus streben wir den Ausbau folgender innovativer Schwerpunkte an:

- Im Bereich der Telematik die Entwicklung und überregionale Vermarktung innovativer Programme und Netzwerke (z.B. digitale Radiologie, EDV-gestütztes, integratives Onkologienetzwerk) sowie neuer Dokumentationssysteme;
- die Entwicklung sektorübergreifender Formen der Kooperation für die Bereiche Prävention, Gesundheitsförderung, Kuration, Rehabilitation und Lebenshilfe;
- das Angebot qualitätsgesicherter Pflege – verbunden mit dem Ausbau eines Qualitätsmanagements sowie einem erweiterten Service für neue Dienstleistungen;
- die Erweiterung altersgerechter Dienstleistungen auf den Feldern `gesundheitsfördernde Ernährung`, `altersgerechte Fitness` und `gerontotechnische Produkte`.

Den Zukunftsmarkt Gesundheit werden wir zu einem Kernpunkt der Wirtschaftsförderung entwickeln, die Fördermöglichkeiten nach dem Innovationsförderprogramm `InnoVision` und `Bremen in T.I.M.E.` ausbauen und zu einem festen Bestandteil künftiger Wirtschafts- und Innovationsförderung machen.

2.8. Verbraucherschutz und Verbraucherrechte

Die Rechte der Verbraucher sowie ihre Stellung im Markt wollen wir weiter stärken. Hierzu gehören die Bereiche des vorsorgenden Schutzes von Gesundheit, Sicherheit und wirtschaftlichen Interessen sowie der Schutz vor Täuschung und Irreführung. Insbesondere muss:

- im Kinder- und Jugendbereich die Verbraucherarbeit gefördert werden, um frühzeitig den Informationsdefiziten besonders in Wirtschafts- und Gesundheitsfragen der Verbraucher entgegenzusteuern;
- die unabhängige Verbraucherinformation, die individuelle Verbraucherberatung und die Interessenvertretung der Verbraucher durch die Verbraucherzentrale im Land Bremen sichergestellt und ausgebaut werden;
- eine stärkere Einbindung der Verbrauchervertreter in die politischen Prozesse und Gremien gefördert werden.

Auf Bundesebene unterstützen wir ein umfassendes Verbraucherinformationsgesetz mit der Verankerung von Auskunftsansprüchen gegenüber Behörden und Unternehmen.

2.9. Wirtschaft und Stadtentwicklung – eine innovative Wechselwirkung

Ausstrahlung und Lebensqualität einer Stadt müssen sich daran messen lassen, wie attraktiv sie für neue Bürger ist. Einwohner an Bremen und Bremerhaven zu binden und zu halten ist auch für die nachhaltige Stabilisierung von Wirtschafts- und Finanzkraft des Landes ausgesprochen wichtig – wie die Ansiedlung von Unternehmen und die Schaffung von Arbeitsplätzen. In Zukunft müssen wir verstärkt Fernwanderer gewinnen und die „Umlandwanderung“ zur „Stadtwanderung“ umkehren. Staatliche Finanzpolitik muss deshalb künftig darauf ausgerichtet sein, Investitionen in die nötigen Infrastrukturen zu tätigen. Die Position und das Profil eines Standortes werden vor allem von der jeweiligen "Kernstadt" geprägt.

Die Integration von Wohnen und Arbeiten erfordert zudem die Verknüpfung verschiedenartiger Infrastrukturinvestitionen und -maßnahmen. Projekte, die attraktives Wohnen, Leben und Arbeiten um „zugkräftige Anker“ wie etwa die Universität, Radio Bremen (Faulenquartier) und die Alten Hafendreiecke in Bremen und Bremerhaven miteinander verbinden, sind dafür besonders geeignet. Dabei sind die in den Städten vorhandenen Naherholungs- und Naturräume als Standortvorteile herauszustellen.

Ein weiterer wichtiger Punkt betrifft die Stadtteilzentren, die imageprägend für ganze Stadtteile sind – als Mittelpunkte für örtliche Versorgung und Dienstleistung, für Kultur-, Bildungs-, Sozial- und Freizeitangebote. Stadtteile und Wohnquartiere müssen deshalb qualitativ hochwertig weiterentwickelt werden. Aus diesem Grund müssen Aufwertungsmaßnahmen künftig wesentlich mehr umfassen als die Verbesserung des Einzelhandels- und Dienstleistungsangebotes. Stadtteilzentren brauchen insbesondere im Hinblick auf eine Stabilisierung der Sozialstruktur eine hohe Aufenthaltsqualität sowie vielfältige Kommunikations- und Konsummöglichkeiten und entsprechende Mittel-Bereitstellungen. Dabei muss berücksichtigt werden, dass die Faktoren `Quartiermodernisierung` und `Bestandspflege` nur gemeinsam mit den Bewohnern zu realisieren sind. Dafür ist ein Konzept zu erarbeiten, das sich an den Bedürfnissen des täglichen Lebens nach dem Motto `Gelebte Stadt – gepflegte Stadt – gesunde Stadt` orientiert.

Wichtig für lebendige Stadtteilzentren ist eine gute Erreichbarkeit. Das Fuß- und Radwegenetz, die Parksituation, die ÖPNV-Linien sowie die stadtverträgliche Führung des Individualverkehrs sind vor diesem Hintergrund einer kritischen Bestandsanalyse zu unterziehen und müssen jeweilig optimiert oder ausgebaut werden.

Stadtteilzentren und mittelständische Strukturen müssen gestärkt, die Instrumente dazu weiterentwickelt werden. Wir werden im Rahmen einer weiterführenden Arbeitsmarktpolitik Projekte entwickeln, die diesen öffentlich abzudeckenden Bedarf mit vorhandenen freien Arbeitspotenzialen verbindet. Die Nutzung von "urbanen Qualitäten", aber auch von brachliegenden bzw. unzureichend genutzten Innenstadtfeldern wie zum Beispiel die des Wasserwerksgeländes, des Faulenquartiers oder des Neuen/Alten Hafens müssen in den Vordergrund gerückt werden. Dies ist nicht nur ökologisch und ökonomisch sinnvoll, sondern ermöglicht vor allem eine Stadtentwicklung, die für (Neu-) Bürger und Unternehmensgründer gleichermaßen attraktiv ist. Auf diese Schwerpunkte sind die Investitionsprogramme auszurichten.

2.10. Klimaschutz, Innovationen und Arbeitsplätze durch Windkraft

Bremen und Bremerhaven haben sich in den letzten Jahren zu Kompetenzzentren für die Windenergie entwickelt. Führende Windanlagenbauer sind in unserem Bundesland ansässig. Windenergie ist eine Wachstumsbranche. Bremen hat ausgezeichnete Chancen, seine gute Wettbewerbsposition zu halten und auszubauen – sowohl im offshore- als auch im onshore-Bereich, im Rahmen des „repowering“ (Um- und Aufrüstung) und im Export von Windenergieanlagen. Dazu bedarf es auch in Zukunft einer gezielten strukturpolitischen Förderung:

- Wir streben an, die gleichermaßen hohen, aber verschiedenartigen Potenziale im Sektor Windenergie in den Städten Bremen und Bremerhaven so auszubauen, dass innerbremische Konkurrenzsituationen weitgehend vermieden und Synergieeffekte durch die räumliche Konzentration und Vernetzung der Akteure befördert werden.

- Wir unterstützen die weitere Förderung der wissenschaftlichen Einrichtungen im Lande Bremen, die dem Forschungsgebiet „regenerative Energien“ zuzuordnen sind sowie den Auf- und Ausbau von Technologietransferstrukturen.
- Wir werden die Entwicklung der Standorte Überseestadt (Holz- und Fabrikenhafen), Vulkan-Gelände und Luneort im Fischereihafen Bremerhaven zu Kompetenzzentren der Windenergie-Branche durch die Bereitstellung geeigneter Flächen und Immobilien forcieren.
- Wir unterstützen die Entwicklung einer Ausbildungs-, Qualifizierungs- und Weiterbildungsstrategie und die Absicherung entsprechender Förderprogramme.

2.11. Die bedeutende Rolle unserer Häfen in Bremen und Bremerhaven

Die Häfen des Landes Bremen haben seit Beginn des Wiederaufbaus nach dem zweiten Weltkrieg eine herausragende Bedeutung für das Land und seine beiden Städte. Rund 82.000 Arbeitsplätze sind in Bremen und Bremerhaven abhängig von den Häfen. Das sind etwa 24 Prozent aller im Land Bremen vorhandenen Arbeitsplätze. Darüber hinaus haben unsere Häfen eine nicht zu unterschätzende überregionale Funktion, nicht nur für das niedersächsische Umland. Fast 40 Prozent der genannten Arbeitsplätze werden von Arbeitnehmern aus dem niedersächsischen Umland besetzt. Weitere 10.500 Arbeitsplätze sind im Umland der Städte Bremen und Bremerhaven indirekt oder direkt den Bremischen Häfen zuzuordnen, bundesweit noch einmal über 53.000 Arbeitsplätze. Insgesamt sind also mehr als 145.000 Arbeitnehmer mit ihren Familien bei einem Gesamteinkommen von rund 6,8 Milliarden Euro abhängig von wettbewerbsfähigen Hafenanlagen und Unternehmen. Auch wenn die Handlungsmöglichkeiten des Landes nicht zuletzt durch die Wettbewerbsrichtlinien der EU begrenzt sind, wollen wir alle drei Schiffbausparten – Neubau, Umbau und Reparatur – erhalten.

Die Häfen im Lande Bremen können regelmäßig Rekordergebnisse beim Umschlag vermelden. Der Spitzenwert wurde im Jahre 2002 mit etwa 46,5 Millionen Tonnen Umschlag erreicht. Davon entfielen etwa 32 Millionen Tonnen auf die Seestadt Bremerhaven und etwa 14 Millionen Tonnen auf die Stadt Bremen. Fast zwei Drittel des gesamten Ladungsaufkommens der Häfen entfielen 2002 auf den Containerumschlag, den größten Wachstumsmotor unserer Häfen. 2002 wurden rechnerisch 3 Millionen Standardcontainer umgeschlagen. Im internationalen Vergleich verbesserte sich Bremerhaven damit von Rang 18 auf Rang 13; Tokyo, Manila und das britische Felixstowe wurden überholt.

In den Bremischen Häfen werden außerhalb des Automobilumschlags rund 4 Mio. Tonnen konventionelles Stückgut umgeschlagen. Die Bremischen Häfen haben sich im Wettbewerb der deutschen Nordseehäfen in den letzten Jahren im Markt gut behaupten können. Bremen ist heute der mit Abstand bedeutendste deutsche Hafen für den konventionellen Stückgut-Umschlag. Um die Chancen auf diesem Markt zu nutzen, ist der Kooperationsgedanke innerhalb der Hafenwirtschaft zu stärken. Damit kann auch dem Wunsch der Kunden nach Komplettangeboten aus einer Hand nachgekommen werden. Die Nutzung der Chancen im konventionellen Stückgutsektor ist auch aus volkswirtschaftlichen Aspekten von erheblicher Bedeutung für Bremen. Allein im direkten Hafengebiet sind rund 900 Beschäftigte tätig.

Angesichts der Containerisierung und Unitisierung im internationalen Welthandel konnte die Hafengruppe Bremen-Stadt nicht in gleichem Umfang wie die Hafengruppe Bremerhaven von dem allgemeinen Wachstum der Seegüterverkehre profitieren, obwohl noch immer 28,5%

(13,2 Mio. t) des bremischen Gesamtumschlags mit hoher Wertschöpfung in der Hafengruppe Bremen-Stadt abgefertigt werden. Die wichtigsten Hafenableure links (Neustädter Hafen) und rechts der Weser (Industriehafen) bleiben trotz ihrer guten technischen Voraussetzungen weit hinter ihren ökonomischen Möglichkeiten zurück.

Vor dem Hintergrund der Vertiefung der Unterweser, des Ausbaus der Mittelweser, der Zunahme des Short-Sea-Shipping (from road to sea) und steigender Kohleimporte ist es unbedingt erforderlich, infra- und suprastrukturelle Voraussetzungen für neues Hafengeschäft zu schaffen. Aufgabe des Staates ist es, mit entsprechenden Infrastrukturmaßnahmen auf der Grundlage eines Masterplans im Rahmen von Public-Private-Partnerships private Investitionen auszulösen und neue Betreibermodelle zu prüfen.

Auch der Automobilumschlag erreichte neue Rekordhöhen in Bremerhaven. Mehr als 1,2 Millionen Einheiten wurden 2001 umgeschlagen, davon allein 700.000 Autos über die Seestadt exportiert. Der Marktanteil der Bremischen Häfen im Wettbewerb mit Hamburg, Antwerpen und Rotterdam erreichte 2001 knapp 16 Prozent und damit eine deutliche Steigerung gegenüber den Vorjahren.

2.12. Häfenpolitische Aufgaben in der Legislaturperiode 2003 – 2007:

Europäischer Seehafenwettbewerb

Das Land Bremen wird sich im Bund und in Europa mehr als bisher für die Herstellung von gleichen Wettbewerbsbedingungen für die europäischen Seehäfen und ihre Hinterlandverbindungen einsetzen. Dazu gehören:

- Die Angleichung der Steuersätze für Dieselkraftstoffe;
- die Einführung einer Maut auch für die Autobahnen in den Niederlanden und Belgien;
- die Forderung nach Einstellung von Subventionen der Niederländischen Regierung für Ganzzugsysteme von und nach Rotterdam.

Die Standortbedingungen in den deutschen Häfen wie auch für den Hinterlandverkehr müssen europaweit angeglichen werden, um die Wettbewerbsfähigkeit für die Unternehmen der deutschen Seehafenverkehrswirtschaft zu sichern.

Verkehrsinfrastruktur

Das Wachstum des Güterverkehrs ist in den letzten 30 Jahren fast ausschließlich im Straßengüterverkehr realisiert worden. Die Engpässe im Straßenfernwegenetz sind überall sichtbar. Das Land Bremen wird sich für Maßnahmen einsetzen, die eine wettbewerbsbewusste Verlagerung des Straßenverkehrs auf die umweltfreundlichen Verkehrsträger Schiene und insbesondere Binnenwasserstraße fördern.

Die nationale Verkehrsinfrastruktur ist, bevor konkurrierende Verkehrswege im grenzüberschreitenden Bereich zur Verfügung gestellt werden, vorrangig auszubauen. In der „gemeinsamen Plattform der Küstenländer und des Bundes zur deutschen Seehafenpolitik“ wurde vereinbart, den see- und gleisseitigen Verkehrsanbindungen der deutschen Häfen besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Diese Plattform enthält einen hafenspolitischen Maßnahmenkatalog von zehn vorrangigen Projekten, die der Anbindung der deutschen Häfen über Wasser, Straße und Schiene dienen sollen.

Aufgabe des Senats der Freien Hansestadt Bremen ist es, die Bundesregierung im ständigen Gespräch zur Erfüllung der Vereinbarung anzuhalten und die Umsetzung der einzelnen Maßnahmen so schnell wie möglich und erforderlichlich zu erreichen.

Seeschifffahrtsstraße Weser

Die Wettbewerbsfähigkeit der Hafenanlagen insbesondere in der Seestadt Bremerhaven gegenüber den konkurrierenden europäischen Standorten kann unter Berücksichtigung der zunehmenden Schiffsgrößen im Seetransport nur durch eine Vertiefung der aktuellen Fahrwassertiefe der Außenweser erreicht werden. Das Land Bremen hält an dem Vorhaben fest, beim Bund den Ausbau der Fahrwassertiefe auf etwa 15,5 Meter (unter SKN) gemeinsam mit Niedersachsen durchzusetzen.

Ebenfalls werden wir gemeinsam mit dem Land Niedersachsen daran festhalten, die Unterweser von Nordenham über Brake bis Bremen zu vertiefen. Der Abschnitt bis Nordenham soll von aktuell 11 Meter Fahrwassertiefe auf etwa 12,3 Meter (unter SKN) ausgebaut werden. Von Nordenham bis Brake ist eine Vertiefung von heute 9,1 Meter auf etwa 10 Meter (unter SKN) erforderlich, von Brake bis Bremen schließlich von heute 9,6 Meter auf künftig 10,2 Meter (unter SKN).

Es ist natürlich notwendig, dass in der Vorbereitung und der Durchführung des erforderlichen Planfeststellungsverfahrens alle Untersuchungen durchgeführt werden, die neben der ökonomischen auch die ökologische Verträglichkeit dieser Vorhaben sicherstellen.

Das Land Bremen wird sich zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Hafenstandorte an der Weser dafür einsetzen, dass der Ausbau der Seeschifffahrtsstraße Weser unmittelbar nach Abschluss der laufenden Planungen und Untersuchungen begonnen wird. Die erforderlichen politischen Beschlüsse müssen zügig und unabhängig von der Realisierung weiterer Verkehrsprojekte bei anderen Seeschifffahrtsstraßen an der Nordsee erfolgen.

Binnenschifffahrtsweg Weser

Durch den Ausbau des Mittellandkanals und der Berliner Wasserstraßen wird eine leistungsfähige Ost-West-Verbindung zwischen den niederländischen und belgischen Seehäfen und den neuen Bundesländern, insbesondere der Wirtschaftsregion Berlin, geschaffen. Den Seehäfen an der Weser (Bremen, Brake, Nordenham und Bremerhaven), über die rund 25 Prozent des Hafenumschlags aller deutschen Nordseehäfen abgewickelt werden, ist jedoch die Möglichkeit genommen, den Wettbewerb mit den Westhäfen über eine leistungsfähige Wasserstraße Mittelweser aufzunehmen.

Diese Diskriminierung der norddeutschen Seehäfen an der Weser durch die Infrastrukturpolitik des Bundes muss durch den Ausbau des Binnenschifffahrtsweges Mittelweser zwischen Bremen und Minden für den Verkehr von Großmotorgüterschiffen (135 m Länge) und Schubverbindungen (ca. 139 m Länge) spätestens 2006 beseitigt werden.

Unsere Forderungen:

- Nachdem der Planfeststellungsbeschluss erteilt wurde, ist sofort mit dem Beginn der geplanten Ausbaumaßnahmen in den Flussstrecken der Mittelweser zu beginnen. Dies entspricht dem Verwaltungsabkommen zwischen dem Bund und dem Land Bremen aus den Jahren 1984 und 1997, das bisher vom Bund nicht eingehalten wurde. Erforderlich ist die Vertiefung und Verbreiterung der Fahrrinne sowie der Ausbau der Schleusenkanäle;

- die Verwaltungsabkommen sind vertragsgetreu zu erfüllen, insbesondere die vertraglich vereinbarten Ausbaustandards für den uneingeschränkten Begegnungsverkehr für Europa-Schiffe (85 m Länge) und GMS-Schiffe (110 m Länge) auf der Mittelweser sind einzuhalten. Weitere Strombaumaßnahmen sind nicht erforderlich. Mit aktiven Bugsteuerungsanlagen und Begegnungseinschränkungen in bestimmten Abschnitten können Schiffe bis zu 140 m Länge auf der Mittelweser fahren;
- die Schleusen in Minden und Dörverden sind durch eine Kammerlänge von 190 Meter in ihrer Kapazität bis zum Jahre 2006 an die vorhandenen Schleusen an der Weser anzupassen. Nur so kann an allen Schleusen ein zweischiffiger Schleusenbetrieb gewährleistet werden und die Verlagerung von Transporten auf dem Wasserweg nicht durch künstliche Engpässe verhindert werden. Mit dem Beginn der einzelnen Planungen ist sofort zu beginnen, unabhängig von der Entscheidung über die jeweilige Schleusenlänge.

Erweiterung des Containerterminals Wilhelm Kaisen und Sicherung des Autoumschlags in der Seestadt Bremerhaven

Angesichts des Wachstums im Containerumschlag an den Bremerhavener Terminals und der übereinstimmenden Prognosen hinsichtlich der weiteren Zunahme des Containerverkehrs per Seeschiff ist nach der laufenden Verlängerung des Terminals um einen Liegeplatz (CT III a) auch die weitere Verlängerung nach Norden (CT IV) zwingend erforderlich, um den gestiegenen Anforderungen an die Zahl von Liegeplätzen und Umschlagskapazitäten zu entsprechen.

Unabhängig von der Planung zu einem Tiefwasserhafen in Wilhelmshaven können weder das Land Bremen mit seinen beiden Städten noch das niedersächsische Umland auf die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Containeranlagen in Bremerhaven verzichten. Die Menschen in Bremerhaven und den umliegenden niedersächsischen Städten und Kreisen sind auf die Sicherung und den Ausbau der Arbeitsplätze in den bremischen Häfen angewiesen.

Das gilt auch für all jene Unternehmen in den Ländern Bremen und Niedersachsen, die Hafenanlagen benötigen, deren Ausbaustandard, Sicherheit, Schnelligkeit und Erreichbarkeit den heutigen Ansprüchen entspricht. Der Verzicht auf das Projekt CT IV in Bremerhaven würde auch vorhandene Arbeitsplätze in der Region, die direkt und indirekt von den Häfen in der Seestadt abhängig sind, gefährden. Auch aus ökonomischen und ökologischen Gründen ist es erforderlich, künftige Seehafenverkehre nicht auf einen Standort allein zu konzentrieren, sondern sowohl auf neue als auch auf vorhandene Standorte an der Nordseeküste zu verteilen.

Mit einem PKW-Umschlag von 1,42 Millionen im Jahre 2002 ist Bremerhaven ein bedeutender Ein- und Ausfuhrhafen in Europa; dies sichert zugleich eine große Zahl von Arbeitsplätzen in der Region. Um diese Position nachhaltig zu sichern, sind zusätzliche Liegeplätze im Osthafen erforderlich. Zudem muss die Sanierung und der Ausbau der Kaiserschleuse weiter vorangetrieben werden, damit der Autoterminal jederzeit erreichbar ist.

Hinterlandverbindungen

Die zunehmenden Schiffsgrößen stellen auch an die Hinterlandverkehre immer neue Anforderungen und bestimmen so wesentlich die Wettbewerbsfähigkeit der Häfen mit. Nur leistungsfähige und kostengünstige Transporte von und zu den Häfen in Bremen und Bremerhaven können ihren Beitrag zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit leisten.

Unsere Forderungen:

- Ausbau der Bundesautobahnen A1 auf sechs Spuren;
- zügige Fertigstellung der BAB 281 als Verbindung der Autobahn A27 und A1;
- Bau der Küstenautobahn A22 und Anschluss an den Wesertunnel bei Dedesdorf;
- die kreuzungsfreie Erreichbarkeit der Häfen in Bremerhaven;
- Bau der Hochbaugeschwindigkeitsstrecke Hamburg-Bremen-Hannover (Y-Strecke);
- Ausbau der Eisenbahnverbindung Bremen-Langwedel-Uelzen-Stendal-Berlin-Magdeburg (so genannte Amerikalinie);
- Sicherung der vorhandenen, schienengebundenen Verkehrsstrecken für die Ausweitung des Transports von Gütern insbesondere von und zu den Häfen an der Weser und dem Jade-Weser-Port;
- für die wirtschaftliche Entwicklung Bremerhavens ist es wichtig, den Regionalflyghafen Bremerhaven weiterhin zu fördern und bedarfsgerecht weiter zu entwickeln.

Zum Tiefwasserhafen Jade-Weser-Port

Im Containerverkehr wird die Seestadt Bremerhaven trotz der notwendigen Ausbaustufe CT IV nach dem Ende der nächsten Legislaturperiode an seine Kapazitätsgrenzen gelangen.

Wir verzichten auf einen weiteren Ausbau des Containerterminals nach der Fertigstellung des Abschnitts CT IV aus ökologischen, geologischen und ökonomischen Gründen. Auch ist die Grenze des Landes `Freie Hansestadt Bremen´ mit der Ausbaustufe CT IV erreicht. Die notwendigen Ergänzungskapazitäten müssen also aus mehreren Gründen an anderer Stelle geschaffen werden. Hinzu kommt, dass davon auszugehen ist, dass künftig Containerschiffe mit Stellplatzkapazitäten von mehr als 12.000 Einheiten TEU zu erwarten sind. Die Tiefgänge dieser Schiffe bedingen, dass die tideunabhängige Erreichbarkeit Bremerhavens nicht mehr gewährleistet ist. Ein Grund mehr, sich an der Planung von weiteren Kapazitäten an der Nordseeküste zu beteiligen.

Die Länder Bremen und Niedersachsen haben sich darauf verständigt, in Wilhelmshaven den Jade-Weser-Port als gemeinsames Projekt zu errichten. Wir unterstützen ausdrücklich diese Entscheidung und wollen über die BremenPORTS Management und Services GmbH & Co. KG unsere Interessen und jahrzehntelange Erfahrung beim Bau und Betrieb von Hafenanlagen einbringen. Als erste Baustufe sollen in Wilhelmshaven Schiffs Liegeplätze von 1.700 Meter Länge entstehen, die 2010 fertiggestellt werden sollen. Nicht nur für die bremische Hafenverkehrswirtschaft ergeben sich bei der Errichtung des Jade-Weser-Ports neue Möglichkeiten der Expansion und damit der Sicherung vorhandener und Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Wir wollen dazu beitragen, dass die Zusammenarbeit zwischen dem Land Niedersachsen und dem Land Bremen sowie den Städten Wilhelmshaven, Bremerhaven und Bremen so erfolgreich gestaltet wird, dass die gesamte norddeutsche Region mit ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und deren Familien, ihren Unternehmen, Einrichtungen und Institutionen von diesem Vorhaben profitiert.

3. Neue Arbeit für Bremen und Bremerhaven

3.1. Kein Strukturwandel ohne soziale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit

Nur ein hoher Beschäftigungsstand kann den Wohlstand und die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme garantieren. Deshalb bleibt es das vordringlichste Ziel für alle Bereiche der Politik, die Arbeitslosigkeit abzubauen. Menschen brauchen die größtmögliche Unterstützung der Politik, um wieder in den Arbeitsmarkt zu gelangen. Beschäftigungsförderung hat dabei auch deutlich Vorrang vor persönlicher Alimentierung. Arbeitsmarktpolitik muss präventiv ausgerichtet sein; Qualifizierung ist die wirksamste Prävention gegen Entlassung und Arbeitsplatzverlust.

Durch das Teilzeit- und Befristungsgesetz wurde mehr Flexibilität für Unternehmen und größere Zeitsouveränität für die Beschäftigten geschaffen, ohne ihnen den notwendigen Schutz zu versagen. Das verbessert die Möglichkeiten, Familie und Beruf miteinander in Einklang zu bringen, und fördert vor allem die Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt. Illegale Beschäftigung und Leistungsmisbrauch schaden dem Sozialstaat erheblich. Die Bundesregierung hat den Bußgeldrahmen für Dumpinglöhne im Baubereich erhöht und die Zusammenarbeits- und Informationsaustauschrechte zwischen den an der Bekämpfung illegaler Beschäftigung beteiligten Behörden erweitert. Die Bundesregierung fördert die Zusammenarbeit von Arbeits- und Sozialämtern. Ziel ist es, die Sozialleistungsträger zu modernen, offenen und miteinander vernetzten Dienstleistern zu entwickeln, die im Interesse der Hilfebedürftigen ihre Zusammenarbeit optimal gestalten. Die Hartz-Kommission hat einstimmig erarbeitete Vorschläge vorgelegt, von denen insgesamt alle Arbeitsmarktpartner profitieren können. Die „Job-Center“, die künftig auch erwerbsfähigen Sozialhilfeempfängern offen stehen, werden die doppelten Zuständigkeiten von Arbeitsamt und Sozialamt beseitigen. Mit erweiterten Serviceangeboten für Jugendliche werden bessere Beschäftigungsperspektiven eröffnet. Zeitarbeit wird künftig als Beschäftigungschance genutzt.

In Bremen und Bremerhaven werden Personal-Service-Agenturen (PSA) eingerichtet, in die Arbeitslose eingestellt und nach dem Modell der sozialverträglichen Zeitarbeit befristet den Unternehmen überlassen werden können. Ziel ist die Integration in den ersten Arbeitsmarkt. Mit dieser Aufgabe sollen Dritte beauftragt werden, die über Erfahrungen mit diesem Instrument verfügen. Weitere Voraussetzungen für die Umsetzung sind:

- Tarifliche Entlohnung der Arbeitnehmer in den Verleihzeiten;
- Qualifizierung in den verleihfreien Zeiten, die finanziell abgesichert wird;
- für entleihende Unternehmen ist eine jederzeitige kostenlose Übernahme der Leiharbeitnehmer möglich;
- enge Verzahnung mit anderen arbeitsmarktpolitischen Instrumenten.

3.2. Der Strukturwandel muss entsprechend flankiert werden

Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik müssen enger miteinander verbunden werden. Einer der größten Arbeitgeber ist bekanntermaßen das Handwerk, das bei der Gewinnung qualifizierter Nachwuchskräfte unterstützt werden muss. Wir werden daher entsprechende Programme zur Mitarbeiterqualifizierung fördern. Unternehmen, an denen das Land oder die beiden Städte beteiligt sind, müssen entsprechend ihrer Möglichkeiten zur Verminderung der Arbeitsmarkt- und Ausbildungsprobleme beitragen.

Technikentwicklung und Technikeinsatz sowie die Entwicklung neuer Produkte und Verfahren müssen zu einer sozial verträglichen Produktivitätssteigerung führen, die auf die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen ausgerichtet ist. Hierfür entwickeln wir mit dem Programm `Arbeit und Technik` in den Betrieben Modelle.

Eine gute Ausbildung und ständige Weiterbildung werden in Zukunft noch mehr als heute die Grundlage für die Beschäftigungsfähigkeit der einzelnen Arbeitnehmer sein. Daher fordern wir eine Qualifizierungsoffensive für den Strukturwandel. Die Wahrnehmung dieser Aufgabe sehen wir im Zusammenhang mit der Entwicklung der neuen Job-Center in Bremen und Bremerhaven.

Weiter setzen wir uns für folgende Ziele ein:

- Die Qualität der Arbeit muss verbessert werden. Wir unterstützen das Bremer Netzwerk AUGÉ, das sich die Verbreitung von Informationen zum betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutz zum Ziel gesetzt hat;
- wir wollen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Deshalb werden wir familienfreundliche Arbeitszeitmodelle in den Bremer und Bremerhavener Betrieben fordern;
- wir wollen faire Bedingungen und die Einhaltung von Tarifverträgen am Arbeitsmarkt. Wir werden deshalb die Bekämpfung von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung fortsetzen und die Einhaltung des Landesvergabegesetzes konsequent überprüfen. Hierzu werden wir die Arbeit der `Gemeinsamen Ermittlungsgruppe Schwarzarbeit` unterstützen. Die Gewerbeaufsicht soll so ausgestattet werden, dass sie ihren Aufgaben nachkommen kann. Wir setzen uns zudem dafür ein, dass Leiharbeit tariflichen Regeln unterliegt. Dies gilt insbesondere für die in den Arbeitsamtsbezirken Bremen und Bremerhaven zu gründenden Personal-Service-Agenturen.

3.3. Arbeitsmarktpolitik für bestimmte Zielgruppen

Im Lande Bremen sind mit der Einrichtung der Bremer Arbeit (BAG) und Bremerhavener Arbeit (BRAG) zwei Gesellschaften gegründet worden, die die operative Umsetzung der Arbeitsmarktprogramme vor Ort organisieren sollen. Ziel ist es, die Arbeitsmarktmittel des Landes, der Kommune, der EU und der Arbeitsämter stärker zu bündeln, effektiver einzusetzen und eine stärkere Nachfrageorientierung bei den angebotenen Maßnahmen zu erreichen.

Wir setzen uns für die Ausweitung ihrer Betätigungsfelder ein. Kooperative Ansätze mit Job-Centern, die vornehmlich der beruflichen Wiedereingliederung von Arbeitslosen dienen, wollen wir weiter ausbauen. Das bewährte kommunale Beschäftigungsprogramm „Hilfe zur Arbeit“ muss in diesen Kontext einbezogen und qualitativ abgesichert werden.

Wir wollen die langjährige Berufserfahrung und das Engagement älterer Arbeitnehmer, die durch die Arbeitslosigkeit erzwungenermaßen vorzeitig aus dem Berufsleben ausgegrenzt worden sind, für geeignete öffentliche Aufgaben nutzen. Daher werden wir für ältere Arbeitslose unter Nutzung ihrer Transfereinkommen Programme entwickeln, die ihnen die Möglichkeit bieten, weiterhin am Arbeitsleben – ggf. zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben - teilzunehmen.

In Bremerhaven bleiben die bewährten kommunalen Beschäftigungsprogramme in kommunaler Zuständigkeit. Eine enge Abstimmung mit dem Job-Center ist zu gewährleisten. Das Niveau und die Qualität dieses Programms wollen wir auch in Zukunft erhalten.

Die bereits entwickelten Instrumente über Beschäftigungs- und Qualifizierungsträger und die Vermittlung durch beauftragte Dritte werden in Bremerhaven zusätzlich mit den Aufgaben der Job-Center abgestimmt.

Zudem werden wir

- stadtteilbezogene Arbeitsmarktpolitik mit den verschiedenen Programmen wie URBAN I und II, ´Soziale Stadt´ und ´WiN´, das wir auf gleichem Niveau halten wollen, fortführen;
- die Integration von Behinderten in den Arbeitsmarkt fördern; dies soll insbesondere über Integrationsfachdienste und die Fortführung des bremischen Sonderprogramms zur Integration Schwerbehinderter geschehen;
- den Abbau von Jugendarbeitslosigkeit nachdrücklich betreiben. Es ist deshalb erforderlich, niederschwellige Beratungs- und Vermittlungsangebote u.a. in der Form der neuen ´Job-Center´ vorzuhalten sowie die Möglichkeiten der Verbundausbildung zu stärken. Wir unterstützen alle gemeinsamen Aktivitäten der Akteure am bremischen Ausbildungsmarkt. Neben der Schaffung von mehr Ausbildungsplätzen im Handwerk, im Handel, in der Industrie und neueren Dienstleistungsberufen wollen wir auch die Qualität der Berufsausbildung verbessern. Durch eine stärkere Baustein- und Lernfeldqualifizierung, eingebunden in ein verpflichtendes Berufsbild, wollen wir u.a. auch lebenslanges Lernen ermöglichen;
- vorzeitige Ausbildungsabbrüche durch gezielte Fördermaßnahmen deutlich reduzieren;
- das Problem der ´zweiten Schwelle´ nach der Ausbildung durch kreative Maßnahmen, wie z. B. Teilzeitarbeit für Jugendliche, gemeinsam mit dem Arbeitsamt reduzieren;
- mit der Beschäftigung älterer Arbeitnehmer künftig auch angesichts des sich abzeichnenden Fachkräftemangels einen Schwerpunkt in der Beschäftigungspolitik setzen; für bestimmte Gruppen des Arbeitsmarktes, insbesondere ältere Langzeitarbeitslose, darf längerfristig öffentlich geförderte Beschäftigung kein Tabu bleiben;
- die Erwerbstätigkeit von Frauen stärken; dies setzt eine politische Offensive zur Schaffung neuer Arbeitszeitmodelle und flexibler Kinderbetreuungsangebote voraus;
- spezielle Qualifizierungsprogramme für die bereits hier lebenden Ausländer entwickeln; ihre Integration ins Berufsleben muss Vorrang vor weiteren Anwerbungen haben.

4. Nachhaltige Stadtentwicklung – Freizeit und Lebensqualität

4.1. Nachhaltigkeit als Leitlinie der Stadtentwicklung

Stadtentwicklung muss, wie schon im Kapitel Wirtschaft beschrieben, den Kriterien einer nachhaltigen Entwicklung genügen. Wir brauchen integrierte Städte, die Leben, Arbeiten und Wohnen miteinander kombinieren und gleichzeitig ökologischen Anforderungen genügen. Des Weiteren stehen wir am Beginn entscheidender demografischer Veränderungen mit bundesweit rückläufigen Bevölkerungszahlen. Stadtentwicklung wird sich darum zukünftig primär auf den Umbau statt auf das Wachstum konzentrieren müssen. Sie muss sich auf vorhandene Siedlungsräume und Infrastrukturen konzentrieren und darf nicht künstliche Gegensätze zwischen verschiedenen Nutzungen erzeugen. Ein derartiges Verständnis von Stadtentwicklung kann sich zudem nicht nur auf die jeweiligen Stadtgrenzen von Bremen und Bremerhaven beziehen, sondern bedarf einer gezielten Kooperation mit den Nachbargemeinden. Bremen und Bremerhaven müssen gemeinsam mit ihnen zu Oberzentren im nordwestdeutschen Raum entwickelt werden.

4.2. Programm „Vitale Stadtviertel“ zur Verbesserung der Lebensqualität

In den letzten Jahren hat sich die Stadtentwicklung häufig im Zusammenhang mit der Entwicklung von Großprojekten sowie von Wohn- und Gewerbegebieten an den Rändern unserer Städte vollzogen. In stärkerer Weise wollen wir jetzt gezielt Entwicklungen innerhalb Bremens und Bremerhavens vorantreiben. Der Bereich „Neuer und Alter Hafen“ in Bremerhaven, die IUB in Bremen-Nord sowie die Überseestadt in der Stadt Bremen sind prominente Beispiele dafür.

Wir wollen die Innenstadt in den nächsten Jahren verstärkt mit ihren Vorstädten – dem „Viertel“, dem Faulenquartier, der Bahnhofsvorstadt – und über die Weser hinweg verbinden. Brachliegende Gebiete wie das Güterbahnhofsareal sollen möglichst mit Wohn- und Dienstleistungsnutzungen umgestaltet werden. Neben der Stärkung des Einzelhandels und der Schaffung von Büro- und Dienstleistungsarbeitsplätzen wollen wir die attraktiven Innenstadtlagen nutzen, um ein neues Leitbild „Wohnen in der Stadt“ zu entwickeln und umzusetzen. Dazu gehören unter anderem der Ersatz alter, nicht instandsetzungsfähiger Bausubstanz, innovative Baugruppenprojekte und die Schließung von Baulücken als neue Wohnmöglichkeiten für Stadtbürger.

Immer deutlicher wird, dass sich der Strukturwandel in Bremen und Bremerhaven nicht nur auf die Entwicklung großer Gewerbegebiete oder der Innenstadt konzentrieren lässt, sondern in wachsendem Maße auch die Stadtteile und deren Zentren betrifft. Für uns Sozialdemokraten liegt hierin die größte stadtentwicklungspolitische Aufgabe der nächsten Jahre. Wir wollen Bremen und Bremerhaven mit seinen Stadtteilen sozial zusammenhalten, wirtschaftliche Attraktivität stärken und die Lebensqualität für die Bürgerinnen und Bürger verbessern. Wie schon in Gröpelingen, Hemelingen, Vegesack, Tenever und Lehe begonnen, wollen wir Destabilisierungen vermeiden und brachfallende oder ungenutzte Flächen neu beleben und Leerstände sowie die Abwanderung von Einwohnern verhindern. Wir wollen neue Entwicklungen etwa in der Dienstleistungs- und Einzelhandelslandschaft der Stadtteile als Ausgangspunkt für eine bauliche, wirtschaftliche und soziale Erneuerung nutzen. Die SPD will diese Prozesse mit der Aufwertung der Stadtteile fördern und gestalten. Arbeiten und Wohnen sind keine Gegensätze, sondern sind zu verbinden.

Die SPD will deshalb für die Jahre 2003 bis 2007 ein Programm „Vitale Stadtviertel“ mit einem Umfang von 100 Millionen Euro aus dem ISP-Nachfolgeprogramm finanzieren. Die Mittel der Stiftung „Wohnliche Stadt“ wollen wir ebenfalls schwerpunktmäßig für Maßnahmen zur Stärkung der Stadtteile einsetzen. Damit sollen gezielt öffentlich finanzierte Projekte mit privatem Engagement und Investment zu einer Verbesserung von Wirtschaften, Arbeiten und Lebensqualität in Stadtteilen verbunden werden. Das Programm wird Vorschläge aus den Stadtteilen und Stadtbezirken aufnehmen und unterstützen sowie wichtige Infrastrukturen verbessern.

4.3. Wohnungsbaupolitik muss neu ausgerichtet werden

Durch die Ausweisung neuer Wohngebiete ist es in den vergangenen zwei Jahren im Land Bremen zu einer Stabilisierung der Einwohnerzahl gekommen. Auch in den nächsten Jahren wird es eine Nachfrage nach Einfamilien- und Reihenhäusern in Eigentum geben. Bremen hält für die nächsten Jahre ein hinreichendes Angebot an Flächen für neue Wohngebiete vor, in Bremerhaven wollen wir dieses Angebot gezielt ausdehnen. Gerade in neuen Wohngebieten wollen wir günstiges Bauen insbesondere für junge Familien unter anderem durch eine weiter erhöhte Quote an bauträgerfreien Grundstücksangeboten ermöglichen. Weiterhin wollen wir das erfolgreiche Baulückenprogramm fortsetzen. So werden attraktive Wohnangebote in den Stadtteilen entstehen, die wir auch durch die Mobilisierung ungenutzter Flächen, vorrangig in attraktiven innerstädtischen Lagen und an ÖPNV-Achsen, aufwerten wollen.

Trotz dieser positiven Entwicklung werden sich Bremen und Bremerhaven in den nächsten Jahren auf eine rückläufige Bevölkerungszahl einstellen müssen – auch wenn es zumindest in der Stadt Bremen im letzten Jahr gelang, den Abwanderungstrend zu stoppen. Die Zahl der Haushalte wird – wegen der abnehmenden Haushaltsgrößen – in Bremen-Stadt bis zum Jahre 2015 wohl stabil bleiben, in Bremen-Nord und Bremerhaven aber abnehmen.

Diese Entwicklung bedeutet:

- insbesondere mittelgroße und kleine Mietwohnungen, vor allem im Geschosswohnungsbau der sechziger und siebziger Jahre, werden leer stehen. Daher muss wohnungspolitisch stärker mit Wohnungszusammenlegungen und Modernisierungen reagiert werden. Dies wollen wir politisch fördern;
- wenn verhindert werden soll, dass der Markt flächendeckend Leerstände erzeugt, sind gezielt Rückbau- und Abrissmaßnahmen erforderlich. In Tenever, Lüssum und Bürgerpark Süd haben wir entsprechende Maßnahmen vorbereitet. In Leherheide muss dies noch geschehen;
- es können neue Brachen in der Stadt entstehen. Um eine Zerklüftung der Stadt zu vermeiden, müssen hier neue Baumaßnahmen erfolgen oder Renaturierungen stattfinden;

Dazu gehören sowohl Aufwertungen, aber auch der Rückbau beziehungsweise Abriss alter Wohnbestände. Wohnungsbaupolitik ist somit neu auszurichten. Des Weiteren gilt: Stadtentwicklung und Wohnungsbau funktionieren nur mit Unternehmen, die die Stadtentwicklung mit ihrer Investitionstätigkeit begleiten. Für die SPD in Bremen und Bremerhaven ist die Wahrung und Gestaltung des bestimmenden öffentlichen Einflusses auf Wohnungsgesellschaften ein zentraler Bestandteil einer verantwortungsvollen Stadt- und Wohnungspolitik.

Des Weiteren hat die Sauberkeit der Quartiere einen hohen Stellenwert für die Lebensqualität in der Stadt, die wir durch weitere Anstrengungen in der Stadtreinigung und mit dem Programm „Saubere Stadt“ auch unter arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten noch verbessern wollen. Um die Sauberkeit in der Stadt zu erhöhen, aber auch um zur Wahrung der Gebührenstabilität bei-

zutragen, streben wir darüber hinaus die Veränderung des Abfallwirtschaftssystems an, wenngleich es sich im Grundsatz bewährt hat. Der hohe ökologische Standard und die Bürgerfreundlichkeit müssen bewahrt werden, zur Einsammlung von Verpackungsmüll soll zukünftig auf freiwilliger Basis eine gelbe Tonne angeboten werden – als Ergänzung zum gelben Sack. Zudem soll:

- für die Altpapiersammlung, ebenfalls auf freiwilliger Basis, eine blaue Tonne eingeführt werden;
- die Bündelsammlung und die Annahmestellen auf Recyclinghöfen beibehalten werden;
- die Sammlung über Papiercontainer drastisch reduziert werden.

Zur Lebensqualität gehört auch der Lärmschutz. Dafür wollen wir alle Bundesmaßnahmen nutzen und bei Neubaumaßnahmen generell anwenden.

4.4. Flächenpolitik – vorsichtiger Umgang mit einem knappen Gut ist geboten

Mit dem knappen Gut Fläche wollen wir sorgsam umgehen. Der jährliche Flächenverbrauch muß gesenkt, die bestehende Siedlungsfläche möglichst wenig ausgedehnt werden. Darum wollen wir die Verdichtungspotenziale der Stadt erschließen und die Anstrengungen beim Flächenrecycling steigern. Naturräume wie auch innerstädtische Grünräume haben für die Stadtentwicklung eine wesentliche Bedeutung. Möglichkeiten zur naturnahen Naherholung wie auch innerstädtisches Grün sind wesentliche Faktoren, um Einwohner in den Städten zu halten.

Die gesetzlich vorgeschriebenen Ausgleichs- und Ersatzregelungen bei Eingriffen in die Natur – sei es durch Bauvorhaben auf der grünen Wiese oder in innerstädtischen Bereichen – werden wir auch dazu nutzen, zu einer Aufwertung innerstädtischer Grünflächen beizutragen. Sofern in manchen Fällen sinnvolle Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen nicht mehr innerhalb der Landesgrenzen Bremens vorzunehmen sind, werden wir in diesen Fällen gezielt die Kooperation mit den Nachbargemeinden suchen. Dies kann und soll ein Ansatzpunkt für eine länderübergreifende Pflege und Gestaltung von Naturräumen sein.

Dem Naturschutz als wichtiger Bedingung für die Erhaltung der Artenvielfalt kommt in einer solchen Konzeption eine hohe Bedeutung zu. Naturschutz erfordert eine enge Kooperation mit der Landwirtschaft, die wir weiter ausbauen und festigen werden. Die SPD steht dafür: Das Hollerland bleibt Naturschutzgebiet und wird als FFH -Gebiet gemeldet. Darüber hinaus werden wir drei neue Naturschutzgebiete links der Weser (Ochtummündung, Hochwasserrückhaltepolder an der Senator-Apelt-Str. und Niedervieland III) ausweisen, um deren hohe ökologische Wertigkeit zu erhalten.

4.5. Gute Verkehrspolitik als Sinnbild für die funktionierende Stadt

Unser Leitbild ist die „Integrative Verkehrspolitik“. Wir wollen Mobilität in der Stadt und in die Region gewährleisten. Hierfür müssen alle Verkehrsträger: der motorisierte Verkehr, der ÖPNV, das Rad, der Fußgänger, das Wasser und das Flugzeug – ineinander greifen und die Funktionsfähigkeit des städtischen Wirtschaftens und Lebens sicherstellen sowie einen ökologischen Beitrag zur Senkung des CO₂-Ausstoßes leisten.

Wir wollen die Erreichbarkeit der Siedlungs- und Wirtschaftsstandorte sowie insbesondere der Innenstädte sichern. Zunehmende Bedeutung gewinnt die Verknüpfung unserer beiden Städte mit der Umlandregion. Deshalb wollen wir stärker als bisher Bremen-Stadt, Bremen-Nord und Bremerhaven verkehrlich mit den Nachbargemeinden und -regionen verknüpfen – über die Straße

und die Schiene. Deutlicher als bislang muss sich das Land für die überregionale Anbindung des Nordwestens engagieren. Dabei sind – insbesondere für die Wirtschaftsverkehre und die Häfen – Ausbaumaßnahmen für die Schiene, die Flughäfen, die Seewege und die Autobahnverbindungen erforderlich.

In Bremen und Bremerhaven mit seinen gewachsenen Verkehrswegen ist kluges Verkehrsmanagement zur Vermeidung überflüssiger Verkehrsbewegungen von besonderer Bedeutung. Im Sinne des Umweltverbundes gelten die Grundsätze: Effizienz, Sozialverträglichkeit und Umweltfreundlichkeit. Wir wollen die modernen Telematiksysteme und Logistikkonzepte nutzen und mit dem Aufbau einer Verkehrsmanagementzentrale, neuer Ampelsteuerung, einer Ausweitung des car-sharing, mehr park&ride-Plätzen sowie einem verbesserten Parkraummanagement und Quartiersgaragen mehr für den fließenden und ruhenden Verkehr erreichen. Das LKW-Führungsnetz wollen wir so konzentrieren, dass eine stärkere Bündelung von Güterverkehren erfolgt und, ergänzt durch Nachtfahrverbote und Gewichtsbeschränkungen, Wohnquartiere von Gewerbeverkehren freigehalten werden.

Zu den einzelnen Bereichen des Verkehrs:

- **Schienegebundene Verkehre** und damit den ÖPNV wollen wir weiter ausbauen – als schnelles, bequemes und preiswertes Verkehrsmittel in der Stadt und in das bremische Umland. Vor dem Hintergrund des bevorstehenden Wettbewerbs wollen wir, dass sich die BSAG und `Bremerhaven Bus´ als zentrale Verkehrsdienstleister der Region positionieren und bei Erhalt ihres qualitativ hochstehenden Angebots ihre Wettbewerbsfähigkeit weiter steigern. Wir unterstützen deshalb die netzweite Einführung der neuen, breiten Wagenklasse. Nur so lässt sich eine attraktive Alternative zum PKW aufrechterhalten oder ausbauen; dieses Angebot ist wichtig für alle Bürgerinnen und Bürger, denen – wie Schülern, alten Menschen, vielen Hausfrauen, allgemein Menschen ohne Auto – nicht alle Verkehrsmöglichkeiten zur Verfügung stehen.

Zur Stärkung des Schienennetzes sind folgende konkrete Maßnahmen zu realisieren:

- Die Regionalstadtbahn nach Delmenhorst / Oldenburg / Nordenham und später nach Rotenburg;
- die Verlängerung der Linie 4 nach Lilienthal;
- die Taktverkürzung für die Regio-Bahn zwischen Verden und Vegesack, u. a. durch den Bau des dritten Gleises zwischen Oslebshausen und Burg;
- die Modernisierung weiterer Regionalbahnhöfe (Arbergen, Mahndorf, Neustadt, Vegesack und St. Magnus);
- eine Verdichtung des Regional-Express-Angebots zwischen Bremerhaven und Bremen;
- Wiederaufnahme des Verkehrs auf der Strecke der Farge-Vegesacker-Eisenbahn (FVE);
- die Sanierung und Modernisierung des Bremerhavener Hauptbahnhofs und die Fortsetzung der Maßnahmen am Bahnhof Lehe.

Wir streben für die Stadtgemeinde Bremen einen einheitlichen Tarif im Bereich des VBN an. Wir werden im Rahmen des Zweckverbandes Gespräche aufnehmen mit dem Ziel, dies kostenneutral für die öffentlichen Haushalte zu ermöglichen.

Zudem streben wir im Fernverkehr die verbesserte Güterverkehrsanbindung Wilhelmshavens sowie eine leistungsfähige Verbindung Groningen-Amsterdam an.

- Der **motorisierte Verkehr** ist heute zweifelsfrei vorherrschend für die städtische Mobilität. Trotz zunehmender Motorisierung muss darauf geachtet werden, dass einerseits der Verkehrsfluss auf den Hauptverkehrsadern unserer Städte gewährleistet ist und andererseits insbesondere Wohngebiete von Güter- und Durchgangsverkehren entlastet bleiben. Für die Verbesserung der Infrastruktur ist verstärkt die Sanierung von Straßen und Brücken vorzunehmen. Vorrangige Straßenbaumaßnahmen sind:
 - Die Schließung des Autobahnringes um Bremen (A 281) mit einer mautfinanzierten Weserquerung;
 - der leistungsfähige Ausbau der Autobahnen (A1, A 22, Anbindung der A 28 an die A 1);
 - die Stärkung verschiedener Hauptanbindungen an das überregionale Netz: Etwa die Verlängerung der B 74, die verbesserte Anbindung der Überseestadt, die Stärkung des Freihafenzubringers durch den Umbau des Utbremer Kreisels, der Bau der B 212n und der stadtvträgliche Ausbau der Osterholzer Heerstraße, die Verlängerung der Theodor-Barth-Straße und der Ausbau der Julius-Faucher-Straße;
 - die Entwicklung und Umsetzung verträglicher Verkehrskonzepte für die Georgstraße und den Elbinger Platz in Bremerhaven.

Den Bau der Hollerlandtrasse lehnen wir hingegen aus Gründen des Naturschutzes und des fehlenden verkehrlichen Bedarfes ab.

Wir halten an einer Optionsfläche für eine dritte Lesumquerung fest. Nach Abschluss des sechsstreifigen Ausbaus der A 27 werden wir die verkehrlichen, finanziellen, städtebaulichen und ökologischen Aspekte eines solchen Baus neu bewerten.

- Bremerhaven und vor allem Bremen sind **fahrrad- und fußgängerfreundlich**. Das wollen wir erhalten und stärken. Das Potenzial für das Fahrrad ist damit noch nicht ausgeschöpft. Und angesichts der wachsenden Zahl älterer Mitbürgerinnen und Mitbürger wollen wir auch für langsame Verkehrsteilnehmer bessere Bedingungen schaffen und die „Stadt der kurzen Wege“ sowie „barrierefreie Quartiere“ stärken. Zur Sanierung von Fahrradwegen und für den gezielten Lückenschutz werden wir ein „Programm Rad Bremen“ auflegen. Weiterhin wollen wir insbesondere an Kreuzungen im innerstädtischen Bereich beschleunigte Querungen für Radfahrer ermöglichen.

4.6. Energiepolitik – Senkung des Energieverbrauchs bleibt ein wichtiges Ziel

Die Senkung des Energieverbrauchs in Bremen und die umfassende Förderung regenerativer Energien ist ein wesentlicher Bestandteil einer Nachhaltigkeitsstrategie. Bremen ist in dieser Hinsicht auf einem guten Weg. Wir werden auf dem eingeschlagenen Weg weitergehen und ihn, wo nötig, ausbauen.

Wir wollen die Kombination von Energiesparen und regenerativen Energien als Modellprojekte zur Energieversorgung von Wohn- bzw. Gewerbegebieten fördern, etwa durch entsprechende Festschreibungen in Bebauungsplänen oder auch durch die finanzielle Förderung entsprechender Vorhaben (Nahwärmesysteme unter Nutzung der Sonnenenergie und/oder Gas, Kraft-Wärme-Kopplung). Projekte wie das Medienzentrum im Faulenquartier müssen an die naheliegende Fernwärme-Versorgung angeschlossen werden.

Ausgehend vom Landesenergieprogramm werden wir folgende Maßnahmen fördern:

- Energieeinsparung im privaten Gebäudebestand, bei der Sanierung der öffentlichen Gebäude über einen zu schaffenden revolvingen Fonds, sowie die Weiterentwicklung des erfolgreichen Drei-Viertel-Projektes der Schulen;
- Förderung regenerativer Energie, wie Windenergie, Biokraftwerke und weitere Zukunftstechnologien;
- strukturpolitische Förderung der entsprechenden Industrien und Dienstleistungen;
- Etablierung einer Energieeinsparberatung als Regelbestandteil der Wirtschaftsförderung;
- Initiierung von Modellprojekten für eine zukunftsweisende Energieversorgung im Wohnungs- und Gewerbebau, wie auf dem Wasserwerksgelände vorgeschlagen oder bei dem Niedrigenergie-Gewerbebau in Bremerhaven umgesetzt;
- Förderung von Passivhäusern mit 300 Wohneinheiten unter Einbezug des geplanten Förderprogramms des Bundes;
- Weiterentwicklung der Breitenförderprogramme zur energetischen Sanierung für den Wohnungsbestand und im Neubaubereich;
- Ausbau der Fernwärmeversorgung und des Wärmenetzes der MVA;
- Förderung von Nahwärmesystemen in neuen Baugebieten unter Beteiligung der Bewohner.

4.7. Hochwasserschutz – Deiche müssen weiter entwickelt werden

Zudem bedarf es weiterer Anstrengungen beim Hochwasserschutz. Die Flutkatastrophe im Sommer 2002 hat gezeigt, dass es unabdingbar ist, zum Schutz vor Hochwasser durch starke Niederschläge Rückhaltereservoirs vorzuhalten. Wir werden daher dafür eintreten, dass keine weitere Besiedlung von Überschwemmungsgebieten stattfindet. Über Maßnahmen wegen der Überschwemmungen im Bereich der Wümmeniederungen in Oberneuland, Borgfeld und Blockland soll entschieden werden, wenn das Gutachten des Franzius-Instituts vorliegt.

Soweit möglich werden wir den natürlichen Flusslauf der Weser wie auch der Ochtum und der Wümme/Lesum stärken. Dies spricht nicht gegen eine wirtschaftliche Nutzung der Flüsse. In diesem Sinne werden wir unsere bremischen Handlungsmöglichkeiten konsequent nutzen und uns für ein abgestimmtes Verhalten der betroffenen Bundesländer einsetzen.

Für Bremen ist der Schutz vor Sturmfluten von noch größerer Bedeutung. Das bisherige Deichsystem wird den Anforderungen des Hochwasserschutzes zwar gerecht, gleichwohl müssen die Deiche weiterentwickelt werden. Angesichts des zu erwartenden Anstiegs des Meeresspiegels infolge der Klimaerwärmung werden wir unsere bisherigen Vorkehrungen für den Hochwasserschutz überprüfen und gegebenenfalls Veränderungen einleiten.

4.8. Einführung eines Infrastrukturressorts ist unabdingbar

Wir setzen uns ein für eine Stadtentwicklungs- und Verkehrspolitik aus einer Hand durch ein modernes Infrastrukturressort, das unter Bezug auf die obigen programmatischen Aussagen für die Bereiche Bau, Verkehr, Umwelt und Flächenpolitik zuständig ist. Hierzu gehört auch das Flächen- und Liegenschaftsmanagement. Um den Ansprüchen an Nachhaltigkeit und Zukunftsorientierung genügen zu können, muss dieses Ressort mit ausreichenden finanziellen Ressourcen ausgestattet sein.

4.9. Freizeit und Aufenthaltsqualität – zur Wichtigkeit einer attraktiven Gestaltung der Lebensräume

Eine Stadt, in der sich ihre Bürgerinnen und Bürger wohl fühlen, muss ein ausreichendes Maß an Freizeit- und Erholungsangeboten anbieten. Neben vielen anderen Faktoren beeinflussen die Möglichkeiten, sich zu erholen und freie Zeit zu verbringen, maßgeblich das subjektive Wohlbefinden und damit die Lebensqualität. Damit wird dieses Themenfeld zugleich zu einem Faktor zur Beeinflussung der Einwohnerentwicklung. Mangelnde Freizeit- und Erholungsqualität wie auch wenig attraktive Angebote zur sportlichen Betätigung können eine Ursache für Abwanderung sein. Umgekehrt bietet eine in dieser Hinsicht attraktive Stadt zusätzliche Anreize für Zuzüge, aber auch für Unternehmensansiedlungen. Schließlich ist dies auch ein wesentlicher Faktor für die touristische Attraktivität des Landes.

Das professionelle Angebot von Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten wird zu einem großen Teil von privaten Angeboten sowie bürgerlichem Engagement ergänzt. Hier hat die öffentliche Hand die Aufgabe, adäquate Rahmenbedingungen zu bieten. Gleichwohl gibt es viele sinnvolle Angebote, die nicht betriebswirtschaftlich rentabel realisierbar sind und sich auch nicht allein durch bürgerliches Engagement realisieren lassen. Derartige Angebote haben aber unter gesellschaftspolitischen Gesichtspunkten häufig eine große Bedeutung. Hier ist der Staat gefordert, auch Angebote selbst zu schaffen beziehungsweise sicherzustellen.

Unter touristischen Aspekten wie auch dem Gesichtspunkt der Lebensqualität gilt es, ein breites Angebot von Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten anzubieten. Große Events müssen ebenso ihren Platz finden wie Stadtteilaktivitäten oder experimentelle Formen. Es geht nicht um ein Gegenüber verschiedener Freizeit- und Erholungsangebote, sondern um deren sinnvolle Ergänzung. Freizeit und Erholung dürfen sich zudem nicht nur auf bloßes Konsumieren beschränken, sondern müssen auch Möglichkeiten zu individueller Entfaltung und Kreativität bieten. Staatliche Politik muss darauf abzielen, Eigeninitiative und bürgerliches Engagement zu fördern. Dazu bedarf es je nach Angebot unterschiedlicher staatlicher Unterstützung. Dabei ist es von besonderer Bedeutung, die Zugangsbarrieren zu den entsprechenden Angeboten so gering wie möglich zu halten.

Unabhängig von der Höhe des Einkommens muss dem Einzelnen eine Vielzahl von Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten offen stehen.

4.10. Kulturpolitik – ein reichhaltiges kulturelles Angebot wirkt impulsgebend

„Kunst wäscht den Staub des Alltags von der Seele“, sagte schon Pablo Picasso – und schuf damit eine Aussage, die bis heute Gültigkeit besitzt. So hat auch Bremen verschiedene interessante Kultureinrichtungen, die inner- wie außerhalb der Stadt große Ausstrahlungskraft besitzen. Sie sind gute Botschafter ihrer Sache und damit auch Werbeträger unseres Landes. Ob Theater, Museen, Orchester oder die Freie Kulturszene – alle tragen zum positiven Image Bremens und Bremerhavens bei.

Die Entscheidung, eine Bewerbung Bremens als europäische Kulturhauptstadt 2010 zu betreiben, unterstreicht die Bedeutung und den Stellenwert der bremischen Kultureinrichtungen und Projekte, die über herausragende Netzwerke und gute Kommunikationsstrukturen verfügen. Ein solches Vorhaben darf aber nicht nur den politischen Kernbereich umfassen, sondern muss viele gesellschaftliche Sektoren widerspiegeln. Ob Wissenschaft, Wirtschaft, Stadtentwicklung oder Sport – überall lassen sich kreative Potenziale entdecken. Die Stadt als Ganzes `in Bewegung´ zu bringen

kann ein Leitgedanke für eine erfolgreiche Bewerbung sein. Gibt es eine inhaltliche Vorstellung für die Profilierung Bremens, so ist es die Besonderheit des stadtstaatlichen Charakters, der die Produktivität, die Kooperation und das Bürgerengagement ins Zentrum des Vorhabens stellt. Langfristiger Erfolg wird nur dann erreicht, wenn man eine Bewerbungskonzeption auf dauerhafte Wirkung anlegt und nicht als bloßen Event-Betrieb versteht. Das Spezielle, das Kleinräumige, das Eigentümliche, das Liebenswerte, das Nahe muss hier Widerhall finden.

Dabei sind allerdings folgende Punkte von wesentlicher Bedeutung:

- Einrichtungen brauchen verlässliche Perspektiven (Planungssicherheit), denn nur so lässt sich die politische Leitidee sozialdemokratischer Kulturpolitik, allen Menschen eine gleichberechtigte Teilhabe am kulturellen Leben zu ermöglichen, umsetzen. Ziel muss es sein, das attraktive und vielseitige Angebot in Bremen und Bremerhaven zu stärken und sein unverwechselbares Profil deutlicher als bisher herauszuarbeiten. Ein interessantes Kulturangebot ist nicht nur wichtig für Bürgerinnen und Bürger, sondern stärkt auch den Standort;
- die Förderung der Künste ist daher für uns ein wichtiger Ansatzpunkt. Nur wo Kreativität gedeihen kann, entsteht ein "positives Reizklima" für Innovationen in vielen gesellschaftlichen Bereichen;
- vor dem Hintergrund aktueller bildungspolitischer Debatten wird das Verständnis kultureller Bildung in einem neuen und umfassenderen Sinne definiert und verstanden werden müssen. Verantwortliche Politik muss sich dieser Herausforderung stellen und in diesem Sinne Schwerpunkte setzen. Kulturelle Bildung darf sich nicht allein auf die traditionellen Einrichtungen (Stadtbibliothek, VHS, Musikschule) beschränken. Sie ist eine wichtige Aufgabe aller Kulturinstitutionen. Kulturpädagogik ist dementsprechend zu stärken. Jugendliche und kleine Initiativen brauchen Räume. Hier müssen vorhandene Räumlichkeiten besser genutzt werden;
- ein wichtiges Projekt für die Stärkung des kulturellen Profils könnte die Konzeption „Stadt der Portale“ sein, die darauf ausgerichtet ist, neben dem schon existierenden Schwerpunkt Musik und Theater auch Museen und die Freie Szene als Attraktionen intensiver zu fördern. Im Städtevergleich bietet sich hier ein gutes Potenzial für ein eigenständiges "Gesicht" Bremens.

4.11. Der Erlebnisraum Natur muss geschützt und weiter entwickelt werden

Bremen und Bremerhaven sind grüne Städte. Beide Städte sind durch vielfältige Grünzüge, Kleingartengebiete und Parks gegliedert. Diese Grünflächen beeinflussen das Kleinklima in Bremen positiv und haben eine hohe Bedeutung für Freizeit und Erholung der Bevölkerung. Es gilt, diesen Pluspunkt dauerhaft zu erhalten und weiterzuentwickeln. Deshalb wollen wir einen umfassenden Erlebnisraum Natur schaffen und gestalten.

Insbesondere der Grünlandring um Bremen herum hat nicht nur wichtige Funktionen für Freizeit und Erholung, sondern hat auch unter Gesichtspunkten des Naturschutzes eine hohe Bedeutung. In Bremen und Bremerhaven haben über 700 gefährdete Tier- und Pflanzenarten ihren Lebensraum. Darunter sind etwa 100, für die Bremen überregionale Verantwortung trägt, das heißt, deren Vorkommen bundesweit besonders wichtig ist. Natur muss für die Menschen erfahrbar werden, für Einwohner wie auch für Touristen. Wir wollen die Naturschutzgebiete – soweit mit den Schutzziele verträglich – für die Menschen öffnen und damit die Schätze der Natur erfahrbar machen. Zudem geht es darum, auch die anderen Naturräume um Bremen und Bremerhaven herum gemeinsam mit den Umlandgemeinden zu erschließen. In diesem Kontext erhalten Ausgleichsmaßnahmen eine besondere Bedeutung.

Die Parks haben eine wichtige Naherholungsfunktion für die bremische Bevölkerung. Sie zu erhalten und weiterzuentwickeln hat eine hohe Priorität. Wir werden weiterhin das bürgerschaftliche Engagement zur Erhaltung und Pflege der Parks fördern und unterstützen. Die Parks dienen nicht nur der Naherholung, sondern sind zugleich ein Ort, in dem Natur erfahrbar wird. Diese Funktion wollen wir zielgerichtet stärken. So sind beispielsweise Botanika, der Rhododendron-Park und der Speckenbütteler Park hervorragend geeignet, um die Zusammenhänge zwischen Klima, Lebensraum, Vegetation und Tierwelt zu erläutern.

Ausgehend von der jüngst erstellten wissenschaftlichen Analyse wollen wir zudem verlässliche Entwicklungsperspektiven für das Kleingartenwesen bieten. Gemeinsam mit den Kleingartenverbänden und -vereinen werden wir die mittelfristig zu erwartende Umstrukturierung begleiten, bedarfsorientiert neue Kleingartenflächen erschließen und frei werdende Flächen zum Teil auch weiterhin für Naherholungszwecke nutzen.

Der Erlebnisraum Natur kann sehr gut mit der Durchführung kultureller oder sportlicher Veranstaltungen verbunden werden. Eine den jeweiligen Anforderungen angemessene Verknüpfung dieser Bereiche trägt zur Attraktivitätssteigerung bei und soll weiter gefördert werden.

4.12. Sport tut Bremen gut – und dem Einzelnen ebenfalls

Bürgerliches Engagement ist ein wichtiger Bestandteil des „sozialen Zusammenhalts unserer Gesellschaft“. Diese sozialpolitische Querschnittsaufgabe erhält durch die Arbeit der Sportvereine wesentliche Impulse. Insgesamt sind rund 170.000 Bürger unseres Landes in Sportvereinen organisiert. Die SPD in Bremen und Bremerhaven setzt sich für die Förderung und Absicherung des Breiten-, Freizeit- und Spitzensports ein und fördert die Rahmenbedingungen, um den Sportvereinen in der Zukunft gesicherte Perspektiven bieten zu können. Die Rahmenbedingungen für den Sport müssen zukunftssicher sein.

Der Sportentwicklungsplan wird eine wesentliche Grundlage der Sportpolitik im Lande Bremen sein. Die Sanierung der Turn- und Sporthallen haben dabei oberste Priorität. Bei der Neuorganisation des Liegenschaftswesens werden die Belange des Sports gleichberechtigt berücksichtigt, es kommt zu keinen Beeinträchtigungen. Das Sportförderungsgesetz wird in vollem Umfang erhalten bleiben – als unverzichtbarer Eckpfeiler der Existenz und Weiterentwicklungsmöglichkeiten der Sportvereine und Verbände.

Wichtige Eckpfeiler unserer Sportpolitik sind im Folgenden aufgelistet:

- Die Förderung des Leistungs- und Breitensports hat eine besondere Bedeutung. Der Behindertensport wird durch den barrierefreien Bau von Sportstätten und die Sonderförderung von Übungsleitern ebenfalls unterstützt;
- die Grundvoraussetzung für eine moderne Vereinsentwicklung ist die Entwicklung von verlässlichen Rahmenbedingungen. Übungsleiter werden uneingeschränkt wie bisher gefördert;
- die Lotto- und Totomittel werden wie in bisherigem Umfang für die Sportförderung eingesetzt;
- der Schulsport ist unersetzbar für die Bildungspolitik. Die dritte Sportstunde wird durchgängig realisiert. Partnerschaften von Schule und Sport werden weiterentwickelt.

5. Bildung – die Zukunftsfrage in unserem Land

5.1. Leitgedanke für Bremen:

Chancengleichheit, Verantwortung, Leistung und Konsequenz

Die wichtigsten Ziele sozialdemokratischer Bildungspolitik waren von jeher die Chancengleichheit für alle Schülerinnen und Schüler beim Erwerb von Qualifikationen und die Ermöglichung eines hohen Leistungsniveaus für alle – Ziele, die auch heute noch gelten.

Leider haben die Ergebnisse der PISA-Studie gezeigt, dass wir von der Verwirklichung beider Ziele noch weit entfernt sind. Zu ihrer Umsetzung bedarf es einer gründlichen Analyse der PISA-Ergebnisse. Es muss sichergestellt werden, dass alle am Bildungsprozess Beteiligten (insbesondere Eltern, Schüler, Lehrkräfte und die Politik) große und gemeinsame Anstrengungen unternehmen, um die Arbeit in den Schulen zu verbessern. Zwingend notwendig bleibt dabei die Unterrichtsabsicherung.

Die erfolgreichen skandinavischen Länder und Kanada zeigen, dass in ihren Schulen soziale Integration und ein hohes Leistungsvermögen erreichbar sind. Sie sind daher ein Vorbild für sozialdemokratische Bildungspolitik. Die grundlegenden Veränderungen können nur gelingen, wenn es hierfür einen gesellschaftlichen Konsens gibt. Die Entscheidungen sollen zukünftig, nach gründlicher und transparenter Beratung mit allen gesellschaftlich Beteiligten, den Weg zu mehr Chancengleichheit, sozialer Integration und höherem Leistungsvermögen ebnen. Denn eines ist sicher: Schule und Elternhaus tragen die gemeinsame Verantwortung für die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen.

Die Kompetenz und Erfahrung der am Runden Tisch `Bildung´ beteiligten Gruppierungen soll genutzt werden, um in den kommenden Jahren die Weiterentwicklung des Bremer Bildungswesens zu begleiten. Wir sehen in den Ergebnissen der PISA-Studie die dringende Aufgabe, pragmatisch und energisch Fehlentwicklungen zu beseitigen, Reformen entschieden anzugehen und dafür zu sorgen, dass die neuen gesellschaftlichen Anforderungen an das Bildungswesen eingelöst werden können.

Qualifikation und Innovationsfähigkeit der nächsten Generation sind entscheidend, um die zukünftigen Herausforderungen zu bestehen. Erfolgreiche Länder sehen Bildungsausgaben als Investitionen in die Zukunft an und handeln danach: „Es gibt nur eines, was auf Dauer noch teurer ist als Bildung: keine Bildung“ (*John F. Kennedy*). Ebenfalls gilt: `Bildung´ wird zukünftig noch deutlicher als bisher ein zentraler Standortfaktor für Firmenansiedlungen und bei der Gewinnung von zusätzlichen Einwohnern sein. Sozialdemokraten werden die materiellen Voraussetzungen für diese wichtige Zukunftsaufgabe verbessern. Deshalb treten wir für eine höhere finanzielle Ausstattung des Bildungs- und Jugendetats ein. Noch einmal und deutlich: Im Bildungswesen ist eine grundlegende Umorientierung erforderlich. Wir erkennen hier drei Handlungsfelder, die nachfolgend ausführlich beschrieben werden.

5.2. „Vorschulische Erziehung“ als Fundament für die weitere Schullaufbahn

Kinder im Zentrum sozialdemokratischer Zukunftspolitik

Die Kindertagesbetreuung als Teil der Jugendhilfe und des Bildungssystems in Bremen gehören zu den deutlichen Schwerpunkten der kommenden Legislaturperiode. Dabei ist speziell die Versorgung der Kinder bis zu einem Alter von drei Jahren bei weitem nicht bedarfsdeckend. Wir fordern zusätzliche Angebote in der kommenden Wahlperiode zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Als Ergänzung zur wohnortnahen Versorgung schaffen wir Angebote der betriebsbezogenen Kindertagesbetreuung mit flexibleren Modellen auf der Basis von Public-Private-Partnerships (für unter 3- bis 6-Jährige). Zudem setzen wir uns für eine pädagogisch sinnvolle Weiterentwicklung des Betreuungssystems ein, die die Lücke zwischen nicht genutzten Ganztagskapazitäten und Versorgungsdefiziten schließt.

Wir möchten mit verstärkter Aufklärungsarbeit dazu beitragen, dass die ärztlichen Vorsorgeuntersuchungen für Kinder regelmäßiger und verlässlicher in Anspruch genommen werden.

Kindergarten als Bildungsinstitution mit Lehrplan

Voraussetzung für ein verbessertes bremisches Bildungssystem ist die deutlichere Akzentuierung des Kindergartens als Einrichtung frühkindlicher Bildung. Die Kindergartenbetreuung soll mit kindgerechten Bildungsschwerpunkten für die grob- und feinmotorische Entwicklung, für sozialverträgliches Verhalten, für Sprachentwicklung ausgestaltet werden. Die inzwischen abgebauten Maßnahmen der gesonderten Förderung werden wieder eingeführt. Dazu gehört ebenso eine Neubewertung der Bildungsangebote für 5- bis 6-jährige Kinder innerhalb der bestehenden altersgemischten Gruppen. Wir werden außerdem eine Vernetzung schulischer und vorschulischer Systeme mit verbindlichen Standards realisieren und dafür einen `Lehrplan` speziell für die Kindertagesbetreuung entwickeln. Klar ist: Grundschule und Kindergarten müssen miteinander verzahnt, der „Dialog“ zwischen beiden Institutionen muss gefördert werden. Des Weiteren werden wir für die Kindertageseinrichtungen Qualitätsstandards entwickeln und überprüfen.

Personalschlüssel verbessern und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter qualifizieren

Um die Angebotsqualität der Kindertagesheime weiterzuentwickeln, fordern wir, Gruppen in der vorhandenen Größe von 20 Kindern für einige Stunden des Tages eine pädagogische Zweitkraft beizuordnen. Außerdem werden wir uns für eine Erhöhung des Qualifikationsniveaus bei den pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Einrichtungen der Kindertagesbetreuung einsetzen.

Alle Kinder in den Kindergarten

Bremische Kindertageseinrichtungen werden von den Familien gerne genutzt. Das wollen wir weiter fördern. Dies gilt besonders für Kinder aus Zuwandererfamilien.

Beitragsfreiheit als langfristiges Ziel

Wir unterstützen die Forderung nach einem beitragsfreien Kindergarten; denn sie ist in Anbetracht eines Rechtsanspruches auf einen Kindergartenplatz nur folgerichtig. Über eine Erweiterung der Öffnungszeiten, die sich an dem normalen Urlaubsanspruch von berufstätigen Eltern orientiert, denken wir nach. Wegen der bestehenden finanziellen Knappheit und der enormen zusätzlichen Aufgaben für die Kindertagesbetreuung können diese Ziele nur in Zusammenhang mit einer umfassenden Gemeindefinanzreform verwirklicht werden.

Soziale Benachteiligung weiterhin durch gezielte Förderung ausgleichen

Der Zugang zu den über den Rechtsanspruch hinausreichenden Leistungen muss auch weiterhin aus Gründen besonderen Förderbedarfs bei Kindern erhalten bleiben. Wir werden die Wirkungsweise der eingesetzten Mittel überprüfen und uns für eine Optimierung einsetzen.

Integrationsangebote für behinderte Kinder erhalten

Wir wollen den qualitativen Standard für die Förderung behinderter Kinder beibehalten mit dem Ziel, dass sowohl nicht-behinderte als auch behinderte Kinder soziale Kompetenz gewinnen.

Spracherwerb schon im Kindergarten beginnen

An eine möglichst frühzeitige Sprachstandsfeststellung in den Kindertageseinrichtungen soll eine gezielte Förderung der Sprachentwicklung für die Kinder, aber auch deren Familien anknüpfen. Die SPD befürwortet eine Erhöhung der Verbindlichkeit durch „Integrationsvereinbarungen“, die den Spracherwerb einschließen. Dies sollte mit dem Ausbau der Sprachangebote einhergehen.

Familien fördern – Prävention durch den Kindergarten

Kindergärten verfügen häufig über Zugang zu Familien mit unterschiedlichen Hilfebedarfen. Präventive Ansätze vermeiden frühzeitig die Risiken verfehlter Bildungsbiographien junger Menschen. Entsprechende Hilfesysteme, deren Ausbau bereits in der laufenden Legislaturperiode begonnen wurde, müssen konsequent weiterentwickelt werden. Dazu gehören Programme wie HIPPY, familienaufsuchende Dienste, Familienbildung und das Projekt „Mama lernt deutsch“, deren flächendeckender Ausbau erforderlich ist. Die Einschulungszeitpunkte werden flexibler geregelt und orientieren sich am Entwicklungsstand der Kinder und Jugendlichen.

5.3. Die Schul- und Unterrichtsqualität muss verbessert werden

Einführung eines Qualitätsmanagements und mehr Autonomie der Schulen

Wir werden in allen Schulformen und in der Schulverwaltung Qualitätsstandards definieren. Die Entwicklung eines geeigneten Instrumentariums zur systematischen internen und externen Qualitätssicherung und -kontrolle wird von uns intensiv vorangetrieben. Mit den Schulen werden Kontrakte vereinbart, die klare Ziele beinhalten und gegebenenfalls geeignete Unterstützungsmaßnahmen benennen. Auf dieser Basis wollen wir die Autonomie der Schulen kontinuierlich stärken.

Wir wollen Vergleichsarbeiten und Tests mit entsprechenden Analysen einführen, die zeitnahe Konsequenzen in der Schul- und Unterrichtsentwicklung einschließen sowie der Förderung von Schülerinnen und Schülern dienen. Wir werden weiterhin bedarfsabhängige Neueinstellungen in allen Schularten durchführen. Die Ausbildung neuer Lehrerinnen und Lehrer muss deutlich mehr Praxisnähe erhalten. Zudem werden wir für alle Schulen Fortbildungsbudgets einrichten. Die Leitungskompetenz der Schulleitungen ist durch Professionalisierung der Managementkompetenz zu stärken und weiterzuentwickeln.

Wir wollen die Kooperation der Lehrerinnen und Lehrer über gemeinsame Präsenzzeiten herstellen und damit u.a. auch die gesundheitliche Belastung des Lehrerberufs verringern.

Steigerung des Leistungsvermögens und gezielte Fördermaßnahmen

Es ist notwendig und von uns explizit gewollt, dass alle Schülerinnen und Schüler verbindlich Fach-, Methodik- und Sozialkompetenz erwerben. Die Förderung der Lese- und Sprachkompetenz durch gezielte Maßnahmen für alle Kinder muss ausgebaut werden. Dies gilt auch für Berufsschulen. An geeigneten Schulstandorten ist ein Kinder- und Jugendbibliothekskonzept mit entsprechendem Fachpersonal zu entwickeln. Eine wichtige Rolle spielt in diesem Zusammenhang auch das Lernklima an den Schulen.

Sonderpädagogische Förderung

Kinder mit anerkanntem sonderpädagogischem Förderbedarf in der Grundschule müssen bei der Berechnung der Klassenstärke besonders berücksichtigt werden. Die Spezial-Sonderschulen und ihre Angebote werden konzeptionell weiterentwickelt, damit sie den sich wandelnden Bedarfen der Kinder und Jugendlichen entsprechen.

Orientierung an vereinbarten Standards und Ausrichtung auf festgelegte Abschlussqualifikationen

In Bremen und Bremerhaven sollen verbindliche Lehrpläne erstellt werden, die sich an bundesweiten Maßstäben und Standards orientieren. Wir werden an allen Schularten zentrale Abschlussprüfungen mit der Einbeziehung von abgeschichteten Prüfungsteilen durchführen. Wir werden das Ziel weiterverfolgen, berufsschulische Leistungen in die Abschlusszeugnisse der Kammern einzubeziehen.

Innovationen in der beruflichen Bildung

Die Berufsschule muss gleichberechtigter Partner in der Berufsausbildung sein. Wir werden den Prozess der Umwandlung von Berufsschulen zu regionalen Berufsbildungszentren, bei denen eine Vernetzung von Erst- und Weiterbildung etabliert werden soll, vorantreiben. Eine bessere Zusammenarbeit von Betrieb und Berufsschule werden wir zusätzlich unterstützen.

Damit möglichst viele Jugendliche ihre Ausbildung erfolgreich abschließen, müssen zusätzliche Stützangebote dauerhaft gesichert werden. Wir werden uns auch weiterhin für den Erhalt von Drittmitteln einsetzen.

Lebenslanges Lernen

In der nächsten Legislaturperiode steht die Weiterbildung in Bremen und Bremerhaven vor einer zentralen Herausforderung. Einerseits soll sie durch die Weiterentwicklung und Absicherung des lebenslangen Lernens mit Hilfe neuer Inhalte einen wesentlichen Beitrag zum strukturellen Wandel des Landes auf dem Weg in die Wissensgesellschaft leisten; andererseits laufen bewährte Förderstrukturen (der Bundesanstalt für Arbeit, der EU) aus, so dass die Einrichtungen mit einem rapiden Rückgang der Fördermittel konfrontiert sind.

Bremen und Bremerhaven brauchen eine Weiterbildungsinfrastruktur, die der Dynamik des strukturellen Wandels angemessen ist. Bisher erreichte Qualitätsstandards müssen weiterentwickelt und konsequent zur Basis von Förderung gemacht werden, damit das Land auch zukünftig über ein im Vergleich zu anderen Bundesländern hochwertiges Weiterbildungsangebot verfügt. Weiterbil-

derung muss unter Beibehaltung qualitativer Standards sowohl ihre Angebotsformen als auch ihre zeitliche und räumliche Struktur weiter flexibilisieren. Dazu gehören die Anerkennung informeller Lernformen, die Nutzung virtueller Lernmöglichkeiten sowie die Entwicklung einer neuen Lernkultur, die auch für benachteiligte Gruppen neue Zugänge erschließt. Aus diesem Grund müssen auch Institutionen wie Bürgerhäuser, Internetcafés etc. als Partner gewonnen werden.

5.4. Schulstrukturen müssen modernisiert werden

Das Prinzip einer „Schule für alle“

Unser Ziel bleibt der Aufbau einer „Schule für alle“, in der alle Schülerinnen und Schüler bis zum Ende des Sekundarbereichs I gemeinsam ausgebildet werden. Erst nach diesen gemeinsamen Schuljahren erfolgt eine Aufteilung der Schüler in den beruflichen und in einen allgemeinbildenden Ausbildungsabschnitt. Bei der Umsetzung unseres Ziels muss darauf geachtet werden, dass die neuen Strukturen klar und übersichtlich gestaltet werden.

Als einen ersten Schritt in Richtung einer längeren gemeinsamen Schulzeit sollen die Kinder die ersten sechs Jahre zusammen in ihrem Klassenverband die Schule besuchen. Weiter wollen wir Schulzentren in ganztägige, integrierte Stadtteil- oder Gesamtschulen umwandeln. Die gymnasialen Oberstufen werden durch Profilbildung weiterentwickelt. Schulzentren und Gesamtschulen sollen verstärkt mit gymnasialen Oberstufen verbunden werden.

Im Rahmen dieses Konzeptes wird zudem die Kooperation zwischen den Haupt- und Realschulzweigen verbessert und die Berufsorientierung durch eine systematische Zusammenarbeit mit den Berufsschulen verstärkt. Zur Erhöhung der Bildungsbeteiligung werden wir den Ausbau der beruflichen Gymnasien vorantreiben.

Hochschulausbildung: Spitzenleistungen und Chancengleichheit gehören zusammen

In den vergangenen Jahren konnte sich das Land Bremen als Wissenschaftsstandort weiter profilieren und insbesondere in der Forschung international konkurrenzfähige Schwerpunkte aufbauen. In den nächsten Jahren wird es darauf ankommen, in noch stärkerem Maße den erforderlichen akademischen Nachwuchs unserer Gesellschaft zu fördern. Hierfür ist einerseits ein angemessener räumlicher und apparativer Ausbau der Hochschulen und Forschungseinrichtungen notwendig. Andererseits müssen Studium und Lehre wieder stärker ins Zentrum des akademischen Lebens an den Hochschulen – insbesondere der Universität Bremen – gerückt werden. Hier werden wir einen Schwerpunkt unserer wissenschaftspolitischen Aktivitäten setzen. Der Wissenschaftsplan 2010 bildet dafür die programmatische Grundlage. Wir werden uns für eine neue Rahmenvereinbarung zur langfristigen Sicherung der Finanzierung von Hochschulen und Forschung einsetzen.

Sie dient vorrangig der Wahrung der überregionalen Konkurrenzfähigkeit der wissenschaftlichen Einrichtungen in Bremen und Bremerhaven in Forschung und Ausbildung und dem Erhalt des Drittmittelerfolgs: 200 Millionen Euro zusätzliche externe Mittel pro Jahr stützen den Wissenschaftsstandort Bremen/Bremerhaven und bedeuten zusätzliche hochqualifizierte Arbeitsplätze.

Dabei müssen die fächerübergreifenden Wissenschaftsschwerpunkte des Landes zu international anerkannten `centers of excellence` weiterentwickelt und regional nutzbar gemacht werden, einschließlich der Sozial- und Geisteswissenschaften.

Im Bereich Lehre, Ausbildungsqualität und Personalstruktur müssen strukturelle Reformen eingeleitet werden, damit die Zukunftsfähigkeit des Studienstandortes auch international abgesichert wird. Damit sollen nicht nur Studierende von außerhalb Bremens bzw. Deutschlands gewonnen, sondern auch neue Einwohner angezogen werden.

Dazu zählen:

- Eine Reform von Lehre und Studium durch konsequente Modularisierung und vermehrte Einführung konsekutiver Studienangebote und die Herstellung von Durchlässigkeit zwischen den Studienangeboten der verschiedenen Hochschultypen;
- eine Veränderung des Lehramtsstudiums durch Gewichtsverschiebung vom bisherigen Schwerpunkt in den Fachwissenschaften hin zu mehr Kompetenzerwerb in den Bereichen Pädagogik, Psychologie, Fachdidaktik und -methodik und eine systematische Einbeziehung der Unterrichtspraxis in die Ausbildung;
- die gezielte Steigerung der Attraktivität natur- und ingenieurwissenschaftlicher Studiengänge insbesondere für junge Frauen;
- die Verbesserung der Berufsorientierung des Universitätsstudiums durch Vermehrung anwendungsorientierter Studienangebote und
- die Verbesserung der Zulassungsbedingungen an der Universität für Bewerber ohne Abitur, aber mit entsprechenden beruflichen Qualifikationen;
- die Einführung berufs begleitender Studienangebote in Teilzeitform;
- eine Internationalisierung des Studienangebots durch gezielte Bemühungen um ausländische Studienbewerber, durch fremdsprachige Lehrveranstaltungen und die bessere Integration von Auslandsaufenthalten;
- die Intensivierung der Kooperation unter den bremischen Hochschulen einschließlich der IUB und der niedersächsischen Nachbarhochschulen;
- die konsequente Umsetzung der Reform des Dienstrechts im akademischen Mittelbau und einer leistungsorientierten Besoldung für Professorinnen und Professoren;
- die Verbreiterung des wissenschaftlichen Nachwuchses durch Doktorandenprogramme für besonders qualifizierte Fachhochschulabsolventen und ausländische Bewerber; dazu gehört
- der institutionenübergreifende Aufbau von Forschungsschwerpunkten zu international konkurrenzfähigen `centers of excellence` sowie
- eine Professionalisierung und Erweiterung der berufsbezogenen wissenschaftlichen Weiterbildung in Kooperation mit den Forschungsinstituten; erreicht werden muss zudem
- die Erhöhung des Frauenanteils beim wissenschaftlichen Personal, insbesondere auf Professorinnenebene.

Bremerhaven besitzt insbesondere auf dem maritimen Sektor schon heute eine Reihe qualifizierter Alleinstellungsmerkmale als Wissenschafts- und Technologiestandort. Weil Wissenschaft und Forschung ein wesentlicher Impulsgeber für die künftige Entwicklung der Wirtschaftsstruktur sind, werden wir das Alfred-Wegener-Institut und die Hochschule Bremerhaven weiter ausbauen und stärken.

Wir Sozialdemokraten werden weiterhin sicherstellen, dass für ein erstes berufsqualifizierendes Studium keine Gebühren erhoben werden. Wir wollen durch verbesserte, aber auch verpflichtende Beratung, durch Orientierungshilfen und Mentorenprogramme die realen Studienzeiten verkürzen. Gleichzeitig soll durch das Angebot von Teilzeitstudiengängen sowie durch die Einführung eines Studienkonten-Modells ein Beitrag zur Verkürzung der Studienzeiten und zur Verbreiterung des Angebots an wissenschaftlicher Weiterbildung geleistet werden, ohne dass Studierende durch Gebühren von einem Studienabschluss ferngehalten werden.

Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass die Schaffung von studentischem Wohnraum in den Stadtteilen die Lebenssituation und die Studiensituation verbessert.

6. Grundsätze unserer Sozialpolitik unter Beteiligung der Bürger

Das Land und die beiden Städte sind darauf angewiesen, dass die Menschen auch selbst gestalterisch handeln – nach dem Prinzip von „Teilhabe und Beteiligung“. Beteiligung setzt ein transparentes Verfahren von Politik und Verwaltung voraus, in dem Beteiligung tatsächlich gewünscht und gefördert wird. Andererseits setzt die Teilhabe am Leben in einem Gemeinwesen für alle Menschen voraus, dass in individuellen Lebenslagen Hilfestellungen und Unterstützung gewährt werden, die ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen. Für uns ist deswegen die Idee der aktiven Bürgerstadt (siehe auch Kapitel 8) untrennbar mit dem sozialen Zusammenhalt im Land Bremen und seinen beiden Städten verbunden.

Sozialen Zusammenhalt gewährleisten

Die soziale Infrastruktur der Städte und seiner Stadtteile stellt ein wichtiges Netzwerk für die Teilhabe aller Menschen am Leben im Gemeinwesen dar. Sie zu fördern, zu erneuern und die Zusammenarbeit einzelner Institutionen zu verbessern gehört deswegen zu den wichtigsten Aufgaben der nächsten Jahre.

Wohnen in Nachbarschaften ist aus unserer Sicht ein vorbildliches Programm zur Förderung der sozialen Infrastruktur in besonders problematischen Stadtteilen. Die Beteiligung der Menschen bei den Entscheidungen über die geförderten Maßnahmen, die Zusammenarbeit durch die Verwaltung und die unmittelbare lokale Überprüfbarkeit der Wirkung sind wichtige Faktoren für den Erfolg dieses Programms. Wir werden die Zuschnitte und Zuordnungen überprüfen, um auch zukünftig bedürftige Stadtteile zielgenau durch das Programm zu unterstützen. Darüber hinaus werden wir uns für eine verbesserte professionelle Unterstützung der Stadtteile einsetzen, die hinsichtlich des Stadtteilmanagements bisher nicht hinreichend gefördert wurden.

Wir erkennen im Stadtteilmanagement ein wichtiges zusätzliches Praxisfeld, in dem sich auch Ortsämter und Beiräte einbringen sollten. Wir werden Projekte und Initiativen zur Selbsthilfe verstärkt fördern. Die Einführung von Stadtteilbudgets ist ein wichtiges Element lokaler Beteiligung. Auch kommt der Bürgerstiftung in diesem Zusammenhang eine wichtige Bedeutung zu. Das Entwickeln und das Erproben neuer Ideen sind wichtige Voraussetzungen, um Neuland zu erschließen und Menschen stärker zum Handeln zu motivieren.

‘Fördern und Fordern’ als modernes Leitbild der Sozialverwaltung

Wir wollen die Sozialverwaltung dem Leitbild der Aktivierung anpassen. Deswegen werden wir ihre Reform sowie die Einführung der Sozialzentren vollenden; eine wohnortnahe Versorgung mit Hilfs- und Dienstleistungen kann aus unserer Sicht wirkungsvoller arbeiten.

6.1. Familienpolitik als zentraler Baustein

Familien übernehmen Verantwortung füreinander, auch generationenübergreifend; Familien stehen füreinander ein und vermitteln im Zusammenleben zentrale Werte und Regeln unserer Gesellschaft. Nicht von ungefähr bezeichnet man die Familie als „Keimzelle der Gesellschaft“. Schon allein deshalb hat die Familienpolitik ein besonders wichtiger Baustein der Sozialpolitik zu sein und muss als Querschnittsaufgabe aller Politikbereiche begriffen werden.

Familien sind darüber hinaus für das Land Bremen auch im Rahmen der Einwohnerentwicklung von größter Bedeutung, weil das Sanierungsziel, die Haushaltskonsolidierung, nur in Verbindung mit einer positiven Einwohnerentwicklung zu erreichen ist. Wollen wir also, dass sich die Einwohnerentwicklung positiv entwickelt, sollten wir durch unsere Politik dazu beitragen, dass sich junge Menschen für die Familie entscheiden; nur ein familienfreundliches Land Bremen bietet ein angemessenes Zuhause.

Mit Sorge betrachten wir die demografische Entwicklung in unserem Land, die wesentlich damit zusammenhängt, dass die Geburtenrate seit Jahrzehnten dauerhaft niedrig ist und weiter zurückgeht. Die Lebenspläne von jungen Menschen sind heute vielfältiger als in früheren Generationen. Gerade junge, vielfach gut ausgebildete Frauen sehen sich heute vor die Entscheidung gestellt: Familie oder Beruf. Junge Menschen wollen beides: Also müssen wir ihnen die Chance geben, Familie und Berufsleben miteinander zu verbinden. Kinder machen nicht nur Familien reich, sondern auch unser Land. Deshalb sollte es selbstverständlich sein, dass Stadt und Land sich angemessen an den Aufgaben des Betreuungs-, Erziehungs- und Bildungsauftrags beteiligen.

Darüber hinaus sind Begriff und Bild der „Familie“ auch auf die Lebenszusammenhänge auszuweiten, in denen soziale Verantwortung und gegenseitige Fürsorge erkennbar sind. Gemeint sind etwa alleinerziehende Frauen oder Männer mit Kindern, nichteheliche Lebensgemeinschaften etc.

6.2. Anpassungskonzept fortführen, Jugendarbeit erneuern

Aus unserer Sicht muss Jugendförderung möglichst flexibel gestaltet werden. Vor diesem Hintergrund halten wir das Anpassungskonzept weiterhin für unverzichtbar. Es ermöglicht neue Schwerpunktsetzungen und eröffnet neue Gestaltungsspielräume.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass durch die Schaffung von Stadtteilgesprächen die Beteiligung von Jugendhilfe und Schule vor Ort verbindlicher gestaltet werden. Die Kooperation mit Schulen muss hinsichtlich der Jugendarbeit und der Jugendhilfeangebote intensiviert werden.

Politik für Jugendliche interessant gestalten

Politik wird von Jugendlichen oft nur als abstraktes Ereignis in den Medien wahrgenommen. Die Entfremdung junger Menschen von der Politik kommt nicht nur durch die relativ geringe Wahlbeteiligung zum Ausdruck. Konkrete Aktivitäten schaffen zusätzliche Anreize für junge Menschen, sich mit politischen Fragen zu beschäftigen. Wir werden uns deswegen dafür einsetzen, dass folgende Aktivitäten gestärkt fortgeführt werden können:

- Institutionelle Beteiligungsmöglichkeiten wie etwa die Gesamtschülervertretung und der Bremer Jugendring;
- `Jugend im Parlament´ als erfolgreiches Projekt politischer Bildung;
- kids-voting als neue Möglichkeit, Jugendliche im Vorfeld von Wahlen zu sensibilisieren.

Wir wollen allen Schülerinnen und Schülern mehr Mitsprache- und Entscheidungsrechte in ihren Schulen ermöglichen. Wir werden dazu die Schülervertretungen (auch auf Landesebene) stärken und durch eigene Etats und Infrastruktur in ihrer Arbeitsfähigkeit aufwerten. Dazu gehört auch eine rechtliche Absicherung von Freistellungsansprüchen vom Unterricht für die Wahrnehmung von Aufgaben, sowie für die Inanspruchnahme von Fortbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen.

Die Senkung des aktiven Wahlalters auf 16 Jahre ist aus unserer Sicht ein angemessenes Mittel, um Jugendlichen mehr Einfluss auf die politische Gestaltung im Lande zu geben.

Auf Initiative der SPD gibt es in der Bremischen Bürgerschaft für Jugendliche bereits ein Forum („Jugend im Parlament“), welches ihnen ermöglicht, ihre politischen Ansichten vorzutragen, und die Parlamentarier durch Selbstverpflichtung zwingt, Anträge der Jugendlichen in offiziellen Parlamentsgremien zu beraten. Wir wollen, dass in Bremen-Nord ein Forum mit dem Titel „Jugend im Beirat“ eingerichtet wird, um Kindern und Jugendlichen die aktive Mitgestaltung ihres eigenen Lebensraumes zu ermöglichen. Damit wird auch ein Beitrag zum besseren und manchmal sicherlich schwierigen Verständnis für Demokratie geleistet. Gemeinsam mit den Beiräten Blumenthal, Vegesack und Lesum werden wir die Umsetzung so schnell wie möglich vorantreiben und dafür sorgen, dass „Jugend im Beirat“ zu einer dauerhaften Einrichtung wird.

Öffentlichen Raum für Jugendliche gestalten

Die SPD unterstützt die Entwicklung des neuen Spielraumkonzeptes, bei dem es auch darum gehen muss, öffentliche Räume insgesamt für Jugendliche zukünftig attraktiver zu gestalten.

Erziehungshilfe stärken

Wir werden die Erziehungshilfe hinsichtlich ihres vorsorgenden Charakters stärken. Familieneinrichtungen und Beratungsstellen sind wesentliche Bausteine dieses Systems.

Wir werden sie weiterentwickeln im Wege von:

- vielfältigen Präventionsmaßnahmen;
- Elternbildung und familienaufsuchenden Diensten;
- Qualitäts- und Leistungskontrollen;
- einer Fortsetzung der Belegung von Erziehungshilfeeinrichtungen vorrangig in Bremen;
- einer Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe, Schule, Polizei und Justiz.

6.3. Zur Teilhabe behinderter Menschen

Mit dem Bundesgleichstellungsgesetz und dem Sozialgesetzbuch IX sind erhebliche Fortschritte für die behinderten Menschen politisch durchgesetzt worden. Für uns geht es nunmehr darum, die neuen Gesetze in Bremen zügig umzusetzen und ein Landesgleichstellungsgesetz zu beschließen. Wir werden das Gleichstellungsgesetz in Zusammenarbeit mit den Behindertenverbänden vollenden. Wir fordern für die Teilhabe Behinderter und ihrer Beteiligung im Sinne des Gesetzes eine Stelle mit dem Ziel, dass diese Aufgabe quer zu allen Ressorts und gesellschaftlichen Bereichen unterstützt wird. Wir wollen die Querschnittsaufgabe der Behindertengleichstellung durch einen Prozess moderner Verwaltungsreform auf allen Ebenen durchsetzen und dadurch die Koordination unterstützen.

Ziele einer solchen Koordinationsstelle sind:

- die Schaffung eines Ansprechpartners zur Wahrnehmung der Rechte behinderter Menschen;
- die wirkungsvolle Kontrolle der Barrierefreiheit;
- die Stärkung der Durchsetzungsfähigkeit der politischen Interessen Behinderter.

Die Integration behinderter Kinder im Kindergarten wollen wir weiterhin auf hohem Niveau besonders fördern. Die Integration in Jugendarbeit und Schule wollen wir verbessern.

Im Hinblick auf die Eingliederung behinderter Menschen werden wir die Vorrangigkeit ambulanter Angebotsformen weiterhin betonen und die Wohneinrichtungen ausbauen. Angesichts der wachsenden Bedarfe ist dabei eine Steigerung um 30 Platzzahlen jährlich notwendig. Die wohnortnahe Versorgung hat dabei für uns hohe Priorität. Die Angebote für Behinderte müssen zukünftig stärker die wachsende Gruppe behinderter älterer Menschen in den Blick nehmen.

6.4. Die Integration der Zuwanderer ist unser Ziel

Zuwandernde Menschen, ob jung oder alt, sollen schnell in der Lage sein, sich zu orientieren, das für sie richtige Integrationsangebot, insbesondere ein Angebot zum Erlernen der deutschen Sprache, zu finden, die Bildungs- und Fördermöglichkeiten zu nutzen und sich in die neue nachbarschaftliche Umgebung einzuleben.

Wir setzen uns dafür ein, dass junge Zuwanderinnen und Zuwanderer gleichberechtigt an Bildung und Ausbildung teilhaben können. Die Förderung in Kindergarten, Schule und Ausbildung muss verbessert werden. Zu den dringend anzugehenden Aufgaben gehören:

- Die Erhöhung der Beteiligungsquote von Kindern mit Migrationshintergrund in den Kindertageseinrichtungen und die Schaffung gezielter Angebote für diese Zielgruppe;
- sprachfördernde Zusatzangebote in den Regelschulen;
- Erhöhung der Quote der Schulabgänger mit schulischem Abschluss;
- Sicherstellung gelingender Übergänge in eine Berufsausbildung.

Interkulturelles Lernen und soziale Integration werden wir fördern

Die SPD begreift die Vielzahl der verschiedenen Kulturen im Land Bremen als Bereicherung. Daher wollen wir einen flächendeckenden Prozess interkultureller Begegnungen und sozialen Lernens fördern, der in der gesamten Gesellschaft verankert sein muss und in dem die vorhandenen und geplanten Projekte und Initiativen der Senats- und Magistratsbehörden, der Ortsämter und Beiräte sowie der Institutionen, in denen bürgerschaftliches Engagement geleistet wird, miteinander vernetzt werden müssen.

Wir setzen uns insbesondere ein für:

- Eine Härtefallkommission, die Entscheidungen der Innenbehörde verantwortlich vorbereitet und begleitet;
- runde Tische zur Stadtteilplanung und -entwicklung unter Einbeziehung der Betroffenen, (Ideenwettbewerbe);
- interkulturelle Feste und Initiativen sowie gemeinsame, generationenübergreifende Projekte;
- runde Tische zur Förderung der Integration von Migranten unter Einbeziehung der Betroffenen mit ressortübergreifender Beteiligung der oben genannten Partner.

6.5. Effektive Seniorenpolitik für ein lebenswertes Alter

Ziel unserer Politik für ältere Menschen ist es, ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Deshalb setzen wir uns zum Ziel, die Mitwirkungsmöglichkeiten der Menschen in allen Lebensbereichen zu stärken. Viele ältere Menschen sind heute mobil und gestalten ihren „dritten Lebensabschnitt“ selbständig. Wir möchten sie einladen, das in Bremen zu tun. Nicht ganz uneigennützig, denn ältere Menschen sind auch hinsichtlich der Einwohnerentwicklung des Landes ein bedeutender Faktor. Vor diesem Hintergrund gewinnt die Schaffung von Begegnungs- und Kulturangeboten für die älteren Menschen zunehmend an Bedeutung.

Wir wollen Hilfs- und Pflegeangebote vorhalten, die vorrangig das Leben in den „eigenen vier Wänden“ ermöglichen. Dienstleistungszentren haben deswegen auch zukünftig eine große Bedeutung, um bedarfsgerechte individuelle Unterstützung zu gewährleisten.

Für ein altengerechtes Leben wollen wir uns unter anderem einsetzen durch:

- Unterstützung und Ausbau von Angeboten der Tages- und Kurzzeitpflege;
- Ausbau der geriatrischen Versorgung in den bremischen Krankenhäusern;
- verstärkte Förderung altengerechten Wohnens in den Wohnquartieren und verstärkte Hilfen beim Umzug;
- Unterstützung und Beratung von Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen;
- Schaffung von Instrumenten der Qualitätssicherung und verbesserte Überprüfung in der Pflege;
- stärkere Berücksichtigung der älteren Zuwanderer im Leistungsprofil des Angebotes;
- Verbesserungen in der ambulanten wie der stationären Versorgung Demenzerkrankter und der Erprobung innovativer Wohnformen für demenzerkrankte Menschen;
- Förderung von altengerechtem und damit auch kindgerechterem Wohnungsbau (Allgenerationen-Wohnungen);
- Schaffung einer bedarfsgerechten Pflegeüberleitung, die eine bruchlose Versorgung nach Krankenhausaufenthalt ermöglicht.

6.6. Gleichgeschlechtliche Lebensweisen: Gleichberechtigung weiter verbessern

Das weltoffene und tolerante Land Bremen steht für Liberalität, für die selbstverständliche Akzeptanz der unterschiedlichen Formen zwischenmenschlicher Beziehungen und gegen jegliche Ansätze von Diskriminierung. Wir werden die Gleichberechtigung für Lesben und Schwule weiter verbessern, Vorurteile abbauen helfen und die selbstbestimmte Lebensgestaltung fördern.

Folgende Punkte sind uns besonders wichtig:

- Wir werden prüfen, ob Bremer Antidiskriminierungsvorschriften zur Ergänzung der bundesrechtlichen Regelungen notwendig sind;
- Bremen verfügt über ein gutes Netz an Aufklärungs- und Beratungsinitiativen für Schwule und Lesben. Die Arbeit dieser Einrichtungen, insbesondere für junge Lesben und Schwule, werden wir auch in Zukunft weiter unterstützen und absichern;
- Angebote und Veranstaltungen für homosexuelle Menschen als Tourismus-Zielgruppe und als Wirtschaftsfaktor werden wir im Land Bremen offensiv bewerben; darüber hinaus streben wir eine Vernetzung mit anderen touristischen Angeboten und Dienstleistungen an;
- wir treten ein für die Überarbeitung der Lehrpläne mit dem Ziel, die Vielfalt von Lebensentwürfen und Lebensweisen nicht nur im Fach Biologie, sondern fächerübergreifend in altersgerechter Weise darzustellen;

- Gewalt gegen Homosexuelle werden wir mit Hilfe der in bestimmten Revieren besonders geschulten Ansprechpartner der Polizei entschlossen bekämpfen;
- Aids-Aufklärung werden wir weiter unterstützen, da es in absehbarer Zeit keinen Impfstoff geben wird. Prävention ist die einzige Möglichkeit, um den Aids-Tod zu verhindern.

6.7. Drogenpolitik mit präventiven, helfenden und repressiven Elementen

Wir Sozialdemokraten stehen zu den drei Säulen der Bremischen Drogenpolitik, die sich aus Prävention, gesundheitlichen und sozialen Hilfen sowie repressiven Elementen zusammensetzen. Die SPD in Bremen kann selbstbewusst auf die erreichten Standards in der Drogenhilfe verweisen. Offene Drogenszenen sind in erkennbarem Maße entzerrt worden, Obdachlosigkeit kann bei Drogenabhängigen fast vollständig vermieden werden und Substitutionsangebote werden in hohem Maße in Anspruch genommen.

Suchtpolitisch ist die Prävention von zentraler Bedeutung. Schulen, Jugendeinrichtungen und andere Einrichtungen sollen ihre Leistungen verstärken, um Menschen vor den Suchtgefahren zu bewahren und die Hilfesysteme im Vorfeld zu entlasten. Wir unterstützen das Bremer Aktionsbündnis Alkohol.

Wir werden niedrigschwellige Angebotsstrukturen in der Drogenhilfe stärken, um möglichst alle Zielgruppen frühzeitig erreichen zu können. Drogenhilfe muss zukünftig medizinische Leistungen und psychosoziale Begleitung stärker als koordiniertes Gesamtpaket anbieten. Die in der Psychiatrie zu schaffenden regionalen Behandlungszentren müssen auch Angebote für Suchtkranke schaffen.

Originalstoffabgabe in besonders schweren Fällen, zumindest im Sinne einer Erprobung, sollte als zusätzliches Hilfsmittel zukünftig Berücksichtigung finden, sofern die Modellversuche anderer Städte positiv verlaufen. Konsumräume für Opiatabhängige wird die SPD auf der Grundlage der Ergebnisse der Modellversuche in anderen Großstädten hinsichtlich ihrer Übertragbarkeit auf das bremische Drogenhilfesystem prüfen.

Die Angebote der Aids-Prophylaxe sind unzureichend. Der Mehrfachgebrauch von Spritzenutensilien muss durch zusätzliche Standorte von Spritzenautomaten reduziert werden. Dies gilt auch für Bremens Haftanstalten, da auch dort der Drogenkonsum offenkundig nicht zu verhindern ist. Wir unterstützen regelmäßige Kontakte zwischen Polizei und Drogenhilfe. Sie fordert bspw. mehr Unterstützung für Spielplatzinitiativen und andere Initiativen von Bewohnern der Stadtteile mit einer Häufung von Suchtproblematiken.

Umfang und Qualität der Drogenhilfe in Bremerhaven erreichen derzeit nicht das Niveau von Bremen. Wir fordern eine Weiterentwicklung und entsprechende fachliche und finanzielle Unterstützung für Bremerhaven, damit zukünftig in beiden Landesteilen ein differenzierteres und dichteres Leistungsangebot für die Menschen zur Verfügung gestellt werden kann.

6.8. Moderne Gesundheitsversorgung für alle in Bremen und Bremerhaven

Die Sicherung und Schaffung gesunder Lebensverhältnisse und eine qualitativ hochwertige medizinische und pflegerische Versorgung haben für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten höchste Priorität. Um diese Ziele zu verwirklichen, setzen wir uns ein für

- eine solidarisch finanzierte gesetzliche Krankenversicherung mit einheitlichen Leistungen für alle Versicherten;
- mehr Prävention im Gesundheitswesen, im Arbeitsschutz sowie im gesundheitlichen Verbraucherschutz;
- wirtschaftlich erbrachte Gesundheitsdienstleistungen und leistungsfähige Krankenhäuser;
- den Aufbau ergänzender Leistungen und Dienste, etwa in der ambulanten Pflege oder der Rehabilitation, mit dem Ziel, eine integrierte und koordinierte gesundheitliche Behandlung in hoher Qualität zu sichern;
- mehr Autonomie für Patienten und Konsumenten; Patientinnen und Patienten sollen mehr Informationen über die Leistungen im Gesundheitswesen erhalten, um sich eigenverantwortlich im Gesundheitswesen einbringen zu können.

Gesunde Lebensverhältnisse schaffen

Gesunde Lebensverhältnisse für alle Menschen zu schaffen, ist eine der vordringlichsten Zukunftsaufgaben. Wir wollen Gesundheit überall dort sichern, wo sie gefährdet ist: In der Umwelt, am Arbeitsplatz und in der Ernährung. Die Stärkung des betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutzes ist deshalb ebenso vordringlich wie der Ausbau des gesundheitlichen Verbraucherschutzes durch eine effektive Lebensmittelüberwachung sowie eine transparente Verbraucherinformation.

Wir wollen die Prävention und die Gesundheitsförderung aber auch in Kindergärten und Schulen voranbringen. Gesunde Ernährung und mehr körperliche Bewegung müssen zum Standard unserer Kindergärten und Schulen werden.

Wir wollen gesundheitsbewusstes Verhalten auch durch mehr Information fördern. Der öffentliche Gesundheitsdienst muss verstärkt Gesundheitsberichte vorlegen. Der erstmals vor zwei Jahren vorgelegte Frauengesundheitsbericht soll regelmäßig aktualisiert und umgesetzt werden, für Kinder und Jugendliche sind ähnliche Berichte zu entwickeln. Der öffentliche Gesundheitsdienst soll auch in Zukunft notwendige Eingangs- und Früherkennungsuntersuchungen in Schulen und Kindergärten durchführen.

Die Qualität der Versorgung verbessern

Qualitätssicherung ist in allen Bereichen des Gesundheitswesens eine zentrale Aufgabe. In den Krankenhäusern werden wir weiter dafür eintreten, dass ein umfassendes Qualitätsmanagement weiterentwickelt wird. Ebenso werden wir – in der Umsetzung der neuen Qualitätssicherungsgesetze des Bundes – die Standards der Pflege in Einrichtungen für alte Menschen und Behinderte in verstärkter Zusammenarbeit mit den Pflegekassen, der Heimaufsicht und dem Gesundheitsamt sichern und verbessern.

Für die Erfüllung dieser Ziele ist der Ausbau der integrierten Versorgung zwischen ambulanten und stationären Einrichtungen unverzichtbar. Wir werden uns auf Bundesebene weiter dafür einsetzen, dass die notwendigen gesetzlichen Voraussetzungen dafür geschaffen und die Funktion

des Hausarztes in diesem Zusammenhang deutlich gestärkt wird. Unabhängig davon wollen wir mit konkreten Modellen die integrierte Versorgung in Bremen und Bremerhaven voranbringen. Wir wollen die Kooperation zwischen Ärzten und Krankenhäusern, aber auch zwischen Krankenhäusern und ambulanten Pflegediensten und Rehabilitationseinrichtungen verbessern sowie Gesundheitszentren fördern.

Für eine bessere Qualität der gesundheitlichen Versorgung müssen die strukturierten Behandlungsprogramme für chronisch Kranke (Disease-Management-Programme) endlich auch in Bremen und Bremerhaven verwirklicht werden. Diese Programme sind von besonderer Bedeutung für die Behandlung von Diabetes, Brustkrebs und Herzerkrankungen. Das auslaufende Modellprojekt Brust-Krebs-Screening wollen wir zu einem bundesweiten Referenzzentrum in Bremen weiterentwickeln.

In unseren Krankenhäusern wollen wir die begonnenen Ausbauschwerpunkte – Geriatrie, Schlaganfallbehandlung, Regionalisierung der Psychiatrie, Intensivmedizin und Notfallversorgung sowie Kinderherzchirurgie – weiter umsetzen. Ziel unseres Landeskrankenhausplanes muss es auch künftig sein, vor allen notwendigen Einsparungen die optimale Versorgung der Patientinnen und Patienten zu sichern. Die Beteiligung der Patientinnen und Patienten an ihrer gesundheitlichen Versorgung bleibt für uns eine wichtige Aufgabe. Wir werden auch künftig eine unabhängige Patientenberatungsstelle unterstützen und die Patientenberatung auch in den Krankenhäusern fördern. Ebenso bleibt die Förderung der Selbsthilfe im Gesundheitsbereich wichtig.

Die Qualifizierung in Gesundheits- und Pflegeberufe verbessern

Eine hochwertige Qualifikation der Beschäftigten im Gesundheits- und Pflegebereich ist für die Sicherung der Qualität der medizinischen Versorgung unverzichtbar. Wir treten dafür ein, die Qualifizierung in Gesundheits- und Pflegeberufen weiter zu verbessern. Für uns steht dabei im Vordergrund, die Ausbildung inhaltlich weiter zu entwickeln: Mit einem Modellprojekt zur integrierten Ausbildung in der Kranken- und Altenpflege haben wir bundesweit Pionierarbeit geleistet. Wir werden uns dafür einsetzen, dass diese integrierten Ansätze nunmehr in den bundesgesetzlichen Rahmen übernommen werden.

Unabhängig davon wollen wir die Ausbildung in der Kranken- und Altenpflege weiter auf hohem Niveau fortsetzen. Das bestehende Ausbildungsangebot in den Krankenhäusern muss im Interesse der zukünftigen gesundheitlichen Versorgung und im Bewusstsein von Schülern und Schülerinnen als eine berufliche Alternative mit Aufstiegsmöglichkeiten noch mehr wahrgenommen werden. Die bestehenden Krankenhauspflugeschulen werden wir nach dem erfolgten Zusammenschluss der Schulen in Bremen weiter absichern; in Bremerhaven wollen wir die Kooperation der bestehenden Schulen verbessern. Die Hebammenschule und die MTA-Schuleinrichtung in Bremerhaven wollen wir auch in Zukunft erhalten. Der Fachbereich Pflegewissenschaften an der Universität Bremen und dessen Zusammenarbeit mit den verschiedenen Einrichtungen zur Pflege und Krankenversorgung werden von uns weiter unterstützt und vorangetrieben.

Die Krankenhäuser in Bremen und Bremerhaven stärken

Unsere beiden Städte verfügen über leistungsfähige Krankenhäuser mit einem hochdifferenzierten Versorgungsangebot. Wir werden diese Versorgungsangebote in unseren Krankenhäusern mit den im Landeskrankenhausplan benannten Ausbauschwerpunkten weiter stärken.

Mit der bundesweiten Einführung der Fallpauschalen stellt sich für die Krankenhäuser auch im Land Bremen eine neue Herausforderung. Wir wollen deshalb die Attraktivität und Zukunft unserer Krankenhäuser durch mehr Investitionen in Leistungsverbesserung und Rationalisierung sowie durch gezielte Weiterentwicklung der Versorgungsschwerpunkte sichern, um somit dem Wettbewerb in der Region begegnen zu können.

Um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Krankenhäuser zu erhöhen, müssen wir ihnen mehr Möglichkeiten der Expansion auch über die Landesgrenzen hinaus geben. Die Kooperation oder Fusion mit anderen regionalen Krankenhäusern darf nicht an der bestehenden Struktur der bremischen Krankenhäuser scheitern. Wir werden deshalb auch für die kommunalen Krankenhäuser neue Strukturen schaffen. Eine Privatisierung unserer Krankenhäuser lehnen wir ab.

Die Finanzierung von notwendigen Krankenhausinvestitionen ist für die Sicherung der Attraktivität und Zukunft unserer Krankenhäuser von entscheidender Bedeutung.

Wir wollen dafür im Grundinvestitionsprogramm den notwendigen Schwerpunkt setzen und die Krankenhäuser auf die Herausforderungen des Fallpauschalengesetzes fit machen. Zusätzliche Investitionen im Krankenhausbereich sichern Arbeitsplätze in Bremen und Bremerhaven, stärken die Funktion beider Städte als Oberzentren und helfen unseren Krankenhäusern in dem sich verschärfenden Wettbewerb.

In Bremerhaven bietet sich im Rahmen einer modernen „Gesundheits-Infrastruktur“ ein Krankenhaus-Neubau unter Beteiligung der Krankenkassen an. Zur Unterstützung des Strukturwandels wollen wir am Standort Bremerhaven ein Gesundheitszentrum mit dezentralen Kompetenzzentren im nördlichen Elbe-Weser-Raum schaffen.

Mit zusätzlichen Investitionen wollen wir auch dazu beitragen, dass der Gesundheitssektor weiterentwickelt und ausgebaut wird zu überregionalen Gesundheits- und Kompetenzzentren für Pflege und Gesundheit. Wir wollen in den Krankenhäusern zudem verstärkt innovative Arbeitszeitmodelle umsetzen. Durch neue Formen der Arbeitszeit sollen die übermäßigen Belastungen der Beschäftigten in den Krankenhäusern durch Rufbereitschaft und Bereitschaftsdienste abgebaut werden. Das Arbeitszeitgesetz gilt seit einigen Jahren auch ohne Einschränkungen für die Krankenhäuser; die Gewerbeaufsicht in Bremen und Bremerhaven muss die Einhaltung dieses Gesetzes überwachen.

6.9. Ein Sterben in Würde ermöglichen

Wir werden weiter dafür eintreten, dass Menschen in Würde sterben können. Wir wollen die notwendigen ambulanten sowie stationären Maßnahmen im Krankenhaus, Pflegeheim und im stationären Hospiz unterstützen. Auch für Bremerhaven wollen wir die notwendigen stationären Hospiz-Plätze schaffen. Unsere weitere Unterstützung sollen auch die ambulanten Hospiz-Initiativen erfahren, die mit ehrenamtlicher Sterbebegleitung unverzichtbare Arbeit leisten.

7. Sicherheit in Bremen und Bremerhaven

7.1. Gerechte Lebensbedingungen sind Grundbedingung für die Innere Sicherheit

Sozialdemokratische Politik gegen Kriminalität und Gewalt gründet sich auf eine Kultur des Hin- statt des Wegsehens sowie der sozialen Integration als gesamtgesellschaftlicher Aufgabe aller Bürgerinnen und Bürger. Wir räumen daher der Verhütung von Straftaten und ihrer vorbeugenden Bekämpfung einen hohen Rang ein. Angesprochen sind dabei alle Bereiche der Politik und des öffentlichen Lebens, die einen Beitrag zur Verbesserung der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebensbedingungen für die Menschen leisten können. Eine werteorientierte Erziehung, welche die Achtung des Menschen, die Geltung der Menschenwürde und des Rechts zum Inhalt hat, bedarf der gemeinsamen Anstrengung aller gesellschaftlichen Kräfte.

Wir wollen ein flächendeckendes Netzwerk Gewaltprävention, das über Präventionsräte unter der Geschäftsführung der Ortschaftspolizeibehörde in Bremerhaven und der Ortschaftämter in Bremen entwickelt wird. Dies soll durch einen Beauftragten koordiniert werden. Wir werden die erfolgreichen Schlichtungsstellen im Rahmen der Projekte „Wohnen in Nachbarschaften“ (WiN) sichern und die verschiedenen Präventionseinrichtungen (z. B. Projekt Regionale Präventionsarbeit, SCHulverweigerungs- Und Präventionsausschuss (SCHUPS), Antistressprojekte, Mediationstraining) untereinander ressortübergreifend vernetzen. Darüber hinaus streben wir die Entwicklung eines Medienkonzeptes zur Prävention an.

Besonders wichtig sind hier alle Maßnahmen zur Bekämpfung häuslicher Gewalt. Der Ausbau von Beratungsangeboten sowie sozialer Trainingsmaßnahmen ist unverzichtbar.

7.2. Essentiell: Eine motivierte, gut ausgebildete und ausgestattete Polizei

Ohne eine motivierte, gut ausgebildete und ausgestattete Polizei kann die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger Bremens nicht gewährleistet werden. Die Ausstattung der Polizei mit Führungs- und Einsatzmitteln muss sich an der technischen Entwicklung und an den bundesweiten Standards der anderen Länderpolizeien orientieren. Mit der unumkehrbaren Einführung der zweigeteilten Laufbahn wurde in der letzten Legislaturperiode die richtige Antwort auf die neuen höheren Anforderungen an die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in Bremen und Bremerhaven gegeben.

Es gilt, diesen Fortschritt langfristig abzusichern und den nach bisherigem Laufbahnrecht eingestellten Beamtinnen und Beamten mit einem Überleitungsgesetz eine verlässliche Perspektive zu eröffnen. Für eine gute Aus- und Fortbildung der Polizisten ist die Ausstattung der Hochschule für öffentliche Verwaltung fortzuentwickeln und abzusichern.

Zudem streben wir den weiteren Ausbau der uniformierten Polizeipräsenz an. Voraussetzung hierfür ist allerdings die Entlastung der Polizeibeamten von Verwaltungs- und Logistikaufgaben. Um dieses Ziel zu unterstützen, stehen wir der Erfüllung nichtstaatlicher Sicherungsaufgaben durch das private Sicherheitsgewerbe – soweit Sicherungsaufgaben wahrgenommen werden – offen gegenüber.

Wir wollen für Bremen und Bremerhaven eine flächendeckende Notfallgarantie für die Polizei gewährleisten. Unser Ziel lautet dabei für die Einsatzbereitschaft der Polizei: „In fünf Minuten vor Ort“.

7.3. Weitere Bausteine der Inneren Sicherheit im Einzelnen:

Ausbau der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr

Auf der Basis des neuen, in Deutschland wegweisenden integrierten Hilfeleistungsgesetzes streben wir an, dass jedem Bürger schnellstmöglich geholfen wird. Hierzu ist es erforderlich, die Ressourcen von Berufsfeuerwehr und Hilfsorganisationen weiterzuentwickeln. Große Gefahrenlagen oder Massenanfall von Verletzten können nicht ohne das bürgerschaftliche Engagement von freiwilligen Helfern bewältigt werden. Wir werden deshalb die vorhandenen Organisationsformen wie Freiwillige Feuerwehren und Hilfsorganisationen fördern und diesen Helfern verstärkt Anreize bieten. Wir werden in Feuerwehr, Rettungsdienst und Katastrophenschutz investieren.

Justiz und Rechtsstaat bleiben weiter gefordert

Wir wollen, dass die Gerichte aller Gerichtszweige weiter voran kommen auf ihrem Weg zu Dienstleistungseinrichtungen für das rechtsuchende Publikum. Mit der Schaffung eines Justizzentrums Bremen für die Fachgerichte streben wir einen bedeutenden Beitrag zur Effizienzsteigerung und zu mehr Bürgernähe an. Die Schaffung des Justizzentrums Bremen in diesen Dimensionen ist beispielhaft.

Auch die Staatsanwaltschaft, die Strafgerichte und der Strafvollzug müssen ihren Beitrag zur inneren Sicherheit leisten. Die Bevölkerung hat ein Anrecht auf eine leistungsfähige Rechtspflege. Voraussetzung dafür ist eine gute personelle und materielle Ausstattung, die neuen technologischen Standards entspricht.

Ebenfalls unabdingbar: Wir wollen die Juristenausbildung auf der Grundlage des Bundesrahmenrechts unter anderem mit dem Ziel modernisieren, mehr als bisher auch den Bedürfnissen der Anwaltschaft Rechnung zu tragen.

Schließlich wollen wir die Regelungen für die Richterwahlen einschließlich der Beförderung von Richtern durch eine Reform des Richterwahlausschusses verändern. Desgleichen treten wir für die Bildung eines Gesamtrichterrates bei den Gerichten ein.

Aktion Sicheres Bremen – Bekämpfung von Kriminalität

Die schnelle staatliche Reaktion auf strafrechtlich sanktioniertes Fehlverhalten ist ein wichtiges Ziel der Strafrechtspflege. Insbesondere im Jugendverfahren gilt: Die staatliche Reaktion muss der Tat auf dem Fuße folgen.

Besonderen Nachdruck bei den Ermittlungen werden wir auf Verfahren im Bereich der Wirtschafts-, Drogen- und Organisierten Kriminalität legen. Wir wollen den Schutz der Opfer von Straftaten weiter verbessern. In diesem Zusammenhang treten wir auch dafür ein, die zivilrechtlichen Folgen einer Straftat schon im Strafprozess mitentscheiden zu lassen.

Wirksames Vorgehen gegen Intensivtäter werden wir fördern. Soweit jugendliche Straftäter durch die herkömmlichen Sanktionen nicht mehr zu beeindrucken und von weiteren Straftaten abzuhalten sind, werden wir Alternativen für die Unterbringung dieses Täterkreises in geeigneten Einrichtungen prüfen.

Strafvollzug muss neu geordnet werden

Die Sicherung der Bevölkerung vor Straftätern ist ebenso unser Ziel wie die Resozialisierung der Straftäter und ihre Wiedereingliederung in die Gesellschaft.

Wir setzen uns deshalb ein für

- eine Bildungsoffensive im Vollzug;
- eine Entwicklungspartnerschaft im Bereich des elektronischen Lernens mit den Vollzugsanstalten anderer Länder unter Förderung durch die EU;
- ein verbessertes Angebot an berufsqualifizierenden Maßnahmen für die Gefangenen, die in Zusammenarbeit zwischen Justizsenator, Arbeitssenator und Arbeitsämtern angeboten werden. Ziel ist die Integration Straffälliger und unter Bewährungsaufsicht stehender Verurteilter in den Arbeitsmarkt (Projekt Chance);
- die Durchführung von Entlassungsvorbereitungen in Zusammenarbeit mit Justizvollzugsanstalt, dem Amt für Soziale Dienste und freien Trägern;
- den Neubau einer Justizvollzugsanstalt in Bremen-Blockland unter gleichzeitiger Aufgabe alter Standorte des geschlossenen Vollzugs; dabei sind alle mit Strafvollzug befassten Stellen und Initiativen zu beteiligen;
- ein Justizzentrum in Bremerhaven, in dem das Arbeits- und Sozialgericht sowie die Bewährungshilfe räumlich zusammengefasst werden.

Für die nächste Legislaturperiode streben wir eine Neuordnung des bremischen Strafvollzugs an.

Neue Anforderungen an den Datenschutz – Rechtsberatung bleibt

Der zunehmende Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik in der Verwaltung und der Aufbau der elektronischen Verwaltung verlangen auch wirksame Schutzvorkehrungen für das Persönlichkeitsrecht der Bürgerinnen und Bürger. Bremens Weg zu e-government und elektronischem Geschäftsverkehr in und mit der Verwaltung muss begleitet werden von einem entsprechend entwickelten Schutz des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung.

Die öffentliche Rechtsberatung hat sich bewährt. Wir werden sie beibehalten und sie so ausstatten, dass sie auch unter den Bedingungen wirtschaftlich schwieriger Zeiten ihre Aufgaben wahrnehmen kann.

8. Aktive Bürgerstädte Bremen und Bremerhaven

Unsere Staatsform ist die parlamentarische Demokratie. In der Demokratie herrscht das Volk. So lässt sich sehr kurz definieren, was den Kern unseres Staatswesens ausmacht.

Der einzelne Bürger findet sich im Spannungsfeld zwischen seinem Engagement, den Bestrebungen der Politik und dem Handeln der Verwaltung wieder. Oft genug resigniert er vor der scheinbaren Allmacht von Politik und Verwaltung. Trotzdem und gerade deshalb setzen wir verstärkt auf das Bürgerengagement. Wir setzen dabei auch und gerade auf diejenigen, die sich bisher nur reaktiv verhalten haben. Für den notwendigen Schritt zu mehr Bürgerengagement und Bürgerverantwortung sind die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Jeder Einzelne erlebt zu oft, dass Verwaltung ein Eigenleben führen kann, das sich der Kontrolle entzieht. Die Verwaltungsreform hat in Bremen zwar schon viel verändert. Auf Basis flexibler „Binnenstrukturen“ müssen aber zukünftig verstärkt öffentlich wahrnehmbare Modernisierungsprozesse vorangetrieben werden.

Die Leistungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung wird verstärkt zum Standortfaktor und ist gerade gegenüber Neubürgern die erste Visitenkarte der Stadt. Neben den speziell geschaffenen Neubürgerangeboten müssen auch ganz normale Dienstleistungen den Kundenerwartungen entsprechen. Dabei ist auch das Innovationspotenzial der Bürger zu unterstützen, indem beispielsweise Gewerbeanmeldungen schnell und unkompliziert erledigt werden können.

Zukünftig sollen Dienstleistungen an weniger Standorten als in der Vergangenheit erbracht werden. Im Gegenzug wird eine Ausweitung der Dienstleistungspalette und der Einsatz von besser qualifiziertem Personal erforderlich. Die neuen Angebote folgen dabei den neuen Lebensgewohnheiten der Menschen. Dienstleistungen werden schon heute nicht mehr in erster Linie in Wohnortnähe nachgefragt, sondern dort, wo Bürgerinnen und Bürger einkaufen, arbeiten, ohnehin vorbeikommen. Außerdem verlagert sich die Nachfrage immer mehr auf Medien wie das Internet oder das Telefon. Die bisherigen organisatorischen Erfolge und technischen Entwicklungen im Rahmen der Verwaltungsreform sollen als Grundlage zur Befriedigung dieser Nachfrage genutzt werden.

Es sind Lernprozesse einzuleiten, die zu einem anderen Rollenverständnis führen: Politik muss von ihrer Verantwortung abgeben, Bürger müssen mehr Rechte bekommen, die Verwaltung muss sich mehr als bisher öffnen. Insgesamt wollen wir, dass alle Gruppen sich begreifen als Bestandteil der großen Gemeinde unseres Landes.

8.1. Stärkung des Bürgerengagements

Wir sehen die Bürgermitwirkung und Bürgerbeteiligung als einen notwendigen Bestandteil unserer parlamentarischen Demokratie an. Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger bei ihrem Engagement unterstützen. Das beginnt bei der Bereitstellung oder Vermittlung von Räumen für Veranstaltungen, Angeboten der Infrastruktur (Telefon etc.) bis hin zur selbstverwalteten Bereitstellung finanzieller Mittel. Wie erfolgreich ein solches Engagement sein kann hat das Projekt WiN schon gezeigt. Die bestehenden Bürgerhäuser sind als Treffpunkte für Bürgerbeteiligung und Stadtteilkultur in ihrem Bestand zu sichern und auszubauen.

Soweit Bremen dies allein regeln kann, wollen wir die Übergänge zwischen bürgerschaftlichem Engagement und Erwerbsleben erleichtern. Dazu kann auch der abgesicherte Ausstieg auf Zeit aus dem Arbeitsleben gehören.

Die neu eingesetzte Bürgerstiftung Bremen verfolgt das Ziel, die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den Angelegenheiten ihres Stadtteils und der gesamten Stadt zu fördern – sei es durch neue Formen der Einbeziehung in Entscheidungen oder durch praktische Unterstützung. Wir stützen diese Zielsetzung und die Vorschläge der Bürgerstiftung, die sie zur „Weiterentwicklung Bremens auf dem Weg zur Bürgerstadt“ gemacht hat – etwa zur Nutzung der Internetseiten von bremen.de als Beteiligungsplattform. Wie die Bürgerstiftung sind wir der Auffassung, dass speziell jugendgerechte Formen des Engagements erprobt werden müssen und alle Teile der Verwaltung sich der Aufgabe zu stellen haben, in ihrem jeweiligen Bereich das bürgerschaftliche Engagement und die Übernahme von Mitverantwortung durch die Bürgerinnen und Bürger möglich zu machen und zu fördern. Viele Vorschläge der Bürgerstiftung, die sie unter Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen und anderen Gruppen entwickelt hat, finden sich auch hier in unserem Bremen-/Bremerhaven-Plan 2003-2007 wieder.

Mittel direkter Demokratie

Mit den bereits beschlossenen Änderungen der Landesverfassung haben wir die Voraussetzungen für Volksbegehren und Volksentscheide verbessert. Weitere Schritte sind notwendig, um die noch zu hohen Anforderungen an diese plebiszitären Elemente so zu senken, dass sie auch praktische Bedeutung entfalten. In der Stadtgemeinde Bremen sollen Bürgerentscheide auf Stadtteilebene möglich werden, an denen auch Jugendliche ab 14 Jahren teilnehmen können sollen.

Information für alle

Nach wie vor stehen wir zu einem Informationsfreiheitsgesetz, welches es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, Auskünfte von den Verwaltungen einzufordern. Nur mit Transparenz des staatlichen Handelns wird eine der Grundlagen für Demokratie geschaffen.

Wahlrechtsreform

Wir halten an dem Ziel fest, das Wahlalter auf 16 Jahre zu senken. Gesetzgeberische Handlungsmöglichkeiten wollen wir in diesem Sinne nutzen und das Wahlalter für die Wahl der Stadtteilbeiräte und – falls juristisch unbedenklich – auch für die Stadtverordnetenversammlung in Bremerhaven und die Stadtbürgerschaft senken.

8.2. Kontrollrechte der Politik und Stärkung des Parlaments

Die Modernisierung öffentlicher Dienstleistungen und die damit verbundene Überführung von Teilen der öffentlichen Daseinsvorsorge in private Rechtsformen erfordert neue und erweiterte Kontrollrechtsmöglichkeiten durch Regierung und Parlament. Senat und Bürgerschaft müssen in die Lage versetzt werden, auch auf die als Gesellschaften ausgegliederten Bereiche des sogenannten „Konzerns Bremen“ zugreifen zu können. Berichterstattung allein reicht nicht aus, wenn Politik gestalten soll. Die Informationsrechte des Parlaments, der Fraktionen und einzelner Abgeordneter sind so zu gestalten, dass eine umfassende Kontrolle ermöglicht wird. Die gestalterischen Möglichkeiten des privaten Rechts sind auch dort zu nutzen, wo private Dritte an der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben beteiligt werden. Die Parlamentsfraktionen müssen darüber hinaus so

ausgestattet sein, dass sie in die Lage versetzt werden, beispielsweise rechtliche, kaufmännische und steuerrechtliche Beratungsdienstleistungen in Anspruch zu nehmen. Der betriebswirtschaftlich organisierten Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben muss ein ebenso effektives System der Kontrolle durch die vom Volk gewählten Abgeordneten gegenübergestellt werden.

8.3. Stärkung der lokalen Demokratie

Mit der Veränderung des Beiräte-Gesetzes haben die Beiräte ein größeres Informationsrecht und das Einvernehmensrecht erhalten. Nach wie vor steht aber ein Katalog von abschließenden Entscheidungsrechten der Beiräte ebenso aus wie eine gesetzliche Sicherstellung der Informations- und Beteiligungsrechte gegenüber den in privater Rechtsform geführten Teilen der öffentlichen Verwaltung, wie auch jegliche Sanktionsmöglichkeit fehlt. Das wollen wir ändern.

Für die Verwirklichung des Ziels der aktiven Bürgerstadt spielen die Beiräte und die Ortsamtsleiter eine entscheidende Rolle. Ihre Aufgabe wird sich nicht mehr nur in der Stellungnahme als sogenannter Träger öffentlicher Belange erschöpfen. Viele Beiräte haben sich schon heute dem örtlichen Wohl verschrieben und verhalten sich auch so. In Zukunft sind sie zusammen mit den Ortsamtsleitern die Motoren für das Stadtteilmanagement. Daher muss die personelle und finanzielle Ausstattung die Bewältigung dieses neuen Aufgabenfeldes auch ermöglichen.

Den Ortsamtsleitern kommt in dem neu angelegten Gefüge durch die aktive Bürgerstadt eine zentrale Bedeutung als Stadtteilmanager zu. Wir wollen die direkte Wahl der Ortsamtsleiter durch den jeweiligen Beirat ohne ein weiteres Einspruchsrecht des Senats.

8.4. Die Verwaltung als Dienstleister

Mit der Eröffnung der ersten BürgerServiceCenter in der Pelzerstraße und in Horn-Lehe sowie dem Betrieb von Bremen-Service-Universität wird die Verwaltungsreform für die Bremerinnen und Bremer sichtbar. Erste Schritte, die zu einer besseren Dienstleistungsqualität und zu einer zukunftsfähigen Verwaltungsstruktur führen, sind damit eingeleitet worden.

Entscheidend ist, dass die verschiedenen Senatsressorts das Konzept der "Lokalen Dienstleistungszentren" gemeinsam weiterentwickeln:

- Weitere Standorte von BürgerServiceCentern müssen in der Fläche eingerichtet werden. Neben den geplanten Projekten in Vegesack und Gröpelingen gilt das insbesondere für den Bremer Süden und Osten. Die Devise für die Einrichtung neuer Standorte lautet dabei: „Den Mobilitätsmustern der Menschen folgen, statt in Stadtteilgrenzen zu denken“;
- das Prinzip „Alles aus einer Hand“ soll konsequent weiterverfolgt werden. Dazu müssen mehr Dienstleistungen in die Fläche gegeben werden. Zum Beispiel sollen KfZ-Zulassungsangelegenheiten in allen BürgerServiceCentern möglich werden;

- zur Gewährleistung einer hohen Servicequalität und eines optimalen Einsatzes der Finanzmittel muss eine Konzentration auf wenige bereits eingerichtete bzw. noch einzurichtende BürgerServiceCenter erfolgen. Alle mit dem Publikumsverkehr in Zusammenhang stehenden Aufgaben aus den Ressorts und Fachämtern sind auf die BürgerServiceCenter zu übertragen – Doppelstrukturen an zentraler Stelle sind demgegenüber abzubauen;
- ein produktiver interner Wettbewerb zwischen den BürgerServiceCentern ist ausdrücklich erwünscht. Die Ressourcen sollen vor allem dorthin fließen, wo das Angebot und der Service aus Sicht der Kundinnen und Kunden am besten ist. Dabei ist auch das wirtschaftliche Denken der Mitarbeiter zu fördern;
- bei der Einrichtung von BürgerServiceCentern sind die Möglichkeiten neuer „Vertriebswege“ wie dem Bremer-Online-Service und Call-Center-Angeboten zu berücksichtigen und im Rahmen eines übergreifenden Konzeptes weiter zu entwickeln.

Die Entwicklung einer neuen Dienstleistungsstruktur in der Fläche gibt den Ortsämtern die Möglichkeit, sich auf ihre Kernaufgaben im Stadtteil-Management und in der Beiratsbetreuung zu konzentrieren.

Die Kooperation mit zentralen Behörden ist hier weiter zu verbessern. Die Beteiligung und Information der Stadtteilbevölkerung über neue Methoden und Instrumente („aufsuchende“ Beteiligung/planning-for-real, Computer-Simulation von Bauvorhaben, Internet-Foren, usw.) ist voranzutreiben – dies soll zum Schwerpunkt der Arbeit werden.

9. Über den `Tellerrand` hinaus: Region, Europa, Globalisierung

9.1. Bremen in der Welt – Globalisierung nachhaltig und sozial gestalten

Für das 21. Jahrhundert stellen sich die großen Fragen der Menschheit nach Frieden für Mensch und Natur, nach Schutz vor Gewalt und Terror, nach Beseitigung des Hungers und der weltweiten Armut, nach Demokratie, Menschenrechten und sozialer Gerechtigkeit neu im globalen Maßstab. Sie alle stehen in einem untrennbaren Zusammenhang, in den Entwicklungspolitik in entscheidender Weise eingebunden ist.

Das Leitwort *"Global denken - lokal handeln"* ging seit der 1. UNO-Konferenz von Rio als Aufforderung in alle Welt. Bremen ist dieser Aufforderung nachgekommen und hat mit einem Senatsbeschluss im April 1996 den Auftakt zur Entwicklung einer lokalen Agenda 21 gegeben. Die Bremer SPD wird den lokalen Agenda 21-Prozess auch in Zukunft tragen und nach Kräften unterstützen.

Die erfolgreiche Arbeit des Landesamtes für Entwicklungszusammenarbeit als zentral verantwortliche Koordinierungsstelle für die Erarbeitung und Umsetzung Bremer entwicklungspolitischer Grundlagenarbeit, Initiativen und Projekten soll – in Abstimmung mit BMZ und europäischen und überseeischen Partnern – auch in Zukunft gewährleistet werden. Entwicklungspolitik wird nicht mehr allein lokale, regionale oder nationale Programm- und Projektarbeit sein. Sie muss auch globale, nachhaltige und gerechte Strukturpolitik sein. Auch die Länder und Gemeinden tragen Verantwortung für eine solche rahmengebende Rolle von Strukturpolitik.

Im Land Bremen wollen wir Entwicklungspolitik auch als Friedenspolitik begreifen. Sie ist ein wichtiger Beitrag zur globalen Sicherheit in einer Welt der Interessen und Interessengegensätze. Politische Grundwerte, Menschenrechte, das Völkerrecht und die Regeln fairer Kooperation können zu einer legitimationsstiftenden Macht werden, wenn sie Wege für den Ausgleich und die Vermittlung von Interessen weisen.

9.2. Bremen in Europa

Wir stehen dafür, dass unser Land die Erweiterung und Vertiefung der EU nachhaltig unterstützt und begleitet. Dabei wollen wir unsere Erfahrungen als Zwei-Städte-Staat im Hinblick auf eine effiziente und bürgernahe Verwaltung konstruktiv einbringen. Bei der Weiterentwicklung der transeuropäischen Verkehrsnetze werden wir dafür sorgen, dass unser Land seine Schlüsselfunktion als Hafen- und Handelsstandort zwischen Nord- und Ostseeanrainern festigt und weiter ausbaut. Wir wollen dazu beitragen, dass die bremische Wirtschaft noch mehr als bisher die großen Chancen des gemeinsamen Binnenmarktes nutzen kann. Die Unternehmen in unserem Land sollen sich sowohl in einer erweiterten Europäischen Union als auch auf dem globalen Weltmarkt gut vorbereitet dem Wettbewerb stellen können, um so einen substantiellen Beitrag zur Schaffung und Sicherung neuer Arbeitsplätze in der Region zu leisten. Gleiches gilt für die Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen unseres Landes. Sie sollen auch in Zukunft mit unserer Unterstützung innerhalb der europäischen Forschungskoooperation eine zentrale Rolle einnehmen. Nur so wird es uns gelingen, Bremen und Bremerhaven als internationale und innovative Forschungsstandorte zu festigen.

Die SPD in Bremen und Bremerhaven steht uneingeschränkt zur Erweiterung der Europäischen Union (EU), wie auf dem Gipfel von Kopenhagen im Dezember 2002 beschlossen. Wir sehen in der Erweiterung die historische Chance, die europäische Teilung endgültig zu überwinden. Das wird aber nur gelingen, wenn wir alle Kräfte mobilisieren, jetzt auch die Vertiefung der europäischen Integration voranzutreiben.

Gleichzeitig gilt es, die Rolle der Regionen in der EU zu stärken. Die Regionalpolitik in Europa befindet sich bei veränderten Rahmenbedingungen in einem Prozess der strategischen Neuorientierung. Auch die regionale Strukturpolitik des Landes Bremen muss sich strategisch an folgenden Punkten orientieren:

- Die Prozesse der wirtschaftlichen Globalisierung sind untrennbar verknüpft mit der weiteren Entwicklung der Wissensgesellschaft;
- die Regionalentwicklung muss den Kriterien der Nachhaltigkeit entsprechen;
- der Europäische Binnenmarkt wird sich weiterentwickeln und die Europäische Union wird durch die Aufnahme weiterer Länder wachsen.

Wir setzen uns zudem dafür ein, dass unser Land auch in der erweiterten EU weiterhin finanzielle Förderungen sowohl aus den Strukturfonds als auch aus anderen europäischen Programmen erhält, um den bereits erfolgreich begonnenen Umstrukturierungsprozess unserer Wirtschaft weiter nachhaltig zu unterstützen.

Wir wollen Bremens Präsenz über die Vertretung der Freien Hansestadt Bremen bei der EU hinaus auch an anderen europäischen Schaltstellen stärken und so die europapolitische Kompetenz von Politik und Verwaltung im Land erhöhen. Zwischen den Verwaltungen in Brüssel und Bremen soll ein reger Austausch stattfinden, damit die hier wie dort gewonnenen Erfahrungen nutzbringend in die bremische Politik und Verwaltung eingebracht werden.

Gemeinsam mit den europäischen Sozialdemokraten wollen wir die EU reformieren, die Handlungsfelder der europäischen Institutionen kritisch überprüfen und die Entscheidungsstrukturen vereinfachen, um die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union auch für die Zukunft sicherzustellen. Deshalb begrüßen wir die Arbeit des Konvents zur Reform der Europäischen Union.

Wir treten ein für Subsidiarität, klare Kompetenzabgrenzungen und eine Stärkung der Rechte des Europäischen Parlaments. Die Aufnahme der EU-Grundrechtecharta in eine künftige europäische Verfassung ist für uns unabdingbar. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass die Rolle der Bundesländer im vereinten Europa gestärkt wird.

Die Europäisierung muss konsequent erfolgen. Das bedeutet, dass wir lernen müssen, in europäischen Dimensionen zu denken und zu handeln und uns dabei an internationalen Spitzenleistungen zu orientieren. Hierbei hat die interregionale Zusammenarbeit, wie beispielsweise im Rahmen der Neuen Hanse Interregio, eine tragende Rolle zu spielen.

Wir wollen die Menschen in unserem Land für Europa und den europäischen Gedanken gewinnen – und genau deshalb setzen wir uns für mehr Bürgernähe, Transparenz und Effizienz in der europäischen Politik ein. Wir wollen ein Europa des sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalts, ein Europa des ökologischen Gleichgewichts, der regionalen Vielfalt und der kulturellen Identität aller Bürgerinnen und Bürger.

Wir bekennen uns zu einem Europa des Friedens und der Demokratie, zu einem Europa, das die Menschenrechte achtet. Zudem wollen wir ein solidarisches Europa, das für Chancengleichheit steht und sich gegen soziale Ausgrenzung richtet. Für uns ist die Gleichstellung von Frauen und Männern auf dem gesamten Kontinent unabdingbar. Mit uns wird es ein Europa geben, das auch zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit besondere Anstrengungen unternimmt.

Die Zukunft unserer Kinder liegt in Europa. Deshalb wollen wir auch mit Nachdruck dafür sorgen, dass die europäische Dimension in Schule und Ausbildung fest verankert wird. Unsere Kinder werden europäisch denken und leben. Darauf müssen wir sie aber noch besser vorbereiten.

9.3. Bremen in der Nordwest-Region

Arbeiten, Wohnen und Freizeit enden nicht mehr an den Stadt- und Landesgrenzen. Die Berufspendler, die Umzüge zwischen den Oberzentren und ihren Nachbarstädten sowie Tourismus und Erholung finden immer stärker in der gesamten Region statt. Ebenso entwickelt sich die Wirtschaft: Unternehmen arbeiten im nordwestdeutschen Raum zusammen; Nordwestdeutschland muss sich zunehmend als Region im europäischen Standortwettbewerb positionieren.

Wir wollen deshalb Regionalkooperationen auf allen Ebenen fördern und, wo möglich, auf verbindliche Grundlagen stellen. Es geht darum,

- die enge Zusammenarbeit mit der niedersächsischen Landesregierung für die Belange des Nordwestens zu vertiefen;
- die Regionale Arbeitsgemeinschaft Bremen/Niedersachsen mit den Landkreisen, Gemeinden und kreisfreien Städte des Nordwestens zu intensivieren und mit zusätzlichen Kompetenzen zu versehen;
- in der Region Bremen und der Region Bremerhaven mit den angrenzenden und wirtschaftlich verflochtenen Städten und Gemeinden eine feste und praktische Zusammenarbeit zu finden;
- mit den niederländischen Nachbarprovinzen in Fragen der Infrastrukturpolitik eng zusammenzuarbeiten.

Wir brauchen und wollen diese Zusammenarbeit, um Schlüsselprojekte wie die gemeinsame Häfenpolitik zwischen Wilhelmshaven und Bremerhaven zum Erfolg zu bringen, die Forschungs- und Wissenschaftsstruktur weiter gemeinsam zu verbessern und den Verkehr auf der Schiene, dem Wasser und der Straße leistungsgerecht für Menschen und die wirtschaftlichen Aktivitäten zu organisieren. Denn auf diesen Feldern sind die Aufgaben ebenso wie die Politik heutzutage miteinander vernetzt. Keine Gemeinde kann hier noch alleine handeln.

Wir wollen die Region Bremen und die Region Bremerhaven auf der Basis der beiden eigenständigen Bundesländer Bremen und Niedersachsen entwickeln. Widersinnige kleinräumige Konkurrenz ist zu überwinden. Damit sollen Verwaltungsgrenzen und vielerlei Entwicklungsblockaden überwunden werden, um so einen weiteren Wachstumsimpuls zu setzen. Darüber hinaus sollen Aufgaben der öffentlichen Hand zusammengeführt und die öffentlichen Gesamtausgaben gesenkt werden. Als Perspektive setzen wir uns für die Entwicklung einer Regionalkörperschaft ein.

Das Projekt eines interkommunalen Raumstrukturkonzepts (INTRA) für die Region Bremen soll zügig beschlossen und damit erstmalig eine Grundlage für eine abgestimmte Verkehrs-, Siedlungs-,

Wirtschafts- und Freiraumentwicklung in der Region geschaffen werden. Auf dieser Grundlage wollen wir die Vertiefung der Zusammenarbeit zu verbindlichen Entscheidungsstrukturen in einem integrativen Regionalverband bündeln, dem die Entwicklungskompetenz für eine regionale Flächennutzungsplanung eingeräumt werden soll. Eine solche Regionalkörperschaft soll eine repräsentativ zusammengesetzte Verbandsversammlung aus Vertretern der Stadt- und Gemeinderäte sowie der Bremischen Bürgerschaft als höchstes Entscheidungsgremium erhalten.

Wir wollen außerdem:

- den ÖPNV grenzübergreifend durch die Regionalstadtbahn stärken;
- Entlastungen im Straßenverkehr u.a. am Bremer Kreuz durch eine neue Verbindungsstraße entlang der A 27 schaffen und zügig die B 212 neu als Anbindung der Wesermarsch an die A 281 realisieren;
- das gemeinsame Tourismuskonzept weiterentwickeln und zu einer besseren überregionalen Werbung für die Region kommen;
- Projekte wie die Kulturhauptstadt 2010 und die niedersächsische Landesgartenschau gemeinsam in die Region holen;
- durch einen regionalen Gewerbeflächenpool zu einer besseren Abstimmung in der Ansiedlungspolitik kommen;
- durch Vereinbarungen Kindergärten und Schulen gegenseitig für niedersächsische und bremische Kinder öffnen.

10. Anhang

10.1. Bremen-Nord-Plan 2003-2007

Ziele für die nächste Legislaturperiode

Das Hauptaugenmerk unserer Politik war bisher gerichtet auf die Sicherung und Schaffung neuer Arbeits- und Ausbildungsplätze. Dieses Ziel verfolgen wir auch weiterhin. Sie sind die fiskalische Grundlage und der Anreiz, damit Bürger in unsere Stadt kommen bzw. dort auch bleiben.

Daneben muss aber auch der Einsatz für die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger treten. Nur wer sich wohl fühlt, wird Bremen nicht den Rücken kehren. Insofern kommt dem Wohnumfeld eine große Bedeutung zu. Zielkonflikte lassen sich dabei nicht vermeiden. Wir setzen hier auf den Konsens und die Einsichtsfähigkeit, dass nicht immer alles gehen kann, was man sich wünscht.

Arbeitsplätze und Lebensqualität sichern die Unabhängigkeit unseres Gemeinwesens und schaffen Perspektiven für die Zukunft. Nicht immer werden wir kurzfristige Erfolge verzeichnen können – wir brauchen einen langen Atem und setzen auf Nachhaltigkeit anstatt kurzfristiger Effekte.

Rahmenbedingungen politischen Handelns vor Ort

Bremen ist ein Sanierungsland. Das hat auch für Bremen-Nord Konsequenzen. Wir werden nur noch kleine Schritte gehen können, um dem Ziel nach mehr Beschäftigung und Wohnqualität gerecht werden zu können. Um so wichtiger ist es, einen finanziellen Rahmen zu haben, der dauerhafte Entwicklung sichert. Wir setzen uns dafür ein, zumindest so viel Mittel für die Gestaltung Bremen-Nords zu haben, dass Planungen erfolgen und dann auch durchgeführt werden können.

Bewertung der Entwicklung der letzten vier Jahre

Einer der Höhepunkte der Entwicklung ist sicherlich die Ansiedlung der IUB in Bremen Grohn. Mit der internationalen Universität ist ein Schritt getan zur Veränderung unserer wissenschaftlichen, aber auch wirtschaftlichen und kulturellen Landschaft. Noch ist der Wandel zu einer mehr dienstleistungsorientierten Wirtschaft in Bremen-Nord lange nicht erreicht, aber die IUB und der anzudeckelnde Science Park werden hier einen entscheidenden Impuls geben.

Mit der Einweihung des Haven Höövts erwarten wir eine Steigerung der Attraktivität des Mittelzentrums Vegesack und erhoffen uns Anstöße für die weitere Entwicklung im Vegesacker Kernbereich. Der Versuch, nun auch auf dem Sedanplatz eine Entwicklung voranzutreiben, zeigt uns, dass Vegesack gestärkt wird. Vegesack wird seine Position im Einzelhandelsmarkt und als attraktiver Stadtteil zum Teil wieder herstellen und sicherlich erweitern. Deutlich ist: ohne privates Engagement kann nichts passieren. Politik kann hier nur Hilfestellung geben, nicht aber das Heft selbst in die Hand nehmen.

Mit der Einweihung des Blumenthal Centers, besser immer noch bekannt als das neue Gewerbegebiet am Müllerloch, sehen wir einen wichtigen Schritt, um das Nebenzentrum Blumenthal wirtschaftlich wieder aufzurüsten. Das kann aber nur der erste Schritt gewesen sein, um zu einer nachhaltigen Gesundung des Zentrums zu führen.

Der zunehmende Baulückenschluss hat Lesum und Burgdamm näher zusammengeführt. Die Einkaufsmeile Hindenburgstraße und Bremerhavener Heerstraße haben sich zu einem sehenswerten Ensemble vereinigt und bieten auch über die örtliche Kundschaft hinaus Anreize, bummeln zu gehen. Zukünftig ist eine fußläufige Querverbindung der beiden Einkaufsstraßen erforderlich.

Nicht zu verschweigen ist aber die nach wie vor zu hohe Arbeitslosigkeit in Bremen Nord. Sie wird sich nicht durch wirtschaftliches Wachstum allein beseitigen lassen. Deshalb sind eine öffentlich geförderte Beschäftigung und eine aktive Arbeitsmarktpolitik weiterhin notwendig, um den betroffenen Menschen neue Chancen der Orientierung und der beruflichen Wiedereingliederung zu geben. Damit auch Frauen der Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtert wird, werden wir die Berufstätigkeit von Müttern durch flexible Kinderbetreuungsangebote unterstützen.

Wirtschaftliche Entwicklung in Bremen Nord

Nach dem Untergang des Bremer Vulkan schien es zunächst, als würden in unserer Region die Lichter ausgehen. Das haben wir verhindert. Auf dem ehemaligen Vulkangelände sind derzeit wieder so viele Menschen beschäftigt wie zum Zeitpunkt der Schließung. Hierbei handelt es sich um eine Vielzahl kleinerer und mittlerer Unternehmen, von denen wir wissen, dass sie das Rückgrat unserer Wirtschaft bilden. Der Zukauf von Flächen der BWK berechtigt zu der Hoffnung, dass weitere Arbeitsplätze entstehen. Wir werden die Erfolgsgeschichte der Nachvulkanzeit in diesem Bereich fortsetzen ohne das ehemalige Vulkangelände selbst zu vernachlässigen.

Das bereits angekaufte Areal der BWK in Blumenthal muss mit dem städtebaulichen Ziel entwickelt werden, zum einen die bereits bestehende erhaltenswerte Bausubstanz instand zu setzen und ein sich entwickelndes Gewerbegebiet für Neuansiedlungen zur Verfügung zu stellen. Wir wollen versuchen, den baulich erhaltenswerten Altbestand zusammen mit privaten Investoren städtebaulich zu entwickeln. Wir stellen uns hier eine Art Kulturzentrum mit überregionaler Ausstrahlung vor.

Die Umgestaltung der Landrat-Christians-Strasse zu einer Einkaufsstraße ist sofort umzusetzen. Wir werden den Stadtteil Blumenthal vom Blumenthal Center aus neu in Richtung Blumenthaler Bahnhof entwickeln, den wir als zukünftigen Verkehrsknotenpunkt begreifen.

Mit dem Bremer Industriepark verfügen wir über ein mittlerweile gut erreichbares und bereitstehendes Gewerbegebiet. Wir fordern die bessere Vermarktung dieses Gebietes. Auf die Weiterentwicklung des Bremer Industrieparks werden wir nicht verzichten.

Im Gewerbegebiet Steindamm werden nach Fertigstellung der Eisenbahnbrücke eine Weiterentwicklung der Gewerbeflächen sowie die Neustrukturierung eine große Rolle spielen. Hierbei sind Flächen für zukünftige Nutzer durch das Land Bremen anzukaufen und zu entwickeln. Gleichzeitig ist das Gewerbegebiet neu zu ordnen mit dem Ziel, eine hochwertige Adresse für kleine und mittlere Unternehmen bereitzustellen.

Wir setzen uns für die Aufwertung des Gebietes um den Sedanplatz ein. Die vorgestellte Idee einer Markthalle wie in Hannover oder Barcelona begrüßen wir ausdrücklich. Es wird Aufgabe der Stadtgemeinde sein, dieses Projekt z.B. durch eine Platzneupflasterung und ein bis zum Haven Hööv't reichendes Licht-Raum-Konzept nicht nur ideell zu begleiten.

Das Bürgerhaus ist zusammen mit der dort beheimateten Volkshochschule in diesem Bereich als kultureller Träger ein wichtiger Eckpfeiler für die Nutzung, auch über die Öffnungszeiten von Verwaltungen und Einzelhandelsgeschäften hinaus, der ein pulsierendes Leben gewährleisten kann. Es ist notwendig, endlich den Erweiterungsbau des Bürgerhauses zum Sedanplatz anzugehen und so eine Öffnung des Hauses wie auch eine Aufwertung des Platzes zu betreiben.

Der Science-Park ist unverzichtbar. Er ist der Motor, der den notwendigen Strukturwandel bringen wird. Der Science-Park soll in unmittelbarer Nachbarschaft zur IUB errichtet werden und für die Ansiedlung innovativer Unternehmen bereit stehen.

Nach der Auflösung der Wilhelm-Kaisen-Kaserne treten die Sozialdemokraten für eine Wandlung in ein Gewerbegebiet ein; dieses Areal kann für Erweiterungen der Anstalten Friedehorst sowie für Dienstleistungsbetriebe im Umfeld der Anstalt herangezogen werden. Eine Ansiedlung von Unternehmen des Gesundheitssektors ist sinnvoll. Eine Ausweitung der Unterbringung von Asylbewerbern an diesem Standort lehnen wir ab.

Ein wichtiger Dienstleistungsbetrieb ist das Zentralkrankenhaus Bremen-Nord in Blumenthal (einer der größten Arbeitgeber in HB-Nord). In der Umgebung können für Reha-Maßnahmen weitere Dienstleistungsbetriebe angesiedelt werden. Hierbei ist auch der weitere Ausbau des Burgwallstadions zu einem behindertengerechten Stadion weiterhin zu fördern. Konzepte zur Erweiterung des Freibades Blumenthal zum Reha-Bad mit angeschlossenen Hotelbetrieb sind dabei sicherlich eine Überlegung für die fernere Zukunft.

Ziel unserer zukunftsorientierten Stadtentwicklungspolitik ist es, den Flächenverbrauch auch unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten zu betrachten. Bei der Ausweisung von Gewerbeflächen hat für uns die Revitalisierung Vorrang vor der Schaffung neuer Gewerbeflächen. Allerdings können wir auf neue Gewerbegebiete auch nicht verzichten, wenn wir die Lebensfähigkeit unserer Region erhalten wollen.

Stadtentwicklung

Wir haben in vielen Stadtteilen bereits heute eine stagnierende oder rückläufige Bevölkerungsentwicklung. Dem wollen wir u.a. mit der Neubürgeragentur entgegenwirken, die für einen Zuzug nach Bremen sorgen soll. Trotzdem wird langfristig mit einem Bevölkerungsrückgang und einer zunehmenden Alterung der vorhandenen Bevölkerung gerechnet werden müssen.

Das bedeutet, dass in vielen Stadtteilen mehr Wohnungen als Menschen (Haushalte) vorhanden sein werden, während daneben in anderen Stadtteilen mittel- und langfristig weiterer Wohnraumbedarf besteht. Gleichzeitig verzeichnen wir einen Wandel im Wohnanspruch. Immer weniger Menschen werden immer mehr Wohnraum beanspruchen. Dem müssen wir Rechnung tragen.

Für die Region resultieren daraus neue Aufgaben in der Stadtentwicklung. Wir wollen diese Aufgabe rechtzeitig, d. h. heute, in Angriff nehmen. Wir schaffen damit zugleich die Voraussetzung dafür, die Standortqualität für die Ansiedlungsentscheidung von Unternehmen und Bürgerinnen und Bürgern zu verbessern.

Die zunehmende Mobilität im Berufsleben fordert heute sichere Rückzugsmöglichkeiten der Bevölkerung. Einen Ort, an dem man sich auskennt und zu Hause fühlen kann. Die Wohnung, das Wohnumfeld und die Urbanität der Stadtteile müssen diese neuen Ansprüche der Menschen befriedigen.

Burglesum, Vegesack und Blumenthal – oder: Region Bremen-Nord?

Wir Sozialdemokraten in Bremen-Nord wollen die alte Trennung zwischen Stadtteilen auch in den Köpfen überwinden. Es nützt niemandem, wenn es in einem Stadtteil schlecht läuft und in einem anderen vielleicht besser. Wir setzen uns für die Region Bremen-Nord ein und erkennen, dass es nicht nur um das stadtbremische Gebiet geht, sondern auch um die niedersächsischen Nachbargemeinden. Insgesamt hat Bremen-Nord ca. 105000 Einwohner; der Einzugsbereich erstreckt sich aber auf 170000 Menschen. Ihnen gilt unsere Verantwortung. Daher werden wir in Zukunft unsere Kontakte zu unseren Nachbarn intensivieren, um gemeinsam für unsere Region Unterweser mehr zu erreichen.

Wir wollen eine Entwicklung für die Region. Deshalb können auch nur alle Mittel recht sein, um das Mittelzentrum Vegesack zu stärken und gleichzeitig die Nebenzentren Blumenthal und Burglesum weiterzuentwickeln. Wir wollen für alle Bereiche unserer Region eine Besserstellung und keine unnötige Konkurrenz. Nur in gemeinsamer Anstrengung wird es uns gelingen, die Lebensqualität und Wirtschaftskraft unserer Region zu erhalten und auszubauen.

Wir setzen uns für die Stärkung des Mittelzentrums Vegesack ebenso ein wie für die Stärkung der Nebenzentren. Wenn es in Vegesack erforderlich ist, das private Investment städtebaulich zu begleiten, so werden wir dies ebenso tun wie die Fortentwicklung Blumenthals zu einer an der Landrat-Christians-Straße ausgerichteten Entwicklung oder der Erstellung eines Parkdecks im Ortskern von Burglesum, um auch dort die Einkaufsmöglichkeiten zu fördern.

Wir begreifen uns als Verantwortliche für die Region, nicht für einzelne Stadtteile allein.

Wohnungsbau

Während in der Vergangenheit die Wohnraumversorgung und der Wohnungsneubau, also der quantitative Aspekt die Wohnungspolitik geprägt hat, so geht es heute mehr um die qualitativen Aufgaben der Wohnungs- und Städtebaupolitik.

Naturräume in der urbanen Umgebung der Großstadt sorgen hierbei für eine attraktive Wohnlandschaft.

Eine intensive Wohnumfeldverbesserung muss in den Wohngebieten durch Entsiegelung und Anpassung des Wohnungsbestandes durchgeführt werden. Das Zusammenspiel verschiedener Programme wie z. B. das Programm Wohnen in Nachbarschaft (WiN) und „Soziale Stadt“ werden wir absichern und, wenn erforderlich, mit arbeitsmarktpolitischen Beschäftigungsmaßnahmen flankieren, die – verbunden mit dem Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit der von Arbeitslosigkeit Betroffenen – positive Ansätze für die Weiterentwicklung der Wohngebiete in besonderen Brennpunkten mit hoher Arbeitslosigkeit aufweisen.

Die Wohnungsbestände der genossenschaftlichen Wohnungsgesellschaften müssen den qualitativen Ansprüchen der Zukunft angepasst werden. Hierfür sind nicht nur fördernde Mittel bereit zu stellen, auch eine frühzeitige Einbindung der Anwohner in den betroffenen Ortsteilen ist notwendig.

Diese beginnenden Maßnahmen im Bereich Lüssum (Gewoba-Wohnanlage) sind zu unterstützen. Für uns ist es sinnvoll, auch eine Wohnlandschaftsarchitektur zu entwickeln, aber dies kann nur im Zusammenspiel zwischen den privaten Bauträgern und der Stadt entstehen

Eine verstärkte Inanspruchnahme von Baulücken und der sogenannten hinteren Bebauung trägt zu einer besseren sozialen Struktur in der Region bei. Für diese Maßnahme fordern wir Sozialdemokraten die Wiederaufnahme und Fortschreibung des Baulückenkatasters. Mit der Maßnahme kann einem erhöhten Flächenverbrauch in den Ortsteilen entgegengewirkt werden.

Ein besonderes Augenmerk wollen wir auf Grohn richten. Dem Ortsteil kommt in der Verbindung zwischen dem Mittelzentrum Vegesack und der internationalen Universität eine besondere Bedeutung zu. Die neuen Strukturen im Ortsteil Grohn fordern eine Neuausrichtung und Sanierung des Ortsteils. Hierbei müssen vielfältige Veränderungen in den nächsten Jahren durchgeführt werden. Es gilt, die Aufenthaltsqualität genauso sicherzustellen bzw. wieder herzustellen wie die wirtschaftliche Entwicklung im Rahmen des Science Parks zu gewährleisten. Wir stellen uns die Einrichtung eines förmlichen Sanierungsgebietes vor, werden aber auch anderen Lösungen zustimmen, die die Aufwertung des Stadtteils für die Bevölkerung unter Gewährleistung ihrer Einbeziehung (z.B. in Form eines Sanierungsbeirats) bewirken.

Verkehrspolitik

Oftmals stehen sich motorisierter Individualverkehr und öffentlicher Personennahverkehr als scheinbar unversöhnliche Gegensätze einander gegenüber. Dass dem nicht so ist, dass es anders gehen kann, haben wir mit dem Bahnhof Burg bewiesen. Das Parkangebot und der Umstieg auf den ÖPNV wurden durch die Neugestaltung des Bahnhofs möglich.

Wir setzen auf ein sinnvolles Nebeneinander der verschiedenen Verkehrsträger in der Region. Einerseits müssen vor allem Wirtschaftsverkehre, aber auch Individualverkehre so möglich sein, dass sie Wohngebiete nicht belasten, andererseits muss die Attraktivität in jeder Hinsicht für den öffentlichen Personennahverkehr, auch in seiner schienengebundenen Form, erhöht werden.

Die Zukunft Bremen-Nords ist stark mit einer verkehrstechnischen Erreichbarkeit verbunden. Dies gilt für die privaten als auch für die gewerblichen Verkehre. Da Bremen-Nord über zwei Autobahnen zentral erschlossen ist, muss ein Verkehrsleitsystem der kurzen Wege installiert werden.

Um den Wirtschaftsstandort zu stärken, wollen wir den Weiterbau der B 74 vorantreiben. Sollte die Zusage des Bundes für eine Finanzierung noch nicht vorliegen, setzen wir uns für eine Bremische Zwischenfinanzierung ein.

Um einen 15-Minuten Takt auf der Strecke Vegesack-Bremen dauerhaft sichern zu können, setzen wir uns für den Bau des sogenannten dritten Gleises zwischen Bremen Oslebshausen und Bremen Burg ein. Der Bau dieses Gleises ist zugleich wegen der zunehmenden Containerverkehre aus Bremerhaven für unser Land unabweisbar.

Für die Bevölkerung nördlich von Vegesack ist das Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln zwar derzeit ausreichend, muss aber erheblich verbessert werden. Derzeit wird eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für die Farge-Vegesacker-Eisenbahn vorgenommen. Sollte dieses Gutachten die Wirtschaftlichkeit feststellen, woran wir keinen Zweifel haben, muss die Wiederaufnahme der Strecke erfolgen. In einem ersten Zwischenschritt können wir uns die Aufnahme des Verkehrs zumindest bis zum Bahnhof Blumenthal vorstellen. Eine Umgestaltung der bestehenden Umsteigebeziehungen zwischen Bahn und Bus ist dann erforderlich. Der Bau eines Parkhauses zu gleichen Konditionen wie in Bremen-Burg ist zwingend notwendig.

Der Vegesacker Bahnhof ist umzugestalten. Im Zusammenhang mit der Wiederaufnahme des Verkehrs auf der Strecke der Farge-Vegesacker-Eisenbahn und unter Einbeziehung der Vorstellungen im Rahmen des Baus des Haven Höövts, ist der Bahnhof Vegesack für Bus und Bahn den neuen Erfordernissen anzupassen. Dabei kann ggf. auf Bahnflächen verzichtet werden, die einer gewerblichen Nutzung zuführbar sind.

Die Bahnhöfe in Lesum und St. Magnus sind zu erneuern.

An unserer Forderung eines einheitlichen Tarifs für die Stadtgemeinde Bremen im Bereich des VBN unter Einschluss des Schienenverkehrs halten wir fest.

Die SPD steht dafür ein, den Ausbau vorhandener, noch nicht fertig gestellter Wohnstraßen voranzubringen. Der Zustand vieler Straßen verlangt nach einer gründlichen Sanierung. Ständige Ausbesserungen sind nicht angemessen. Funktionsfähige Straßen sind ein wichtiger Eckpunkt zur Wohnumfeldverbesserung sowie für eine bessere Akzeptanz bestehender Wohngebiete als Ansiedlungsort. Bei noch nicht stadtstraßenmäßig ausgebauten Straßen kann es dabei zu Kosten für die Anlieger kommen. Das wollen wir nicht verschweigen. Es sollen jedoch kostengünstige Lösungen Vorrang haben, die trotzdem die Verkehrssicherheit gewährleisten.

Wir halten an einer Optionsfläche für eine dritte Lesumquerung fest. Nach Abschluss des sechsstreifigen Ausbaus der A 27 werden wir die verkehrlichen, finanziellen, städtebaulichen und ökologischen Aspekte eines solchen Baus neu bewerten.

Die Brücke Hindenburgstraße ist ebenso wie die Burger Brücke zu ersetzen. Dabei soll die Burger Brücke ihr Profil als Rundbogenbrücke in der jetzigen Lage behalten.

Freizeit und Tourismus

Unsere Stadtteile sind nicht allein aus sich heraus lebensfähig. Wir wollen das touristische Angebot stärken und setzen dabei auf die Stadt am Fluss, die in keinem anderen Teil Bremens so erlebbar ist wie bei uns. Wir verfügen über die Moorlose Kirche mit dem Werderland, dem Lesumer/St. Magnuser Geestrücken, dem Schönebecker Sand, der Maritimen Meile, der Gläsernen Werft, dem zu schließenden Wanderweg zwischen Burg und Farge und dem Bunker in Farge. Daneben haben wir als kulturelle Besonderheiten das Schloss Schönebeck und das Haus Blomendal. Diese landschaftlich oder kulturell reizvollen Bereiche unserer Region gilt es in eine überregionale Vermarktung einzubringen. Hinzu kommt der Yachthafen in Grohn und die maritime Tradition in Vegesack, die aufzuwerten sind.

Die Eckpunkte der überregionalen Tourismusattraktionen müssen in einer Gesamtdarstellung für Bremen-Nord im Kontext mit der Bremer Tourismusförderung eingebracht und umgesetzt werden. Hierbei sind auch touristische Umsetzungen der verschiedenen Verbände und Zusammenschlüsse wie z.B. Weserbund, Bremen Initiative usw. zu berücksichtigen. Eine in anderen Teilen der Stadt übliche finanzielle Unterstützung steht auch Bremen Nord zu.

Wir fordern einen Tourismusbeauftragten für unsere Region. In Verbindung mit den Ausflugsreedereien, der Hafenmeisterei, der DB und anderen Institutionen könnte eine räumliche Verknüpfung im Bereich des Pegelhauses im Stadtgarten eingerichtet werden.

Wir sprechen uns dafür aus, das Gebiet des Werderlandes in ein Freizeit- und Naherholungsgebiet überzuleiten und können uns vorstellen, nicht nur eine Anbindung der Moorlosen Kirche, sondern auch eine Weserquerung zum Ochtumsperrwerk in den Sommermonaten zu ermöglichen.

Der Schönebecker Sand in dem Naturschutzgebiet Werderland kann für sommerliche Außenausstellungen im Bereich des ehemaligen Vereinsgebäudes zu verschiedenen regionalen Themen aktiviert werden. Dass hierbei die moderate Erschließung und der Schutz der Natur und Landschaft im Zielkonflikt stehen, kann durch zuvor abgestimmte Konzepte gelöst werden. Zwischen dem Haven Hööv't und dem Schönebecker Sand ist eine Verbindung herzustellen.

Zur Aufwertung der touristisch erschlossenen oder zu erschließenden Gebiete gehört auch eine einheitliche Möblierung, durch die Freizeiteinrichtungen attraktiv gestaltet und beworben werden.

Bildung

Die PISA-Studien haben gezeigt, dass es mit der Bildung im Lande Bremen nicht zum Besten steht. Vielfältige Veränderungen sind notwendig. Dabei darf die gewachsene, vielgestaltige und dem Bedarf entsprechende Schulstruktur nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden. Dort, wo Veränderungen notwendig sind, wollen wir dies im Verbund mit Lehrern, Eltern, Schülern u. den senatorischen Dienststellen erreichen.

Als eine wesentliche Konsequenz aus den PISA-Studien sehen wir die Notwendigkeit, häufige Schul- und Lerngruppenwechsel zu vermeiden. Daher setzen wir uns für die sechsjährige Basischule ein, die nur in enger Kooperation und Abstimmung mit den Schulen des Sekundarbereichs I erfolgreich arbeiten kann. Auf die jetzige Orientierungsstufe verzichten wir. Wir stellen uns vor, insbesondere den Lehrereinsatz schulübergreifend zu organisieren.

Bildung beginnt für uns aber nicht erst in der Schule. Die enge Zusammenarbeit von Hort, Kindergarten und Basisschulen muss zum Garanten einer qualifizierten Ausbildung unserer Kinder werden. Auch auf eine enge Vernetzung mit den Einrichtungen freier Träger und der Kirchen wollen wir nicht verzichten.

Neben der Vermittlung der Sozialkompetenzen wird die Basisschule ihren Schwerpunkt auf den Erwerb von Schlüsselqualifikationen setzen müssen. Der Förderung der Lese- und Sprachfähigkeit kommt besondere Bedeutung zu. Ziel der Basisschule ist es, jedes Kind gemäß seiner Möglichkeiten zu seinen individuellen Höchstleistungen zu führen. `Fördern und fordern´ ist der Grundansatz einer so verstandenen Pädagogik. Dabei dürfen die Kinder mit sonderpädagogischem Bedarf nicht hinunterfallen. Vielmehr muss es zur Selbstverständlichkeit werden, dass solche Kinder bis zum Ende der Sekundarstufe I zusammen mit anderen Kindern beschult werden. Die beiden Spezialsonderschulen für Kinder mit extremem sonderpädagogischem Förderbedarf in den Schulen `Am Wasser´ und `Louis-Segelken-Straße´ werden wir absichern und weiterentwickeln.

Wir halten das Zusammenführen von Kindern unterschiedlicher Lernleistungen für notwendig, um auch den sozialen Zusammenhalt zu fördern. Das gilt ebenso für die Sekundarstufe I. Bestrebungen, die gymnasialen Züge aus einigen Schulen des Sekundarbereichs I herauszunehmen, lehnen wir ab. Wir setzen uns dafür ein, dass sowohl die Schule Helsinkistraße als auch die Schule Sandwehen zu integrierten Stadteilschulen werden. Gleichzeitig sollen hier offene Ganztagsangebote möglich sein. Unser Ziel bleibt die geschlossene Ganztagschule, also eine Schule, an der Unterricht über den ganzen Tag verteilt stattfindet. Das gilt für alle Schulen des Sekundarbereichs I in der mittelfristigen Perspektive.

In der derzeitigen Diskussion spielt die Jahrgangsbreite, also die Anzahl der Schülerinnen und Schüler pro Jahrgang, für den Fortbestand der Schulen des Sekundarbereichs II eine wesentliche Rolle. Dem halten wir entgegen, dass schulische Versorgung auch vor Ort geleistet werden können muss. Das kann leider nicht für alle Ausbildungsgänge gelten.

Wir wollen für unsere Region ein qualifiziertes Angebot vorhalten. Schon jetzt zeichnen sich Schulen durch ihre Profilbildung aus. Das unterstützen wir. Uns erscheint es sinnvoll, die `Eggesteder Straße´ in Verbindung mit dem berufsbildenden Schulzweig zu einem beruflichen Gymnasium auszubauen. Auch für den Bereich Burglesum können wir uns Lösungen in Form beruflicher Gymnasien vorstellen.

Wer Erziehung betreibt, weiß, dass nur erziehen kann, wer selbst ständig lernt und das Gelernte anwendet. Deshalb sind Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für das pädagogische Personal ebenso wichtig wie das Angebot an die Eltern, sich in Seminaren mit der Erziehung und dem Schulsystem auseinander zu setzen. Alle müssen fit sein, damit unsere Kinder erfolgreich lernen können.

Kultur

Als Region im Strukturwandel braucht Bremen-Nord ein zeitgemäßes und weitgefächertes Kulturangebot, um seiner Rolle als attraktiver Standort gerecht zu werden. Dabei gilt es, die knappen Mittel möglichst effizient einzusetzen, um breite Teile der Bevölkerung zu erreichen.

Koordination ist notwendig, darf aber die Initiative des Einzelnen nicht hemmen. Wir erwarten, dass Kulturforum und Kulturverbund kulturelle Angebote für die Region entwickeln. Der oft lautstark ausgetragene Streit zwischen den beiden Kulturträgern hilft uns in der Region nicht. Wir appellieren an die Verantwortlichen, sich ihrer originären Aufgaben zu besinnen und den unsinnigen Streit beizulegen. Nur so kann der Kulturbereich in Bremen Nord langfristig qualitativ hochwertig sichergestellt werden.

Dem Gustav-Heinemann-Bürgerhaus kommt eine bedeutende Rolle zu. Als eine der herausragenden Kultur-, Bildungs- und Sozialeinrichtungen mit einer guten, wenn auch modernisierungsbedürftigen Infrastruktur ist es Ankerpunkt für viele Kulturinitiativen in ganz Bremen-Nord. Im Rahmen der Neugestaltung des Sedanplatzes setzen wir uns für eine Erweiterung des Bürgerhauses zum Sedanplatz hin ein. Zugleich halten wir eine Überprüfung der bisherigen Konzeption für erforderlich.

Weitere wichtige Träger der kulturellen Arbeit in Bremen-Nord sind u.a. der Kulturbahnhof, das Kito, das Dokumentationszentrum Blumenthal, das Haus Blomendal, die Kulturinitiative Lesum und das Studiohaus Grambke. Diese Zentren sind die Grundausrüstung für die Kultur vor Ort. Mit Interesse verfolgen wir das sich entwickelnde Kulturangebot der `International University Bremen´ und setzen auf ihren Beitrag zur kulturellen Entwicklung unserer Region.

Neben der hauptberuflichen Mitarbeit stützt sich das Kulturangebot Bremen-Nords auf das Engagement der Ehrenamtlichen, das es entsprechend zu würdigen gilt. Ein Schritt in diese Richtung ist die Einrichtung einer Regionalförderung Nord, die für Projekte der Nordbremer Region zuständig ist.

Wir brauchen ein attraktives Bibliothekenkonzept, das Neue Medien und Internetrecherchen beinhaltet, aber auch die Grundversorgung der Bevölkerung mit einem ansprechenden Leseangebot nicht vernachlässigt. Die Standorte Lesum und Vegesack konnten wir sichern. Blumenthal konnte

mit großem ehrenamtlichen Engagement ein Bibliotheksangebot aufrechterhalten. Es gilt, diesen Verein und die Schulbibliotheken u.a. durch eine bessere Kooperation mit der Stadtbibliothek Bremen zu stärken.

Die Volkshochschule Bremen-Nord ist autonom und entscheidet eigenverantwortlich über Programmstruktur und Mitteleinsatz in Absprache mit anderen Anbietern. Uns erscheint es aber sinnvoll, zu einer gewissen Konzentration des Angebots an einem Standort zu kommen. Hierüber sind intensive Gespräche zu führen

Die Autonomie der VHS wünschen wir auch für die Musikschule in Bremen-Nord, da im Musikbereich das Engagement der Bremen-Norder besonders groß und vielseitig ist (Kirchenchöre, Jugendorchester, Shantychöre, der Musicalchor). Um die Einbeziehung Bremen-Nords an das jährliche Musikfest Bremen zu verbessern, erwarten wir die Unterstützung der Einrichtungen durch die senatorische Behörde.

Das Stadttheater und die anderen Amateurtheater zeigen, dass Bremen-Nord auch auf diesem Gebiet aktiv ist - und das ist gut so.

Wir freuen uns über die Renovierung des Schlosses Schönebeck und wollen die Sammlung der Overbeck-Stiftung in Bremen-Nord behalten. Wir setzen uns ein für eine Nutzung unserer kulturhistorischen Denkmale. Dazu gehören das Schulschiff Deutschland, der Blumenthaler Wasserturm sowie der Farger Bunker als nationale Gedenkstätte. Für die Errichtung einer nationalen Gedenkstätte am Farger Bunker wollen wir die seitens Bremens erforderlichen Mittel bereitstellen. Als einen ersten Schritt unterstützen wir die Anlegung eines Geschichtslehrpfades.

Sport tut Bremen-Nord gut

Sport dient nicht nur der gesundheitlichen Ertüchtigung. Vereins- und Schulsport tragen einen wesentlichen Teil zur Erziehung unserer Jugend zu Fairness und demokratischer Grundhaltung bei. Gleichzeitig ist der Vereinssport heute ein nicht zu vernachlässigender Wirtschaftsfaktor, wie der Grohner Yachthafen beweist.

Unser Dank gilt den vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern für ihren Einsatz. Ohne sie könnte unser Gemeinwesen nicht funktionieren.

Doch der Sport lebt auch von der Attraktivität der Sportanlagen. Sie sind in einen Zustand zu versetzen, der einerseits Anziehungskraft auf Sportinteressierte ausübt und andererseits es den Sportvereinen ermöglicht, ihre Arbeit möglichst konfliktfrei und kostengünstig zu gestalten. Insofern ist eine Sanierung vieler Sportstätten notwendig.

Für die nächste Legislaturperiode wollen wir den Sportpark Grambke Wirklichkeit werden lassen. Neben Sportanlagen sind hier auch Hallenbauten erforderlich. Der Baubeginn des ersten Platzes und der dazugehörigen Umkleieräume muss 2003/2004 abgeschlossen sein. Darüber hinaus muss damit begonnen werden, die internationale Ruder- und Regattastrecke zu schaffen, um dem Rudersport Perspektiven zu geben und den Naherholungsraum zu stärken. Wir werden uns dafür einsetzen, dass für diese neue Regattastrecke geworben wird, um dem Sportpark Grambke auch überregional zu Ansehen zu verhelfen.

Bei der Planung eines neuen Leichtathletikstadions als Ersatz für die im Weserstadion verlorengangenen Sportmöglichkeiten ist der Sportpark Grambke als bevorzugter Standort einzubeziehen.

Nach wie vor halten wir den Bau eines überregionalen Veranstaltungszentrums an zentraler Stelle mit mindestens 3000 Sitzplätzen für erforderlich.

Die Sportanlage am Bockhorner Weg ist zu erweitern.

Das Sportbad Bremen-Nord ist für den Schwimmsport unverzichtbar. Wir werden das Sportbad erhalten und weiterhin für Schulen und die Öffentlichkeit offen halten. Notwendige staatliche Zuschüsse an den betreibenden Verein sind zu leisten.

Das Fritz-Piaskowski-Bad wird nach dem Bäderkonzept einer Grundsanierung unterzogen. Das halten wir für richtig. Obwohl wir auf das Heidbergbad in öffentlicher Trägerschaft verzichten müssen, wollen wir die Bademöglichkeiten in Bremen-Nord nicht eingeschränkt sehen. Der Sandentnahmesee in Grambke muss den Ausgleich für das Heidbergbad bieten.

Das Sporthallenangebot für den Vereinssport ist sicherzustellen und um die Anlagen in der Wilhelm-Kaisen-Kaserne zu erweitern.

Eine Inanspruchnahme des Oeversbergs für die Errichtung des Science Parks kann nur in Betracht kommen, wenn für die betroffenen Sportvereine in Grohn angemessene Ersatzflächen zur Verfügung stehen.

Für die Vereine ist es unumgänglich, dass Schwimmzeiten zu erträglichen Preisen möglich bleiben. Diese Forderung wollen wir unterstützen. Ähnliches gilt für die Nutzungsbedingungen der Sportvereine in Schulsporthallen. Das Betreiben von Sport im Rahmen von Vereinen muss dem Staat auch etwas wert sein.

Gesundheit

Gesunde Lebensverhältnisse für alle Menschen in Bremen-Nord sicherzustellen, ist eine der vorrangigsten Zukunftsaufgaben. Gesundheit ist dort zu sichern, wo sie gefährdet ist: in der Umwelt, am Arbeitsplatz und in der Ernährung.

Wir wollen die Präventions- und Gesundheitsförderung auch in Kindergärten und Schulen voranbringen. Gesunde Ernährung und mehr körperliche Bewegung müssen zum Standard unserer Kindergärten und Schulen werden.

Überall dort, wo in unseren Einrichtungen und Gebäuden Asbest, PCB oder andere Schadstoffe vermutet und festgestellt werden, werden wir auch künftig konsequent sanieren.

Der öffentliche Gesundheitsdienst ist zu erhalten. Er leistet einen wesentlichen Anteil an Eingangs- und Früherkennungsuntersuchungen in Schulen und Kindergärten.

Das ZKH Nord sorgt weit in das niedersächsische Umland hinein für eine hochqualifizierte Krankenhausversorgung. Eine Privatisierung des Zentralkrankenhauses Bremen-Nord lehnen wir ab. Die Finanzierung von notwendigen Krankenhausinvestitionen ist für die Zukunft des ZKH von entscheidender Bedeutung. Qualitätssicherung ist eine zentrale Aufgabe des Hauses. Ein umfangreiches Qualitätsmanagement muss weiterentwickelt werden.

Ebenso müssen die Standards in der Pflege in Einrichtungen für alte Menschen und Behinderte in verstärkter Zusammenarbeit mit den Pflegekassen, der Heimaufsicht und dem Gesundheitsamt weiter gesichert und verbessert werden.

Wir sorgen dafür, dass beim ZKH Bremen-Nord die notwendigen Investitionsmittel für den Neubau der Intensivstation und die OP-Sanierung bereitgestellt werden. Auch die Finanzierung des Gesundheitszentrums für die Versorgung der psychiatrischen Patienten im Rahmen der Regionalisierung der Psychiatrie garantieren wir.

Die Zusammenarbeit mit niedergelassenen Ärzten und dem ZKH mit dem neu erstellten Praxisgebäude weist den richtigen Weg. Auch die gemeinsam mit der Kassenärztlichen Vereinigung eingerichtete Notfallambulanz beim ZKH stärkt den Gesundheitsstandard in Bremen-Nord. Wir werden dafür sorgen, dass die Wettbewerbsfähigkeit unseres Krankenhauses gesichert ist.

Soziales

Kinder und Jugendliche sind unsere Zukunft. Wir müssen und werden in sie investieren. Ebenso wie im Bereich Schule werden wir auch im Sozialressort deutliche Zeichen setzen. Wir setzen uns für eine Verzahnung von Kindertagesheim (KTH) und Schule ein, um Kindern so den Übergang in die Schule zu erleichtern und ihnen bessere Chancen zu geben.

Kinder mit Sprachverzögerungen oder mangelnden Sprachkenntnissen werden wir bereits im Kindergarten fördern und die dafür notwendigen Mittel zur Verfügung stellen.

Gruppen mit 20 Kindern möchten wir – zunächst stundenweise – durch eine pädagogische Zweitkraft stärken. Langfristig planen wir für das letzte Kindergarten-Besuchsjahr eine Beitragsfreiheit.

Kinder brauchen wohnortnahe Spielflächen. Das in der Diskussion befindliche Konzept werden wir mit Nachdruck umsetzen. Wir setzen uns ein für den Erhalt von Spielplätzen und Spielflächen, die von Kindern und Jugendlichen gut angenommen werden. So konnte z. B die Spielfläche „Freier Damm“ in Vegesack durch unser Engagement ebenso erhalten werden wie die zur Disposition stehenden Spielhäuser Lüssum und Pürschweg in Blumenthal.

Die Erziehung von Kindern ist eine verantwortungsvolle, zunehmend schwieriger werdende Aufgabe. Immer wieder stehen Eltern ratlos davor. Diese Eltern werden wir nicht allein lassen. Ein gut funktionierendes Netz an Beratungsmöglichkeiten soll hier Hilfe bieten. Erziehungsgutscheine mögen zögernden Eltern einen Anreiz bieten, ihre Erziehungskompetenzen durch die Fachleute in den Beratungsstellen zu erweitern.

Es ist gelungen, für Bremen Nord drei Sozialzentren zu installieren. Der Gedanke der Bürgernähe und eines möglichst großen Angebotes liegt hier zugrunde. Das Konzept zeigt erste Erfolge und wird von uns weiterentwickelt werden.

Bürgersolidarität und Selbsthilfe haben in Bremen eine lange Tradition. Die Eigenverantwortlichkeit und die aktive Teilhabe von Bürgern werden wir fördern und unterstützen. Hierzu werden wir das Selbstorganisationspotenzial der bestehenden Netzwerke nutzen und den Aufbau neuer konstruktiv begleiten.

Durch gemeinsame Kraftanstrengung ist es uns gelungen, das Lidice Haus zu erhalten und das Präventionszentrum dort anzusiedeln. Um das Gesamtkonzept für Bremen-Nord zu sichern, gilt es nun, auch den Kontakta-Bus dort anzubinden. Dafür setzen wir uns ein.

Die SPD Bremen-Nord unterstützt die vorbildliche Arbeit der Mitarbeiter im Bereich MarBel, Grohn und Lüssum für das Programm `Wohnen in Nachbarschaften´ (WiN). Dieses Ergebnis ist weiterzuführen und auszubauen. In weiteren Gebieten sind WiN-Programme ausgewiesen. Es gibt inzwischen Straßen, die an die oben genannten Gebiete angrenzen und die gleiche Förderung benötigen. Die SPD möchte erreichen, dass jeweils aktuell und flexibel Probleme aufgegriffen und einer guten Nachbarschaft zugeführt werden.

Politik für die Jugend – Politik für Bremen-Nord

Der demographische Wandel macht auch vor Bremen-Nord nicht halt. Daher ist es um so wichtiger, den Dialog zwischen den Generation zu fördern, um das gegenseitige Verständnis zu stärken. Eine Verdrängung der Kinder und Jugendlichen in die Außenbezirke darf und wird es mit uns nicht geben, da die jungen Menschen ein wichtiger Bestandteil unserer Gesellschaft sind und den nötigen Respekt verdienen, den man auch von ihnen erwartet. Nur so kann der Dialog zwischen den Generationen die erwarteten Früchte tragen.

Nicht nur für Kinder und Jugendliche, sondern auch für die Eltern ist das Freizeitangebot für junge Menschen von großer Bedeutung. Das Freizeitangebot gehört zu den weichen Standortfaktoren, welche bei der Wahl des Wohnortes eine immer wichtigere Rolle spielen.

Um die Region Bremen-Nord in seiner Attraktivität zu erhalten, setzen wir uns im Grundsatz für den Erhalt der bestehenden Freizeiteinrichtungen ein und werden neue Ideen und Konzepte der Jugendarbeit fördern. Dabei sollen sich die Angebote noch stärker an den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen orientieren, um den veränderten Bedingungen gerecht zu werden. Hierzu ist eine regelmäßige Überprüfung der Bedarfsorientierung auch bestehender Einrichtungen notwendig, um gegebenenfalls Anpassungen zu ermöglichen.

Jugendarbeit ist auch Präventivarbeit. Gerade in Zeiten zunehmender Gewalt und Kriminalität ist es wichtig, die Jugendarbeit abzusichern und, wo notwendig, zu stärken. Wir wissen um die Situation des knappen Geldes – aber an der Jugend sparen heißt, an der falschen Stelle sparen. Trotzdem werden wir die im jugendpolitischen Bereich angesiedelten staatlichen oder staatlich geförderten Maßnahmen einer Bewertung unterziehen und fragen müssen, ob heutige Angebote noch passend sind oder durch andere ersetzt werden müssen.

Wir wollen im Bereich der Jugendarbeit nicht einsparen, möchten die knappen Mittel aber sinnvoll eingesetzt wissen.

Die PISA-Ergebnisse haben gezeigt, dass es auf eine Verzahnung von Kindertagesheimen und Schulen ankommt. Hinzu muss aber auch die Verzahnung mit dem jugendpolitischen Angebot kommen. Isolierte Lösungen einzelner Ressortbereiche werden uns nicht weiterhelfen.

Es ist ein Vorurteil, zu behaupten, die Jugend sei politikverdrossen und desinteressiert am politischen Tagesgeschäft. Im Gegenteil: die Jugend ist stark engagiert und setzt sich bereits früh mit Politik auseinander. Dieses haben uns die Jugendlichen in vielen Diskussionen, Projekten und Aktionen gezeigt. Deshalb setzen wir uns für die Senkung des Wahlalters von 18 auf 16 Jahren in der nächsten Legislaturperiode ein. Auch junge Menschen müssen das Recht haben, früh darüber mitzubestimmen, wie ihre Zukunft gestaltet wird.

Auf Initiative der SPD gibt es in der Bremischen Bürgerschaft für Jugendliche bereits ein Forum („Jugend im Parlament“), das ihnen ermöglicht, ihre politischen Ansichten vorzutragen, und das die Parlamentarier durch Selbstverpflichtung zwingt, Anträge von Jugendlichen in offiziellen Parlamentsgremien zu beraten. Wir wollen, dass in Bremen-Nord ein Forum mit dem Titel „Jugend im Beirat“ eingerichtet wird, um Kindern und Jugendlichen die aktive Mitgestaltung ihres eigenen Lebensraums zu ermöglichen. Damit wird auch ein Beitrag zum besseren und manchmal sicherlich schwierigen Verständnis für Demokratie geleistet werden können. Gemeinsam mit den Beiräten Blumenthal, Vegesack und Lesum werden wir die Umsetzung so schnell wie möglich vorantreiben und dafür sorgen, dass „Jugend im Beirat“ zu einer dauerhaften Einrichtung wird.

Arbeitslosigkeit macht leider auch vor jungen Menschen nicht halt. Wir setzen unsere Kraft ein, damit alle Jugendlichen eine qualifizierte Ausbildung erhalten und ihnen die Möglichkeit geboten wird, in unserer Region einen Arbeitsplatz zu erhalten. Insofern bedeutet wirtschaftliche Entwicklung unserer Region auch, die Chancen unserer Jugend zu verbessern. Diese Chancen werden um so vielfältiger sein, je schneller es gelingt, den notwendigen Strukturwandel voran zu bringen.

Wir werden Kooperationen zur Schaffung von Ausbildungsplätzen suchen und unterstützen. In Zusammenarbeit mit der Bundesregierung werden wir dazu beitragen, dass u. a. das Programm „JumpPlus“ zusätzlich Ausbildungsplätze in Bremen-Nord schafft. Nur wenn wir es schaffen, hinreichend qualifiziert aus- und fortzubilden, werden wir die Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen können.

Die Anforderungen des Wirtschaftslebens zeigen eindeutig, dass wegen einer einmalig erworbenen Qualifikation dauerhaft niemand in seinem Beruf bestehen können. Lebenslanges Lernen wird die zukünftige Gesellschaft noch mehr prägen als heute. Für Jugendliche und Erwachsene ist es notwendig, Weiter- und Fortbildungsmöglichkeiten in Bremen-Nord zu erhalten und zu stärken.

Ältere

Eine Gesellschaft, in der der Anteil der Älteren ständig zunimmt, muss die Voraussetzungen schaffen und kontinuierlich weiterentwickeln, die ein selbstbestimmtes Leben bis ins hohe Alter hinein ermöglichen.

Selbstbestimmung und Mitgestaltung der Älteren muss durch ein entsprechendes Umfeld gesichert werden. Das gilt für Wohnungs- und Städtebau, Verkehrswesen, Gesundheitsfürsorge, Bildungseinrichtungen und Kulturangebote.

Dazu gehört insbesondere die Förderung altengerechter Wohnungen, die für alle bezahlbar sind. Wir setzen uns daher für eine Stärkung von Dienstleistungszentren ein, die das Verbleiben in der eigenen Wohnung organisieren sowie die ambulante Betreuung sichern. In diesem Zusammenhang sind die Angebote für Tages- und Kurzzeitpflege zu erweitern, um unnötige Heimeinweisungen zu verhindern. Die Versorgung Demenzkranker ist im stationären wie ambulanten Bereich zu verbessern. Wir unterstützen Projekte zur Erprobung neuer Formen des betreuten Zusammenlebens Dementer.

Der Geriatrischen Klinik im ZKH Nord kommt auch in Zukunft eine große Bedeutung zu: Rehabilitation schützt auch bei Alterserkrankungen vor Pflegebedürftigkeit und verbessert so die Lebensqualität.

Tagesstätten und Bildungseinrichtungen sind Orte für Begegnung und Weiterbildung und verdienen schon aus diesem Grund unsere besondere Unterstützung. So gehört die Volkshochschule Bremen-Nord zu den Bildungseinrichtungen, die ein umfangreiches Programm speziell für ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger bereithalten.

Wir können auf die Erfahrung und Kompetenz der Älteren nicht verzichten und setzen uns deshalb nicht nur für die Stärkung ihrer eigenen Gremien wie Seniorenvertretung, Heimbeiräte, Ältestenräte ein, sondern auch für die Beteiligung an politischen Entscheidungsgremien.

Sowohl die Lebensqualität der Älteren, als auch ihre Teilhabe am Leben unserer Gesellschaft ist uns ein wichtiges Anliegen. Nicht zuletzt gehört dazu auch ein berechtigtes Bedürfnis nach Mobilität, das bei der Weiterentwicklung des ÖPNV auf allen Ebenen zu beachten ist.

Umwelt

Wir können stolz darauf sein, welch hohen Anteil an Grünflächen Bremen-Nord vorweisen kann. Sie machen einen wesentlichen Anteil der Attraktivität unserer Stadtteile aus. Mit dem Erwerb von Wätjens Park haben wir eine bedeutende Grünfläche, die wir in Zukunft für die Bevölkerung weiter öffnen und gleichzeitig ökologisch aufwerten wollen, hinzu gewonnen. Außerdem haben wir weitere Naturschutzflächen ausgewiesen. Unsere Anstrengungen, die natürlichen Lebensgrundlagen für Flora und Fauna wieder herzustellen, werden wir fortsetzen.

Natur, auch in Naturschutzgebieten, soll auch für die Menschen erlebbar sein, sofern nicht unabwendbare Schutzinteressen für Fauna und Flora dagegen stehen. Deshalb wollen wir auch das

Wanderwegenetz zwischen Bremen Nord, dem Zentrum und zunehmend auch dem Umland konsequent weiterentwickeln. Der Erwerb von Flächen der BWK bietet die Möglichkeit, den Lückenschluss des Weserwanderweges von der Burger Brücke nach Farge zu erzeugen. Diese Chance wollen wir nutzen.

Die Umgebung des Zentralkrankenhauses Bremen-Nord muss zu einer Erholungszone gestaltet werden. Dabei sind Wanderwege zwischen dem Bereich Wätjens Park und dem Burgwall Stadion bzw. dem Freibad Blumenthal anzulegen.

Bei der Pflege hochwertiger Naturflächen haben wir mit dem BUND gute Erfahrungen gemacht. Diese Kooperation werden wir fortsetzen.

Die Wasserqualität der Weser hat sich in den letzten Jahren erheblich verbessert. Auf weiten Strecken ist es schon jetzt wieder möglich, in der Weser zu baden. Unser Ziel bleibt es, dies für den gesamten Fluss wieder zu ermöglichen. Auch für das kinder- und familienfreundliche Seebad in Grambke möchten wir durch eine Sanierung eine Verbesserung und langfristige Sicherung der Wasserqualität erreichen.

Verklappungen schadstoffhaltiger Sedimente in Flussläufen sind nur dann vertretbar, wenn keine ökologischen Langzeitschäden zu erwarten sind und andere Alternativen nicht zur Verfügung stehen.

Die Renaturierung der Geestbäche hat begonnen. Das werden wir für alle unsere Bäche fortsetzen.

Trinkwasser ist ein kostbares Gut. Die Trinkwasserquellen in Bremen-Nord müssen weiterhin wirksam und effizient vor Schadstoffen geschützt werden, um die Qualität unseres Trinkwassers zu erhalten.

Kontaminierte Flächen, vor allem im Wassereinzugsgebiet, die bekannt sind, sind nach einem Prioritätenkatalog zu sanieren.

Im Rahmen der Weservertiefung müssen wir uns darauf einstellen, dass wir bei Hochwasser schneller und in größerem Umfang betroffen sind. Deshalb legen wir besonderes Gewicht auf den Deichschutz. Es ist uns wichtig, dass dabei die unterschiedlichen Gefährdungssituationen sicher abgedeckt werden können.

Bremen ist Pilotprojekt bei der Nutzung von UMTS. Damit verbindet sich die Absicht, hier erworbene Erkenntnisse auf andere Teile Deutschlands zu übertragen und gleichzeitig wirtschaftliche Effekte zu erzielen. Das bisherige Prinzip, notwendige Plätze mit den Beiräten abzustimmen, wollen wir fortsetzen. Unser Bestreben geht dahin, diese Anlagen an solchen Stellen zu bauen, an denen eine gesundheitliche Gefährdung nach bisherigen Erkenntnissen ausgeschlossen werden kann.

Neben den unter öffentlicher Verwaltung stehenden Grünflächen leisten die Kleingärtner in Bremen-Nord einen wesentlichen Beitrag für das Erscheinungsbild unserer Stadtteile. Insofern halten wir die Anrechnung von Kleingärten im Rahmen von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen nach wie

vor für sinnvoll. Die Zahl der Kleingärten werden wir dem Bedarf und der Nachfrage entsprechend anpassen.

Die Ökologiestation leistet einen wesentlichen Beitrag zur Umweltbildung. Wir werden ihre Arbeit nachhaltig unterstützen.

Dem Ziel, regenerative Energien besser zu nutzen, sind wir in der letzten Legislaturperiode z.B. durch den Bau von Windkraftanlagen schon näher gekommen. An dem Ziel wollen wir festhalten und werden die notwendigen Voraussetzungen schaffen. Beim Bau von Windkraftanlagen wollen wir darauf achten, daß sie Wohngebiete nicht belasten.

Nach dem Ausbau der Recycling-Servicestationen in Farge und Aumund wollen wir das Netz in Bremen-Nord vervollkommen und die Öffnungszeiten kundenfreundlich gestalten. Für den Stadtteil Burglesum fordern wir den Bau einer weiteren Servicestation. Ein möglicher Standort bietet sich im Gewerbegebiet Steindamm an.

Lärm ist zunehmend ein Problem. Wir setzen uns bei der Erschließung neuer Flächen für die Ausschöpfung aller Möglichkeiten ein, um Immissionen so gering wie möglich zu halten.

Öffentliche Sicherheit

Lebenswerte Stadtteile setzen öffentliche Sicherheit voraus. Dabei kann sich öffentliche Sicherheit nicht beschränken auf die Präsenz der Polizei, sondern resultiert ganz maßgeblich auch aus dem Engagement der Bürgerinnen und Bürger. In einer solidarischen Gesellschaft haben es Kriminelle schwer. Wenn wir alle aufeinander achten, haben Störer keine Chance. Zugleich ist es aber notwendig, die polizeiliche Präsenz sicher zu stellen. Das Konzept des Kontaktbereichsbeamten vor Ort ist richtig und fortzusetzen.

Für Bremen-Nord ist die polizeiliche Absicherung zumindest in ihrer jetzigen Stärke an Personal und anderen Ressourcen vorzuhalten. Dazu gehören Kontaktbereichsbeamte (KOBs) ebenso wie der Erhalt der Reviere in derzeitiger Stärke. Die polizeiliche Präsenz muss durch mehr KOBs verbessert werden. Die Verkehrssachbearbeiter müssen bei den Revieren bleiben. Inwieweit der Einsatz der Polizistinnen und Polizisten optimiert werden kann, ist zu prüfen.

Bremen-Nord zeichnet sich durch ein dichtes Netz freiwilliger Feuerwehren aus. Dem Engagement der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer insbesondere auch im Bereich der Jugendfeuerwehren gebührt unser Respekt und Dank. Diese Struktur wollen wir nicht ändern, sondern erhalten.

In allen Stadtteilen Nordbremens hat es ohne große Pressearbeit immer wieder das Zusammenwirken von Polizei, Ortsämtern, der Sozialbehörde, den Schulen und anderen Institutionen gegeben. Diese präventive Arbeit begrüßen wir und setzen auf eine Fortsetzung – sofern SPD-Politik hier hilfreich sein kann, wollen wir uns einbringen.

Um eine bessere und schnellere Zusammenarbeit zwischen Polizei und Justiz zu gewährleisten, werden wir uns für die Einrichtung einer Dependence der Staatsanwaltschaft beim Amtsgericht in Blumenthal einsetzen.

Öffentliche Dienstleistungen und die Rolle der Beiräte

Bisher konnten umfangreiche Dienstleistungsangebote in den Ortsämtern vorgehalten werden. So schmerzhaft dies auch ist, in Zukunft wird dies nicht mehr so möglich sein, weil die Finanzknappheit der Stadt zu Einsparungen auch in diesem Bereich zwingt. Wir setzen uns allerdings dafür ein, dass es Annahmestellen in den Stadtteilen gibt. Die Bearbeitung aber wird zentral im Bürger Service Center in Vegesack erfolgen, wo qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in ausreichender Anzahl die Aufgaben erledigen können. Die Qualität der öffentlichen Dienstleistungen vor Ort soll nicht leiden.

Auf die Ortsämter, aber auch auf die Beiräte kommen andere zusätzliche Aufgaben zu. Im Rahmen der Bürgerstadt, einer Stadt, wo sich der Mensch für den Mitmenschen engagiert, werden die Ortsamtsleiter und die Beiräte Mittler sein, um den Bürgerwillen vorzutragen, ihn zu organisieren und ggf. vor Ort Abhilfe bei Problemen zu schaffen. Die Ortsämter müssen für diese zusätzlichen Aufgaben personell und technisch angemessen ausgestattet werden. Die jetzige Personalstruktur für die Betreuung der Kommunalpolitik ist hierfür weder vorgesehen noch ausreichend.

Nach wie vor kommt Beiräten und Ortsämtern eine hohe Bedeutung bei der politischen Willensbildung vor Ort zu. An dieser Rolle der Beiräte und Ortsämter wollen wir nichts ändern. Nach den ersten Erfahrungen mit dem neuen Beiräte-Gesetz möchten wir geprüft wissen, ob und inwieweit diese Beiräte-Reform die Rechte der Beiräte gestärkt hat oder welche weiteren Schritte notwendig sind, um den Beiräten mehr Gewicht zu verleihen.

10.2. Bremen-Stadt-Plan 2003-2007

Leben, Wohnen, Arbeiten und Lernen in den bremischen Stadtteilen

Bremen ist eine lebens- und liebenswerte Stadt. Hier verbinden sich urbanes Wohnen mit vielfältigen kulturellen und sozialen Einrichtungen mit einem vielfältigen Angebot an Freizeiteinrichtungen bis hin zu dem für eine Großstadt ungewöhnlich guten Angebot an Grün- und Naturflächen. Wir wollen diese gewachsene Struktur erhalten, die Steuer- und Finanzkraft stärken, die Entwicklung der bremischen Einwohnerzahlen positiver gestalten und die Selbständigkeit Bremens erhalten. Wir setzen weiterhin auf finanzielle Hilfe des Bundes zum Ausgleich für die Nachteile, die wir bei der Verteilung der Steuereinnahmen erleiden.

In der nächsten Phase der Sanierung stehen jedoch nicht mehr die großen Ansiedlungsprojekte mit massiver öffentlicher finanzieller Hilfe im Mittelpunkt unserer Politik, sondern ein kleinteiliger, präziserer Einsatz der öffentlichen Mittel. So wollen wir mit unseren Maßnahmen ein Maximum an Erfolg erreichen.

In den bremischen Stadtteilen liegen viele Reserven für die Verbesserung der Ansiedlungspolitik ebenso für Flächen, die für den Wohnungsbau geeignet sind. Kommunale Handlungsmöglichkeiten unter Einsatz der Gesellschaften mit Beteiligung der öffentlichen Hand müssen genutzt werden. Eine sinnvolle und flächenschonende Kombination von Gewerbeansiedlungspolitik und Wohnungsbaupolitik soll neue Impulse für die Entwicklung der Stadt bieten. Brachliegende Gewerbeflächen in den Stadtteilen sollen aufgewertet und neu an den Markt gebracht werden. Wir werden dafür sorgen, dass auf der Basis regionaler Absprachen die Schulen weiterentwickelt und Ganztagsangebote ausgebaut werden.

Außerdem brauchen wir ein Angebot von Sozial- und Bildungseinrichtungen, das sowohl für junge Familien mit Kindern, wie auch für alleinstehende berufstätige Menschen als auch für die älteren Menschen attraktiv ist. Damit wollen wir in die bremische Zukunft investieren.

Wir setzen auf die Entwicklung der Stadt- und Ortsteile Bremens. In dieser Entwicklung liegt der Schlüssel für die Zukunft der bremischen Selbständigkeit.

Bremen-West

Der ursprünglich durch die Werft- und die Hafendarbeitsplätze geprägte Stadtbezirk ist durch ihren weitgehenden Wegfall stark getroffen. Die Maßnahmen zu neuer Nutzung der Gewerbeareale an der Weser sind eingeleitet. Inwieweit sie zu einer wirtschaftlichen Gesundung des Stadtbezirks selbst beitragen werden, ist zur Zeit kaum abzusehen. Wir werden für den gesamten Stadtbezirk eine städtebauliche Entwicklungsplanung beginnen, die die Gewerbegebiete in ihren unzureichend genutzten Teilen aktivieren hilft und den Wohngebieten einen städtebaulichen attraktiven Entwicklungsrahmen schafft. Ziel ist, den Stadtbezirk aufzuwerten, um ihn als Wohn- und Arbeitsstandort neu zu entwickeln.

Die nachstehenden Maßnahmen sind als Bausteine einer solchen Entwicklungsanstrengung in das städtebauliche Entwicklungskonzept einzubeziehen.

Im **Bremer Westen** wollen wir:

- dass zeitgleich mit dem Neubau der Justizvollzugsanstalt im Blockland eine Entwicklungskonzeption für das jetzige Anstaltsgelände an der Sonnemannstraße entsteht;
- attraktiven Wohnungsbau auf der Fläche realisieren, die durch die Verlagerung des BAB-Zubringers „Industriehafen“ frei wird;
- dass die Fläche am Oslebshäuser Bahnhof belebt wird;
- endlich dafür sorgen, dass auf dem Gelände am Menkenskamp Wohnungsbau fortgeführt wird;
- dafür sorgen, dass bei Fortführung der Planungen für das Dienstleistungszentrum „Nord-West“ die unter Landschaftsschutz stehenden Flächen im Blockland gesichert werden;
- Blockland und Wümme sind hervorragende Naherholungsräume für große Teile der bremischen Bevölkerung. Deshalb wollen wir die charakteristische Siedlungsstruktur und landschaftliche Schönheit erhalten. Dazu ist eine Bündelung von Maßnahmen zur Dorferhaltung, Entwicklung des ländlichen Raumes, Naturschutz und Erschließung neuer Einkommensquellen für die Landwirtschaft erforderlich;
- für Gröpelingen und Oslebshausen dafür sorgen, dass in die wirtschaftliche Infrastruktur des Industriehafens investiert wird. Die Inbetriebnahme der vertieften Oslebshäuser Schleuse führte zu nachhaltig positiven Effekten nicht nur bei tiefgehenden Großschiffen, sondern insbesondere auch bei der Kurzstreckensee- und Binnenschifffahrt wegen des deutlich größeren Zeitfensters. Im Jahr 2001 bedienten 409 Schiffe mit einem Tiefgang von mehr als 9 m die Unterweserhäfen Nordenham, Brake und Bremen. Davon sind mehr als die Hälfte in Bremen abgefertigt worden, ein großer Teil davon im Industriehafen. Größere und damit kostengünstiger operierende Seeschiffe müssen die Unterweser bis Bremen auch zukünftig befahren können, damit die Standortvorteile des südlichst gelegenen deutschen Seehafens für die hier ansässigen Industrie- bzw. Umschlagsbetriebe voll zur Geltung kommen und die bestehenden Arbeitsplätze gesichert werden. Mit der vollen Nutzbarmachung der Schleuse sind wichtige Weichen gestellt. Dort brauchen wir einen „Masterplan“, der die künftige gewerbliche Infrastruktur beschreibt. Wir unterstützen den Bau einer Trockenumschlagsanlage;
- dafür sorgen, dass bei künftigen industriellen Ansiedlungsplänen die Flächen entlang der Hafenbahn in Walle, Gröpelingen und Oslebshausen Berücksichtigung finden;
- dass für das Gelände des Rangierbahnhofs in Gröpelingen Planungen für die Nachnutzung entwickelt werden;
- für die Anbindung des Space-Park und als touristische Attraktion eine Fähre, die zwischen Woltmershausen und Gröpelingen bis zum Martinianleger und zurück fährt;
- dass der versprochene Rückbau der Straße Waller Ring zügig umgesetzt wird und unverzüglich aus dem „LKW-Führungsnetz“ gestrichen wird;
- dass die Sanierung des Gebietes Waller Heerstraße entsprechend des beschlossenen Ortsgesetzes durchgeführt wird;
- dass die Planungen für das Gebiet der „Überseestadt“ unter Beteiligung der verschiedenen Interessengruppen vorangetrieben werden;
- für Findorff dafür sorgen, dass der auf den Weg gebrachte Bebauungsplan für die Bürgerweide beschlossen wird. 100.000 qm Fläche für den Freimarkt werden so dauerhaft gesichert und ebenso der Bestand des Kulturzentrums Schlachthof. Weil alle Kinder die gleichen Voraussetzungen in ihrer schulischen und persönlichen Entwicklung brauchen, setzen wir uns da-

für ein, den Kindern der Schausteller die Möglichkeit zu bieten, eine qualifizierte Schulausbildung in Bremen zu absolvieren. Dies könnte durch eine Wohngruppe für Kinder mit der entsprechenden Betreuung geschehen.

Die Sanierung der Stadthalle ist beschlossen. Darüber hinaus benötigen wir auf der Bürgerweide keine weiteren Hallen. Wir wollen jedoch das ins Stocken geratene Projekt „Promotion-Park“ mit einer gewerblichen Nutzung dieses in der Nähe der Bürgerweide und des Bahnhofs gelegenen Geländes des Güterbahnhofs wieder in Schwung bringen. Für die An- und Abfahrt der erhöhten Zuschauerzahlen ist ein Verkehrskonzept zur Entlastung des Stadtteils zu entwickeln;

- dass das Bebauungsplanverfahren für die Nutzung des Gebietes „Plantage“ voran getrieben wird. Dabei ist die Neugestaltung der Admiralstraße einzubeziehen und das historische Gebäude der Rohrstuhlfabrik (Polsterhallen) zu erhalten;
- dass für die erforderliche Umgestaltung der Münchener Straße (inkl. Tunnel) zügig entsprechende Planungen aufgenommen werden;
- dass das geschichtlich und touristisch interessante Gebiet des Torfhafens unter Beteiligung Bremens für das EU-Projekt „Blue Route“ angemeldet wird.

Links der Weser

Das Stadtgebiet „Links der Weser“ umfasst städtebaulich heterogene Gebietsteile. Den reinen Wohngebieten fehlen an verschiedenen Stellen funktionsmischende Aktivitäten. Der Beiratsbereich Neustadt wird von Neubürgerinnen und Neubürgern als bevorzugtes Wohngebiet ausgewählt. Jedoch macht die unvergleichlich hohe Fluktuation im Verhältnis zu anderen Stadtteilen deutlich, dass die Aufenthaltsqualität der Neustadt unsere besondere Aufmerksamkeit verdient. Die Neustadt hat im Agenda-Prozess als „Nachhaltiges Quartier“ weit über die Grenzen unseres Landes hinaus eine Vorreiterrolle eingenommen und wir werden daher

- die nachhaltigen Projekte, sowie die Diskussionen im Agenda-Prozess, als ernst zu nehmende Entwicklungspotenziale in die Stadtteilplanung dringend aufnehmen und kontinuierlich begleiten und unterstützen.

Links der Weser wollen wir:

- durch den Bau der Autobahn A281 zu einer erheblichen Entlastung der Stadtteile durch Verkehr, Lärm und Abgase beitragen;
- während der Bauzeit der A281 die zu erwartenden Einschränkungen des Verkehrsflusses auf die unvermeidlichen Maßnahmen beschränken und ein aktives Baustellenmanagement einrichten;
- die vom Senator für Bau und Umwelt zur Kompensation von Auswirkungen im Zusammenhang mit dem Bau der A 281 bereitgestellten Mittel gemeinsam mit den Beiräten auf die betroffenen Stadtteile verteilen;
- die weitere Ausgestaltung des Neustadtbahnhofs als regionalen Verkehrsknotenpunkt in der Verknüpfung zwischen Straßenbahn und S-Bahn-System;
- in der Neustadt die Verkehrsanbindung der Hochschule (Nautik, Wirtschaft) verbessern, um die Wohnquartiere zu entlasten. Weiter wollen wir uns dafür stark machen, dass der Ortsteil Hohentor als Sanierungsgebiet ausgewiesen wird;

- dass die Schulen „links der Weser“, die sich zu Integrierten Stadtteilschulen, Ganztags- und 6-jährigen Grundschulen entwickeln wollen, entsprechend gefördert werden. Die Zusammenlegung von Schulzentren muss zu Steigerung der Profilbildung konzeptionell, finanziell und personell ausreichend unterlegt werden, wobei die gymnasiale Bildung auch zwingend in die Stadtteile gehört;
- die gewollten Entwicklungen zu integrierten Stadtteilschulen (z.B. Schule an der Theodor-Billroth-Straße) maßgeblich vorantreiben;
- dass die konsequente Weiterführung des Gesamtschulkonzeptes am Beispiel der integrierten Stadtteilschule am Leibnizplatz durch einen Anbau die Einrichtung einer gymnasialen Oberstufe ermöglicht;
- eine Stadtteilbibliothek in der Neustadt erhalten bleibt;
- einen Sportgarten in Huchting entwickeln;
- uns für eine Verbesserung der wohnungsnahen Einkaufsmöglichkeiten durch Schaffung von Nahversorgungszentren in den einzelnen Stadtteilquartieren einsetzen;
- in Obervieland für eine Verbesserung und Absicherung der sozialen und kulturellen Infrastruktur sorgen, sowie die Belebung des Einzelhandelsangebotes unterstützen;
- die verkehrliche Anbindung in Obervieland optimieren;
- das Krankenhaus „Links der Weser“ mit seinen angeschlossenen Reha-Einrichtungen in bezug auf seine Qualitätsentwicklung und sein zukunftsorientiertes Profil weiterhin gestärkt und unterstützt wird;
- in Woltmershausen am Weserufer zwischen Hohentorshafen und Weserufer-Park Wohnungsbau mit Blick auf das Wasser und den Dom ermöglichen;
- die Erschließung des Hohentorshafens für maritimes Leben durch eine Symbiose von Gewerbe (z.B. Schaffung eines Kompetenzzentrums Holz in Zusammenarbeit mit der Hochschule), Wohnen, Freizeit (Marina), mit einer direkten Verkehrsanbindung durch einen Tunnel an die Große Sortillienstraße und Verknüpfung mit dem ÖPNV-Netz am Neustadtbahnhof, vorantreiben;
- uns dafür stark machen, dass für die Flächen von der Richard-Dunkel-Straße an über die Senator-Apelt-Straße und den Neustadtgüterbahnhof hinaus, unter Einbeziehung des Brinkmann-Geländes und des swb-Areals, ein Gesamtkonzept für eine höherwertige gewerbliche Nutzung entwickelt wird;
- dass der Lärmschutz und Umweltschutz entlang der B 75 (Oldenburger Str.) bis an die Stadtgrenze fortgeführt wird;
- in Huchting den öffentlichen Nahverkehr ausbauen (Anbindung Brokhuchting an das S-Bahnsystem); uns für einen behindertengerechten Zugang an der P+R Umsteige-Stelle Norderländer Straße in Grolland einsetzen;
- den Bereich zwischen Leibnizplatz und Pipe für die Bürger attraktiver gestalten;
- auf den Werdersee nahen Grundstücken (im Bereich Huckelriede/Dammacker) künftig auch Wohnungsbau zugelassen wird;
- die vielfältigen Kultureinrichtungen, insbesondere in der Neustadt, fördern und ihre engagierte Arbeit zu einer Steigerung der Attraktivität der Stadtteile nutzen;
- in Huckelriede die Verlegung des Wendeplatzes zum Sielhof durchgeführt wird. Erst durch diese Maßnahme wird eine Neustrukturierung des Quartiers im Sinne verbesserter Nahversorgungsfunktion (Einzelhandel, Dienstleistungen) und Erweiterung des Wohnbaupotenzials in zentraler Lage möglich werden;
- die Standorte der Hochschule Bremen erhalten und ausbauen und das attraktive Umfeld für die Studenten weiterentwickeln.

Nord-Ost

Die Wohngebiete im Nord-Osten der Stadt weisen kaum städtebauliche Mängel auf. Horn-Lehe, Borgfeld und Oberneuland eignen sich zur Erweiterung der attraktiven Wohngebiete der Stadt und helfen damit, die Umlandabwanderung einzugrenzen. Die ÖPNV-Anbindungen werden zur Zeit erheblich verbessert.

Der innenstadtnahe Bereich eignet sich für die Aufnahme dienstleistenden nichtstörenden Gewerbes. Einzelmaßnahmen zur Verbesserung der Wohnsituation sind so durchzuführen, dass die Lebensqualität des Stadtteils erhalten bleibt.

In Schwachhausen/Horn/Oberneuland/Borgfeld wollen wir:

- das Gelände der Schule „An der Lothringer Straße“ für ein Mehrgenerationen-Projekt nutzen, dabei soll die Kinderschule ebenso erhalten bleiben, wie die zur Schule gehörende Turnhalle. Eine Kindertagesstätte werden wir einrichten;
- in Schwachhausen für eine Erhaltung der gewachsenen städtebaulichen Strukturen sorgen;
- uns beim Umzug von „Radio-Bremen (Hörfunk)“ dafür einsetzen, dass der Sendesaal erhalten wird und für den Rest des Radio-Bremen-Geländes an der Vahrer Straße eine moderne Nutzungskonzeption entwickeln;
- das Gelände an der ehemaligen Wendeschleife der Straßenbahnlinie 6 bis zur Bahnlinie Bremen - Hamburg für Wohnbebauung und die Erweiterung des Technologieparks nutzen. Die dafür notwendige verkehrliche Erschließung soll vom Technologiepark nördlich der Bahnlinie durch eine Bahnunterführung erfolgen, die den neuen Technologiepark "Süd" anbindet. Eine in jeder Richtung einspurige Straße soll von der Unterführung aus nahe an der Bahnlinie entlang zur Horner Heerstraße führen. Diese Straße soll die vorhandene Wohnbebauung so wenig wie möglich beeinträchtigen. Von dieser Straße soll eine Abzweigung die H.-H.-Meier-Allee anbinden, die ebenfalls mit je einer Spur in jeder Richtung geführt wird. Durchgangs- oder Schleichverkehre wollen wir unterbinden. Hierzu setzen wir uns für eine Beschränkung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h, den grundsätzlichen Ausschluss für Lastkraftwagen insgesamt, der Umsetzung einer Vorfahrtsregelung "rechts vor links" sowie der Realisierung der zu den genannten straßenverkehrsrechtlichen Anordnungen erforderlichen flankierenden baulichen Maßnahmen wie Aufpflasterungen oder "Baum-/Gehwegnasen" ein. Dabei ist zu prüfen, ob an der neu zu schaffenden Bahnunterführung ein Haltepunkt der Deutschen Bahn an der Bahnlinie Hamburg-Bremen geschaffen werden kann, um eine bessere Anbindung des Technologieparks an den ÖPNV zu erreichen;
- das Hollerland als Naturschutzgebiet erhalten und als FFH-Gebiet anmelden;
- die Kleingartengebiete längs der Eisenbahn werden wir erhalten. Sie stehen für eine Erweiterung des Technologieparks nicht zur Verfügung. Das Wegenetz im Kleingartengebiet wollen wir verbessern, um es für Spaziergänger noch attraktiver zu gestalten;
- in Horn-Lehe die Geschäfts- und Einzelhandelszentren an der Horner Heerstraße, der Wilhelm-Röntgen-Straße und Kopernikusstraße zu mehreren Stadtteilzentren ausbauen und entwickeln;
- den Rhododendrenpark auch in Zukunft pflegen und erhalten und dafür Sorge tragen, dass er weiterhin kostenlos besucht werden kann;

- für Oberneuland dafür sorgen, dass als erstes der Bahnübergang im Verlauf der Franz-Schütte-Allee durch eine Bahnunterführung ersetzt wird, die Bahnübergänge „Mühlenfeldstraße“ und „Auf der Heide“ sollen anschließend durch Bahnunterführungen ersetzt werden;
- keine weiteren Erschließungsmaßnahmen für den Büropark, da eine Nachfrage dafür nicht besteht. Eine weitere Aufhebung des Landschaftsschutzes kommt für uns nicht in Betracht;
- für Borgfeld wollen wir dafür sorgen, dass kein Schleichverkehr in die Wohnstraßen gezogen wird. Die Verlängerung der Linie 4 bis zum Falkenberger Kreuz bleibt unser Ziel. Außerdem wollen wir eine attraktive ÖPNV-Verbindung zwischen den Linien 4 und 6, um die Verbindung zu Universität und Technologiepark zu verbessern. Die Ortsentlastungsstraße Lilienthal soll an den „Langen Jammer“ angebunden werden. Straßenbau durch das Naturschutzgebiet Hollerland lehnen wir ab. Den Ausbau des Hamfhofswegs zu einer zweispurigen Strasse lehnen wir ab;
- verhindern, dass in den Schulzentren (z.B. Bergiusstraße) das Schulangebot (Hauptschule, Realschule und Gymnasium) eingeschränkt wird und fordern, dass in dem Bereich Borgfeld/Oberneuland/Horn eine weitere gymnasiale Oberstufe eingerichtet wird, um den in den nächsten Jahren durch die Neubaugebiete steigenden Schülerzahlen gerecht zu werden.

Ost

Ziel ist es, durch Neujustierung der eingesetzten öffentlichen Mittel und örtliches Engagement vitale Stadtviertel und damit etwas pro Stadtteil, d.h. für die in Bremen lebenden Menschen, zu schaffen. Die großen Wohngebiete des Bremer Ostens sind belastet durch eine Funktions-Entmischung, z. B. durch den Rückzug der örtlichen Nahversorgung und durch eine weiter gestiegene soziale Entmischung. Der notwendige Rückbau in besonders belasteten Wohnanlagen ist Teil einer überarbeiteten städtebaulichen Entwicklungsplanung:

- Bestehende Freizeit-, Sport-, Bildungs- und Kultureinrichtungen sind abzusichern und weiterzuentwickeln;
- wir wollen eine Überarbeitung der unbefriedigenden Verkehrsplanung für den Bremer Osten. Zusätzliche Gewerbeflächen dürfen nicht durch Wohngebiete erschlossen werden;
- die Linie 1 soll über Tenever und den Weserpark bis zum Bahnhof Mahndorf verlängert werden. Die Planungen wollen wir zügig einleiten. Ziel muss es sein, mit dem Bau noch in dieser Legislaturperiode zu beginnen;
- in neu zu konzipierenden Arbeitsmaßnahmen werden Quartierdienste im dringend erforderlichen größeren Umfang aufgebaut;
- die Sanierung der bestehenden Geh- und Radwege muss weiter vorangebracht und neue attraktive Rad- und Fußwegeverbindungen zwischen den Stadtteilen und in die Innenstadt geschaffen werden;
- die Sauberkeit der Stadtteile hat höchste Priorität und muss bedarfsgerecht ausgebaut werden;
- vor der Anlage neuer Grünflächen ist dem Erhalt und der Pflege bestehender Grünflächen Vorrang einzuräumen;
- Erhalt und Sanierung der Sozialwohnungen im Bremer Osten sind unverzichtbar;
- Modernisierung im Bestand muss mehr als in der Vergangenheit öffentlich gefördert werden;
- Gesunde gewachsene Strukturen sind zu sichern. Fehlentwicklungen muss entgegengetreten werden;

- Erhalt der Kinder- und Jugendeinrichtungen im Bremer Osten und inhaltliche Weiterentwicklung des Angebotes;
- Sanierung und pädagogisch sinnvolle Gestaltung von Kinderspielplätzen;
- Erhalt der Mittel „WiN“ und „Soziale Stadt“ sowie Bereitstellung zusätzlicher Mittel für vergleichbare Ortsteile;
- alle geplanten Straßenneu- und -ausbauten sind mit aktiven und passiven Lärmschutzmassnahmen zu versehen;
- die schulbibliothekarische Versorgung an den Schulen selbst ist zu verbessern;
- im Bremer Osten ist neben dem Angebot in Horn-Lehe ein weiteres Bürgerservicezentrum einzurichten.

Hemelingen

- Für das städtebaulich zerrissene Hemelingen wird eine langfristige Entwicklungsplanung erarbeitet, die die stärkere Trennung der Wohn- und Arbeitsstandorte und der Flächen für die Durchgangsverkehre und ihre Einbettung in Grünzüge vorsieht;
- die Wohngebiete sind zu erhalten und von störendem, belastendem Gewerbe zu entlasten;
- im Zusammenhang mit der Erschließung der Hemelinger, Mahndorfer und Arberger Marsch sind Überschwemmungsgebiete durch eine Rückverlegung des Deiches als wirksame Maßnahmen zum Hochwasserschutz zu schaffen;
- die Fuß- und Radwegverbindung über die Weser ist im Zuge des grünen Rings um Bremen zu bauen;
- das Schlossparkbad ist dauerhaft zu erhalten und zukunftsfähig zu modernisieren;
- der geplante Spiel- und Sportpark Hemelingen ist bis 2005 anzulegen.

Osterholz

- Die Errichtung und nachhaltige Absicherung eines Bürgerhauses hat für Osterholz oberste Priorität;
- unverzügliche Aufnahme der Planungen zur Verlängerung der Straßenbahnlinie 1 über den Weserpark bis zum Mahndorfer Bahnhof;
- der Ausbau der Knotenpunkte an der Osterholzer Heerstrasse muss noch 2003 finanziell abgesichert und begonnen werden;
- die geplante Sanierung des Hallenbades Tenever wird unterstützt;
- die Stadtteilbibliothek an der Walliser Strasse muss dauerhaft gesichert werden;
- auf dem durch Radio Bremen genutzten Grundstück an der Hans-Bredow-Straße darf nur eine Nachnutzung entstehen, die das Image des Stadtteils verbessert und den Bedürfnissen der Bewohner des Stadtteils entspricht;
- die Kinder- und Jugendfarm in Tenever muss fertiggestellt und finanziell abgesichert werden.

Vahr

- Das Modellprojekt „Müllkonzept Neue Vahr“ muss flächendeckend im Ortsteil umgesetzt werden, um die Sauberkeit im Stadtteil dauerhaft zu verbessern;
- die Konrad-Adenauer-Allee soll aus Umwelt- und Lärmschutzgründen Einbahnstrasse bleiben.

Mitte

Die Randbereiche der City, wie das Ostertor, die Östliche Vorstadt, das Faulenquartier und Utbremen sind als „Tor zur Innenstadt“ wichtige Bereiche für die Entwicklung der City. Sie dürfen daher weder durch Verkehrsbauwerke zerschnitten werden, noch sollten sie von der City abgetrennt betrachtet werden. Das Taxi muss besser in den ÖPNV integriert werden. Bei der Verkehrsplanung und -umsetzung ist das Taxigewerbe zu beteiligen. Innerhalb der planenden Verwaltung soll ein Koordinator für diese Belange zuständig sein. Zur Steigerung der Attraktivität der Innenstadt sollen dort besser erreichbare Standplätze geschaffen werden.

Die Verminderung von Belastungen der Wohnbevölkerung durch den Autoverkehr ist das Ziel aller weiteren Entwicklungen in diesem Bereich. Das LKW-Führungsnetz wird neu gestaltet. LKW-Verkehre sollen so gebündelt und damit die Wohngebiete entlastet werden.

Der Concordia-Tunnel wird so ausgebaut, dass der ÖPNV dort einen eigenen Gleiskörper bekommt. Einen Ausbau als Unterführung für zusätzliche LKW-Verkehre (z. B. Container) wird es nicht geben.

Für die Hansestrasse werden wir die notwendigen und versprochenen Lärmschutzmaßnahmen durchführen.

Über den bedarfsgerechten Umbau des Rembertikreisels wollen wir auf der Grundlage der Vorschläge des Gestaltungsbeirates im Zusammenhang mit einem städtebaulichen Konzept für das Quartier entscheiden.

Im Stadtteil Peterswerder fordern wir nach dem Ausbau der Stader Straße die Verkehrsführung im Nord/Süd-Verkehr nicht weiter auf Kosten der Anwohner der Bennigsenstraße zu gestalten.

Bremen verzichtet auf weitere Maßnahmen, die die wirtschaftliche Schwächung seiner Innenstadt und/oder der örtlichen Versorgungszentren der Stadtbezirke zur Folge haben. Das LKW-Führungsnetz wird so gestaltet, dass der LKW-Durchgangsverkehr in der Innenstadt und den angrenzenden Gebieten auf ein Mindestmaß beschränkt bleibt und in möglichst kurzen Wegen unbehindert auf die überörtlichen Anbindungen geführt wird.

Diesen Leitlinien dienen die folgenden Maßnahmen:

Wir sprechen uns für den Umbau des Straßenzuges „Ostertorsteinweg“ und „Vor dem Steintor“ im Rahmen der geplanten Maßnahmen zur Erneuerung der Straßenbahnschienen und des Abwasserkanals aus. Wir fordern die Verbreiterung der Fußwege bis an das Gleisbett der Straßen-

bahn. Wir sehen darin Vorteile für den Lärmschutz der Anwohnerinnen und Anwohner und auch einen Vorteil für Radfahrerinnen und Radfahrer.

In **Bremen-Mitte** wollen wir

- an der Sanierung der Nordgeraden des Weser-Stadions festhalten. Die Ansiedlung eines Drive-In-Restaurants im Weser-Stadion wird es mit uns nicht geben;
- die Pauliner Marsch als Naherholungsgebiet erhalten und lehnen weitere Eingriffe in die Struktur dieses Gebietes ab;
- im Ostertor uns verstärkt für die Sauberkeit im Stadtteil einsetzen. Nach dem Beispiel des Ostertorfestes wollen wir durch „Events“ das Ostertor noch mehr als bisher mit der Innenstadt verknüpfen;
- die Umgestaltung des Rembertikreisel für eine städtebauliche Offensive nutzen, um urbanes Wohnen zu ermöglichen;
- die Kreuzung „Alten Wall/Tiefer“ so umbauen, dass dort die Verkehrssicherheit entscheidend verbessert wird, außerdem wollen wir in jenem Bereich für ordentliche Radwege sorgen;
- dass Projekt „Stadt am Fluss“. Die alten Hafendreiecke, das Faulenquartier und der Hohentorshafen gehören zu den wichtigsten Stadtentwicklungsgebieten. Ihre Erschließung von der Innenstadt/Neustadt aus zugunsten einer Mischung aus Wohnen, Gewerbe, Kultur und Wissenschaft unter Einschluss des öffentlichen Nahverkehrs stärkt die urbanen Qualitäten der Stadt. Die Stadt am Fluss muss um eine nahverträgliche Annäherung an die Weser (Grünverbindungen, naturnähere Ufer, Flussbadeangebote, Flusstaxi) ergänzt werden. Diesem Ziel dienen auch die Schlachteverlängerung und die Umgestaltung der Grünanlagen (Focke-Gärten);
- dass Utbremen ebenso wie das Faulen-Quartier wieder an die Innenstadt angeschlossen wird. Dem dient auch die Verlängerung der Faulenstraße unter der B75 hindurch bis zur Straße „An der Muggenburg“ für den zweispurigen Individualverkehr und die Straßenbahnlinie 3, ergänzt um die erforderlichen Lärmschutzmaßnahmen;
- eine barrierefreie Gestaltung der gesamten Innenstadt unter besonderer Betonung des zentralen Verkehrsknotenpunktes Domsheide durch das Absenken der Bordsteine;
- die Wohnraum- und Wohnumfeldqualität der Innenstadt stärken. Einerseits lässt der Rückgang der Wohnbevölkerung die Bedeutung des vorhandenen Wohnraumbestandes deutlich ansteigen, andererseits ist die Nachfrage nach bezahlbaren Wohnungen für diejenigen, die in der Innenstadt arbeiten, sowie für Neubürger und Senioren nach wie vor groß. Daher muss neben dem Projekt „Stadt am Fluss“ auch die Förderung von Pflege- und Aufwertungsmaßnahmen am vorhandenen Wohnraumbestand mit dem Ziel der Verbesserung urbaner Qualitäten und der Steigerung der Attraktivität der Innenstadt in den Blick kommen. Wir fordern die Aufwertung der Innenstadt durch Umwandlung leer gefallener Büroflächen und Rückbau veralteter Büroräume in Wohnungen. Bei Neubauten sollte grundsätzlich in den Gestaltungssatzungen/Bebauungsplänen festgelegt werden, dass in Büro- und Geschäftshäusern Wohnetagen zu erstellen sind;
- die Verbesserung der urbanen Qualität und die Stärkung des stadtteilspezifischen Profils der Innenstadt durch eine gezielte Verminderung des Autoverkehrs in Wohnbereichen, die Einrichtung autofreier/-armer Spielstraßen, Initiativen zur Stärkung der Nachbarschaften, Ausbau von Grünachsen und eine stärkere Durchmischung von Wohnen, Kultur und Arbeit erreichen;
- gemeinsam mit den bremischen Kaufleuten für Innenstadtkunden mit kleinen Kindern ein attraktives Kinderbetreuungsangebot schaffen, damit das Einkaufen in der Bremer Innenstadt auch attraktiver wird.